

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gaza_war_damage_2023.jpg

FRIEDEN DURCH VÖLKERMORD?

INHALT

<i>Betrieb & Gewerkschaft</i>	
Verdachtskündigungen, H. N.	3
<i>Bündnis Sahra Wagenknecht</i>	
Kapitulation vor dem rechten Zeitgeist, Thies Gleiss	5
<i>Palästina Dossier</i>	
Frieden durch Völkermord?.....	10
Tote können nicht berichten.....	11
Aufbau einer neuen Dynamik des palästinensischen Widerstands.....	13
Waffenembargo gegen Israel.....	18
BDS-Bewegung wichtiger denn je.....	19
Über den Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs durch den Staat Israel.....	23
Israel und die USA – der erste gemeinsame Krieg.....	25
Droht ein Flächenbrand?.....	27
Berichterstattung, Desinformation, Propaganda und die Rolle der Medien.....	31
<i>Mensch und Natur</i>	
Natur, Wissenschaft und revolutionäre Praxis, Friedrich Voßkuhler	34
<i>Lenin</i>	
Der verratene Lenin, Elfi Müller	41
<i>Rezension</i>	
Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“, Johann-Friedrich Anders	50
J. Schäfer: Mellopolis '48, Johann-Friedrich Anders	53
<i>Ukraine</i>	
Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften, Torsten Neumann	55
<i>Frankreich</i>	
Le Pen denkt, Macron führt aus, Léon Crémieux	57
<i>Letzte Seite</i>	
Ökosozialistische Konferenz 2024	62

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

VERDACHTSKÜNDIGUNGEN

SKANDALÖSES FORTWIRKEN DES FASCHISTISCHEN ARBEITSUNRECHTES?

Ein zentrales Thema auf der 10. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ am 14. Oktober 2023 im Mannheimer Gewerkschaftshaus war die „Verdachtskündigung“ von Betriebsräten. Der Vortrag des Rechtsanwalts Klaus Dieter Freund zu dieser Problematik erregte bei den Anwesenden sehr großes Aufsehen. Im Folgenden wollen wir wesentliche Punkte seiner Ausführungen wiedergeben.

■ H. N.

Zunächst skizzierte Kollege Freund die Geschichte der Verdachtskündigungen. Das Reichsarbeitsgericht (RAG) in der Weimarer Republik hatte sie in seinen Urteilen vom 14. November 1931 und vom 10. August 1932 für unwirksam erklärt.

Verdachtskündigungen im Faschismus ...

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 nahmen die Herrschenden jedoch eine radikale Änderung des Arbeitsrechts vor. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wurde am 20. Januar 1934 von der Nazi-Führung erlassen. Wesentlichen Anteil an seiner Erarbeitung hatten die Juristen Hans Carl Nipperdey, Alfred Hueck und Rolf Dietz.

Reichsarbeitsgerichtsurteile aus den Jahren 1934 und 1939 hielten danach Verdachtskündigungen für zulässig. Hueck kommentierte diese „Rechtsprechung“ in zeitgenössischen Veröffentlichungen zustimmend.

... und in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde diese Linie umstandslos durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) unter maßgeblicher Beteiligung seines ersten Präsidenten Nipperdey fortgesetzt.

Bis heute hält das BAG an dieser unseligen Tradition nicht nur fest, sondern es hat sogar seine Rechtsprechung

durch die Möglichkeit einer grundlosen fristlosen Verdachtskündigung verschärft.

Voraussetzungen der Verdachtskündigung von Betriebsräten sind:

- die Zustimmung durch den Betriebsrat oder deren Ersetzung durch das Arbeitsgericht gemäß § 103 Betriebsverfassungsgesetz
- die Anhörung des Betroffenen
- die Anhörung des Betriebsrates
- überwiegende auf Tatsachen basierende Verdachtsmomente
- die Nichtanwendbarkeit des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“, da eine Kündigung keine Strafe sei.

Verstoß gegen das Grundgesetz

Nach Auffassung von Juristen stellt die Verdachtskündigung einen Verstoß gegen das Grundgesetz (GG) dar – konkret gegen Artikel 12 Abs. 1 (Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes) und Artikel 20 Abs. 3 (Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht).

Zudem ist hier § 9 Abs. 1 Satz 2 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG) von Bedeutung. Demzufolge kann ein Gericht auf Antrag des „Arbeitgebers“ die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses entscheiden, „wenn Gründe vorliegen, die eine den Betriebszwecken dienliche weitere Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht erwarten lassen“.

Hierzu gibt es die – von der Rechtsprechung allerdings bisher nicht berücksichtigte – juristische Auffassung, dass diese Formulierung eine abschließende Regelung darstellt und daher die direkte Verdachtskündigung unzulässig ist.

Klaus Dieter Freund vertrat in diesem Zusammenhang die Meinung, dass Gewerkschaften neben dem gesetzlichen Verbot der Verdachtskündigung auch für die Abschaffung eben dieses § 9 Abs. 1 Satz 2 KSchG eintreten sollten. Dort werden nämlich, so seine Argumentation, dem Unternehmer bei Feststellung der Unwirksamkeit einer Kündigung noch sehr viel weiterreichende Möglichkeiten zur Auflösung eines Arbeitsverhältnisses als nur in Verdachtsfällen geboten.

Freund beleuchtete in seinen Ausführungen noch näher die Rolle von Hans Carl Nipperdey.

Die Karriere des Nipperdey

Dieser war von 1925 bis 1963 Professor an der Universität Köln. Nachdem er im Faschismus wesentlich an der Entwicklung des damaligen Arbeitsunrechts beteiligt war, gelang ihm in der BRD die Fortsetzung seiner Karriere.

Nach dem Krieg war er zunächst SPD-Mitglied im Kölner Stadtrat. Zudem war er juristischer Berater des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler bei den Verhandlungen zum Kündigungsschutzgesetz 1951, auf das er zusammen mit Wilhelm Herschel maßgeblichen Einfluss genommen hat.

1954 wurde er erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Er prägte bis 1963 dessen Rechtsprechung wesentlich auf der Grundlage seiner im Faschismus entwickelten „Rechtsauffassungen“.

Dabei wurde er unterstützt von zahlreichen Juristen mit brauner Vergangenheit, insbesondere durch die bereits erwähnten Alfred Hueck und Rolf Dietz sowie durch Arthur Nikisch und Wilhelm Herschel.

Massive Einschränkung des Streikrechts

Nipperdey und seine Unterstützer haben durch ihre „Rechtsprechung“ und ihr juristisches Wirken in der BRD nicht nur zum Erhalt der Verdachtskündigungen wesentlich beigetragen, sondern auch zur massiven Einschränkung des Streikrechts und der Rechte von Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten.

Als zentrales Argument gegen die Verdachtskündigung nannte Freund, dass sie ausschließlich durch das Beendigungsinteresse des „Arbeitgebers“ ohne tatsächliche Rechtsgrundlage begründet werden kann. Insbesondere bei Verdachtskündigungen von Betriebsräten könnten Unternehmer mit Unterstützung von arbeitsrechtlichen Großkanzleien politisch motiviert aktive Betriebsräte aus dem Betrieb vertreiben.

Abschaffung der Verdachtskündigung erforderlich

Nach Freunds Auffassung sollten Gewerkschaften unbedingt eine Strategie für die Abschaffung der rechts- und verfassungswidrigen Verdachtskündigung sowie für die Streichung des § 9 Abs. 1 Satz 2 Kündigungsschutzgesetz entwickeln.

Zudem sei die Übertragung des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“ auf das Arbeitsrecht unter Bezugnahme auf Artikel 6 Abs. 2 (Recht auf ein faires Verfahren) der Europäischen Menschenrechtskonvention

erforderlich. Dort heißt es: „Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.“

Es ist höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden.

Aus Avanti? Rhein-Neckar Dezember 2023



Neu bei ISP



Trotzki Schriften 4

Teilband 4.1

Literatur und Revolution (1900-1916)

749 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag
 Subskriptionspreis 60,00 €
 ISBN 978-3-89 900-912-5

Subskriptionsprospekt bestellen (PDF oder gedruckt)!

»Trotzki repräsentiert die marxistische Schule des Denkens unverfälscht, wie sie vor ihrer Korruption durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen existierte«, schrieb sein Biograph Isaac Deutscher. Bei der thematisch-chronologisch geordneten, kommentierten Edition Trotzki Schriften handelt es sich um die erste große deutsche Werkausgabe. Die Texte wurden aus dem Russischen neu übersetzt oder erscheinen erstmals in deutscher Sprache. Die in dem hier vorliegenden ersten Teilband von Band 4 enthaltenen 69 Texte dokumentieren Trotzki's Veröffentlichungen zu Kunst und Kultur aus den Jahren 1900-1916. 31 Texte liegen erstmals auf deutsch vor.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

KAPITULATION VOR DEM RECHTEN ZEITGEIST

Die Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“ verschiebt die politischen
Verhältnisse ... aber in die falsche Richtung.

■ **Thies Gleiss**

Wer – wie der Autor dieses Textes – die letzten beiden Jahrzehnte in Deutschland als aktives Mitglied in der Partei DIE LINKE und einer ihrer Vorgängerorganisationen, der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG), verbracht hat, davon die meisten Jahre in Leitungsfunktionen, kam der Gründungsparteitag der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) am Ende Januar dieses Jahres in Berlin wie ein vertrautes Familientreffen vor. Es versammelten sich dort knapp 450 Menschen, überwiegend so alt, dass sie mindestens die letzten zwanzig Jahre schon aktiv waren, meistens in der LINKEN, WASG und PDS, überwiegend männlich und überwiegend bio-deutsch. Viele hatten noch bis in die letzten Tage bezahlte oder hohe ehrenamtliche Funktionen in der LINKEN beziehungsweise in deren parlamentarischen oder regierenden Strukturen.

Diese Versammlung von Gründungsmitgliedern der neuen Partei wurde sorgfältig von einem nicht gerade demokratisch legitimierten Vorbereitungszirkel ausgewählt – längst nicht jede und jeder, die wollten, durften Mitglied werden, selbst langjährige Bundestagsabgeordnete der LINKEN, wie Diether Dehm, wurden abgewiesen.

Aber die, die reingelassen wurden, hatten überwiegend eine gemeinsame Vergangenheit als LINKE. Es gab wenige exotische Ausnahmen, die als besondere Newcomer präsentiert wurden, aber sie pflegten nicht viel mehr als diese Besonderheit.

In einem zermürbenden Entfremdungsprozess, überwiegend versteckt in Kämpfen um Posten oder um isolierte Einzelanträge auf verschiedenen Parteitag

und meistens in Form von Presseerklärungen, Interviews und gegenseitigen Denunziationen, hatte die Gruppe der LINKEN, die sich dem Projekt BSW annäherten, de facto beschlossen, nicht mehr links sein zu wollen. Es gab dazu keinen zusammenhängenden programmatischen Text, es gab auch keine grundsätzlichen Anträge oder Gegenanträge für LINKE-Konferenzen und -Gremien. Es gab nur eine Stimmung, dass das alles nicht mehr so richtig sei, was die Partei DIE LINKE anstellt. Ausbleibende Wahlerfolge und ätzende Verselbständigung der Kämpfe um Parteiposten gaben dieser schwelenden Frustration regelmäßig neue Nahrung.

Die großen politischen Zeitfragen – die wachsende Kriegsgefahr, die beschleunigte Zerstörung von Klima und Biosphäre, der Vormarsch rechter, autoritärer und rassistischer Parteien, die Zunahme von weltweiter Migration und Flucht aufgrund der kapitalistischen Lebensverhältnisse in aller Welt, die Verarmungsprozesse selbst in den Hochlohnländern – spielten natürlich eine gewisse Rolle in diesem Erosionsprozess einer ehemals erfolgreichen linken Massenpartei. Aber nur sehr vermittelt, im Zentrum standen die bürokratischen Selbsterhaltungskämpfe unter den berufsmäßig für die LINKE und ihre Fraktionen und Nebeneinrichtungen arbeitenden Menschen. Es gab den aus den Abstiegsprozessen früherer linker Parteien bekannten Machtkampf zwischen den Apparaten der Fraktionen und dem der Partei. Die Allianzen in diesen Auseinandersetzungen wechselten beliebig nach tagespolitischen Erwägungen. Mehrere Jahre prägte das sogenannte „Hufeisen“ von gemäßigt reformerischen Re-

gierungslinken, die schon seit Gründungszeiten mit dem Erfurter Grundsatzprogramm der LINKEN unzufrieden waren und gerne mehr Akzeptanz von Kapitalismus und Militarismus darin gesehen hätten, mit aus der Tradition der Kommunistischen Plattform und erstarrten Alt-DDR-Linken und den sozialdemokratischen Anhängerinnen und Anhängern der „Stamokap“-Theorie die Geschicke der Fraktion und bestimmte die Wahlkämpfe. Im schnelleren Rhythmus als die Fraktionen veränderten sich die Parteivorstände – ein bewusst gewählter und gegen alle Demokratisierungsversuche verteidigter Mechanismus in der LINKEN – die gegen die Macht der Fraktionen aber stets die schwächeren Kräfte haben. Von all diesen Prozessen immer mehr ausgeschlossen, blieb die große Mehrheit der gut 60.000 Mitglieder der LINKEN. Heute sind davon noch gut 50.000 in der Partei und immer noch von den Auseinandersetzungen ausgeschlossen.

Dieser Erosionsprozess der LINKEN ist jetzt an einem Scheidepunkt angekommen. Ein sich selbst akklamierender Haufen von früheren Verantwortungsträgerinnen und -trägern hat sich in Berlin zur konstituierenden Sitzung einer neuen Partei getroffen. Politisch sehr unterschiedliche Personen finden sich da zusammen, die sich in den letzten Jahren kaum etwas zu sagen hatten und lediglich in taktischen Bündnissen zusammenkamen.

Die große Außenseiterin Sahra Wagenknecht

Sahra Wagenknecht ist die Einzige, die in diesem Prozess klare programmatische Aussagen gemacht und Entscheidungen getroffen hat. Sie hat in einem längeren eigenen Findungsprozess, der über die Jahre in ihren Texten nachzulesen ist, entschieden, dass eine Linke, die sich auf die Arbeiter*innenbewegung, auf den Marxismus, auf revolutionäre Enteignungs- und Wiederaneignungsprozesse beruft, nicht mehr zeitgemäß ist. Sie verkündet laut ihr „Gegenprogramm“ als, wie sie selber sagt, „linkskonservative“ Kraft, die für Marktwirtschaft, Leistungsgesellschaft, nationale Beschränktheit der Politik, Reglementierung von Zuwanderung, gegen „Quoten- und Gender-Wahn“, gegen „übertriebenen Klimaschutz“ und all dieses Gedöns eintritt. Sie plündert theoretisch schamlos bei den bürgerlichen Prediger*innen der „sozialen Marktwirtschaft, bei den Stichwortgeber*innen der rechten Sozialdemokratie und selbst bei den nationalen Ergüssen der neuen Rechten mit ihrem Kampf für ein „normales Deutschland“.

Nichts von diesem „Gegenprogramm“ hat Sahra Wagenknecht übrigens in ihrer Partei jemals zur Diskussion gestellt. Kein Parteitag, keine Vorstandssitzung, keine

Mitgliederversammlung eines Kreisverbandes hat sich mit ihr darüber streiten dürfen. Auch fraktionelle Versammlungen des Teils der LINKEN, der eventuell mit den neuen Thesen von Wagenknecht etwas anfangen könnte, gab es nicht.

Der einzige Resonanzboden für Sahra Wagenknechts politische Thesen waren die nicht-linken, in Deutschland traditionell anti-sozialistischen und anti-kommunistischen großen Medien in der analogen und digitalen Welt. Sahra Wagenknecht brachte mit ihrer Art des Auftretens, ihrer besonderen Form eines politischen Autismus, auch mit ihren rhetorischen Talenten, viele Voraussetzungen mit, aus ihr den heute fast schon überstrapazierten Medienstar zu machen.

Dieser Medienstar bedient glänzend alle Rollen gleichzeitig: Kronzeugin gegen die alte, konventionelle Linke und Arbeiter*innenbewegung, linker Flankenschutz für die furchtbare Vertreibungs- und Abschottungspolitik gegenüber Migrant*innen; Eindämmung der sozialen Proteste gegen die Klimazerstörung und für weltweite soziale Gerechtigkeit sowie Priesterin einer neuen, an die 50er Jahre andockenden „Aktion Gemeinsinn“ statt Klassenkampf. Ihre „Kritik“ am „falschen“, am gierigen Kapitalismus wird gerne auch in Manager-Seminaren und Lobbyisten-Treffen konsumiert.

Der Medienstar Sahra Wagenknecht hat Hunderttausende Anhängerinnen und Anhänger – der allergrößte Teil davon ist so „linkskonservativ“ wie Wagenknecht selber, aber platter und vulgärer. Sie bietet mit ihrem Auftreten und ihren Theorien keinerlei Entwicklung nach links an, sondern nur Bestätigung im rechten politischen Raum. Sie deckt ein Feld ab, das durch die kapitalistische Realität individualisiert und atomisiert wurde, das von gesellschaftlichen Enttäuschungen geprägt ist und dem das prollige Angebot der „Alternative für Deutschland“ zu schmutzig ist.

Wir wollen nicht mehr links sein

Bei den ehemaligen LINKE-Funktionsträger*innen, die sich in Berlin zur BSW-Gründung versammelten, gibt es kaum eine oder einen, die oder der die krude Mixtur der politischen Thesen von Sahra Wagenknecht überzeugend findet. Sie alle goutieren allerdings den medialen Glanz, der Wagenknecht begleitet.

Er ist nützlich in den nicht linkskonservativen, sondern strukturkonservativen Bemühungen um die Fortsetzung oder Neubegründung einer Funktionärskarriere. Er bedient Träume, dass der politische Erfolg ohne großes

Dazutun wiederkehrt. Gleichzeitig sind die „Theorien“ und Auftritte des Medienstars so ambivalent und spekulativ, dass sie einer breiten Palette von politischen Optionen die Hoffnung geben, es wird schon früher oder später wieder in die gewünschte Richtung gehen: dem ewigen Sozialdemokraten aus der Stamokap-Schule, der früheren Funktionärin der Kommunistischen Plattform und dem Alt-DKPisten, den Altstalinist*innen mit SED-Vergangenheit, dem früheren Gewerkschaftsfunktionär voller sozialpartnerschaftlicher Flausen.

In Berlin wurde deshalb nicht nachgedacht, nicht gegründet, sondern nur geklatscht und bestätigt, was in den Vorbesprechungen festgelegt wurde. Der Rest war mediale Inszenierung. Die letzte Festlegung in diesen Vorbesprechungen war die Vereinbarung, sich nicht mehr mit „Genossin“ und „Genosse“ anzusprechen, sondern als „Freund“ und „Freundin“. Das Erschreckende war nicht dieser neue Sprachgebrauch, sondern dass dieser Kostümwechsel reibungslos klappte. Es gab keine Versprecher, selbst bei denen, die noch am Vortag als „Genosse“ und „Genossin“ werkten.

Die anderen Ergebnisse des Gründungsparteitags waren gleichfalls alle vorbestimmt. Es gab keine alternativen Kandidierende für die Vorstandsposten und die Liste der Europawahl. Es gab keine Fragen der Kandidierenden. Bis auf den sichtbar als reaktionär-sozialdemokratischen Sonderling erkannten Ex-Oberbürgermeister aus Düsseldorf, Thomas Geisel (der nur 66 Prozent bekam), wurden alle Wahlen mit 90+x Prozent „gewonnen“. Das Programm für die Europawahl wurde ohne Debatte und Gegenstimmen durchgewunken.

Es beschließt also eine Versammlung von noch gestern als links agierender Menschen, ab heute wollen wir nicht mehr links, sondern nur noch vernünftig sein. Es ist diese Art von Abschwörung, die einerseits in der bürgerlichen Medienwelt geliebt wird, weil diese den Verrat, aber nicht die Verräter*innen mag, und die andererseits das Betreten einer Rutschbahn bedeutet, das garantiert nicht wieder zurück auf linke, eventuell besser abgesicherte, Positionen, sondern zu immer mehr rechten Antworten und zur Affirmation des bestehenden Systems führt.

Als Ende der 70er Jahre die Vorläufer der Partei DIE GRÜNEN gegründet wurden, galt auch der Schlachtruf „Wir sind nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Das wurde auch von einer respektablen Menge ehemaliger Funktionär*innen von linken Organisationen verkündet, wenn auch mit weniger Überzeugungskraft als zum Beispiel Petra Kelly sie hatte. Aber dieser Bruch mit Vergan-

genem stieß auf eine breite Massenstimmung, geprägt von Antiatom-, Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung, die dafür sorgte, dass das Neue sich nur nach links weiter entwickeln konnte. Rechte Kräfte spalteten sich alsbald ab und bis 1986 ging es mit den GRÜNEN in der Summe immer weiter nach links, erst danach begann dieser Prozess, sich umzukehren bis zu dem Militaristenstadel, der die GRÜNEN heute sind.

Auch die Gründung der LINKEN begann mit einem Bruch vieler Sozialdemokrat*innen und PDS-Konservativen mit ihrer Tradition und nicht wenige fürchteten, das Zusammengehen von WASG und PDS würde zu einer Abschwörung vertrauter Positionen und Rechtsentwicklung führen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die LINKE wurde auf dem Hintergrund realer gesellschaftlicher Kämpfe gegen Hartz IV wie auch gegen die Zerstörung der Umwelt zu einer erfolgreichen Kraft, der als einzige Entwicklungsrichtung diejenige nach links offenstand. Auch dieser Prozess – wir von der Antikapitalistischen Linken haben das umfassend beschrieben und kritisiert – wurde erst durch das Anwachsen der strukturkonservativen Kräfte in der Partei und das Zurückgehen sozialer Bewegungen umgekehrt und frühere rechte Kräfte in der Partei wurden wiederbelebt.

Jetzt wird also mit dem Schlachtruf, wir wollen nicht mehr links sein, sondern nur noch vorn und vernünftig, ein neuer Versuch gestartet. Das geschieht aber auf dem Hintergrund und als Anpassung an eine krass anwachsende rechte Massenstimmung. Diese Anpassung kann nicht wieder zurück zu linken Positionen führen. Die Partei BSW ist – wie es heute einige erklären – deshalb kein Übergangsstadium zu einer neuen linken Massenpartei, sondern der Start zu immer weiterer theoretischer Verflachung und politischer Anpassung nach rechts. Die Rutschbahn nach rechts ist vorgeprägt und viele der BSW-Leute werden von den realen Hunderttausenden rechter Anhänger*innen in kürzester Zeit mehr angezogen als von ihren früher möglicherweise mal vorhandenen linken Positionen.

Die gesamte Konstruktion des BSW als mediales Kunstprojekt und die Fixierung der strategischen Debatten auf Wahlen und Wahlumfragen wird bei dieser Entwicklung verstärkend sein.

Der Frieden als das verbindende Thema

Es wird behauptet – und völlig falsch ist das nicht – das zentrale und verbindende Thema des BSW sei die gemeinsame Position gegen den Krieg. Die Frage ist aber,

wie weit trägt diese Gemeinsamkeit. Im Gegensatz zur LINKEN und ihrem bis heute gültigen Programm, das entgegen der Behauptungen des BSW auf allen Parteitagungen bestätigt wurde, erklärt das BSW beziehungsweise ihre namensgebende Chefin den Krieg nicht als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern nur als „Versagen der Politik“. Das bleibt dann allerdings nur bei einer moralischen Kritik und ist ziemlich praxisuntauglich. Der Anti-Kriegsaufruf von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, der von annähernd einer Million Menschen unterzeichnet wurde, ist komplett verpufft. Nicht eine bleibende Anti-Kriegs-Initiative wurde damit geschaffen oder gefestigt. Ein Blick auf das beschlossene Europawahl-Programm des BSW, in dem von mehr eigenem Auftreten der EU gesprochen wird, lässt befürchten, dass hier die alte Forderung von Oskar Lafontaine nach eigenen EU- oder wenigstens deutsch-französischen Militärverbänden durch die Hintertür kommt.

Die „Antikapitalistische Linke“ in der LINKEN hat das BSW in einer längeren Stellungnahme zurecht als rechts-sozialdemokratisches Geisterschiff bezeichnet. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Antwort, die Sahra Wagenknecht und die um sie versammelte Gruppe von LINKE-Mitgliedern auf die Krise der LINKEN geben möchte, ist in jeder Hinsicht falsch und man kann nur hoffen, dass das darin angelegte Projekt ein schnelles Ende findet.

■ Der Verein BSW ist ein Rettungsversuch vor den Auswirkungen des Parlamentarismus durch Beschränkung auf den Parlamentarismus. Es versammelt sich dort eine Gruppe von Parlamentarier*innen, denen die Verbindung zur Partei weitgehend verloren gegangen ist und dies lautstark mit Schimpfen auf den Parteivorstand kompensieren. Insider wissen, dass die Personen in dieser Gruppe sich in der Vergangenheit in den meisten politischen Fragen nicht viel zu sagen hatten. Es bleibt also als erste Vermutung, hier organisieren parlamentarisch gut versorgte Spitzenleute der LINKEN ihre eigene Zukunft als solche.

■ Die Gründung des Vereins BSW erfolgt als konspiratives Top-down-Projekt, an dem nur beteiligt wird, wer von oben genehmigt wird. Was für eine wahnwitzige Demontage auch noch des letzten basisdemokratischen Anspruchs. Es ist nach allgemeiner Erfahrung aus 170 Jahren Arbeiter*innenbewegung schon so gut wie unmöglich, eine linke Partei nur durch Wahlkämpfe aufbauen zu wollen, dies aber als PR-Projekt und von einer Vereinszentrale gesteuert zu probieren, zeigt nur eins: Das Ergebnis wird alles, aber nicht links sein.

■ DIE LINKE hat als Vorspann zu ihrem Erfurter Programm (aufgrund eines persönlichen Wunsches von Oskar Lafontaine) das Gedicht von Bert Brecht, ‚Fragen eines lesenden Arbeiters‘ gewählt. Es zeigt treffend, dass nur die vielen Millionen in aktiver Gegenwehr und Aufbauleistung die Macht der Millionäre werden brechen können. Das Geschichtsbild des großen weisen Führers ist eine einzige Lügengeschichte. Angesichts dessen macht es nur fassungslos, wie erwachsene und gebildete Linke sich für ein Aufbaukonzept ihres neuen Vereins entscheiden können, das an Personenkult nicht mehr zu toppen ist.

■ Die kultische Fixierung auf Sahra Wagenknecht – die viel mehr ist als nur eine Namensgebung, um einmal erregtes öffentliches Aufsehen abernten zu können – wird zugleich der todbringende Ansatzpunkt sein, mit dem die den BSW-Club jetzt so euphorisch hochjazzenden und mit Umfragen liebkosenden Medien das neue Vereinsprojekt gnadenlos manipulieren und letztlich wieder runterschreiben werden.

Auch dieses Projekt wird, wahrscheinlich schlimmer noch als das vorhergehende ‚aufstehen‘, in einem politischen Desaster und einer persönlichen Tragödie enden.

Die inhaltlichen Grundlagen des Vereins ‚Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit‘ scheinen bei der Gründung keine große Rolle zu spielen. So ein Ensemble von inhaltslosen Textbausteinen muss man erstmal hinkriegen. Wer die Website des BSW anklickt und die Vereinsgrundlagen trotzdem liest, wird neben dem von Deutschlandfahnen dekorierten Berliner Reichstagsgebäude (immerhin ist dem BSW nicht der peinliche Fehler der CDU passiert und es wurde ein richtiges Foto vom Reichstagsgebäude genommen), kurze Texte zu den angeblich ‚wichtigen Themen‘ finden.

In diesen Texten ist jeder linke programmatische Zusammenhang getilgt worden. Es sind Positionen, die von jeder beliebigen bürgerlichen Partei blind unterschrieben werden können. Es geht um Deutschland als Wirtschaftsstandort, um Leistungsgesellschaft, leistungsgerechte Löhne, innovative Marktwirtschaft, deutsche Unternehmen, die die Technologien erfinden, um den Klimawandel zurückzuführen, es geht um Ehrlichkeit und Gemein-sinn – und so weiter und so fort, als ob die fünfziger Jahre wieder anstehen – zurück in die Zukunft mit dem fliegenden Wagenknechtautomobil. Und fehlen darf natürlich als eine der wenigen konkreten Forderungen auch nicht: Die Zuwanderung nach Deutschland muss reguliert und begrenzt werden. Das steht so einsam konkret im wort-

schwalligen Raum, dass der Verdacht entsteht, das könnte der Hauptsinn der ganzen Operation sein.“ (kompletter Text: antikapitalthtpsalistische-linke.de/?p=4770#more-4770)

An dieser Kritik ist alles noch gültig. Das BSW wird möglicherweise auf Wahlebene ein paar Anfangserfolge erzielen – aber dies ist kein Erfolg einer linken Partei und wird auch die Entstehung einer solchen linken Partei nicht fördern. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass die gesamte Struktur des BSW-Projektes als synthetisches PR-Projekt, die komplett fehlende Basisdemokratie, die völlig unzulänglichen programmatischen und strategischen Grundlagen und Prinzipien all die Bemühungen fördern werden, dieses Projekt von außen zu manipulieren, den Druck von rechts zu erhöhen und ein auf diese Weise erwirktes Scheitern dennoch und einmal mehr als Scheitern der Linken zu erklären. In diesem Sinne ist das Schicksal der deutschen und auch europäischen Linken leider auch immer noch mit dem des BSW verbunden und dessen Niederlagen werden über das BSW hinaus wirken.

Köln, 4. Februar 2024

██████████



In seinem Buch *Mellopolis '48 – eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus* umreißt Jakob Schäfer die Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus. Anhand einer fiktiven Reportage aus der „Stadt der Zukunft“ (Mellopolis) wird anschaulich, wie sich das gemeinschaftliche Leben in einer egalitären Gesellschaftsordnung abspielen könnte. Damit wird keine Prognose dargelegt und auch kein Plan entwickelt, wie die Mechanismen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse abzulaufen haben. Die in der „Reportage“ zum Ausdruck kommende Vision vermittelt aber eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und zwar als eine Möglichkeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger. 128 Seiten, 12,90 €; ISBN: 978-3-7003-2312-9

FRIEDEN DURCH VÖLKERMORD?

Biden, Baerbock und Konsorten heucheln zwar ihre „Besorgnis“ über die ethnische Säuberung der palästinensischen Gebiete und den dortigen Völkermord, sabotieren aber einen Waffenstillstand und liefern weiterhin Angriffswaffen an das israelische Regime.

Millionen in aller Welt gehen gegen den Völkermord und die Mittäterschaft auf die Straße. Weitergehende Ansätze liefern die – bisher zaghaften – Streiks in den westlichen

Rüstungs- und Transportunternehmen, die Waffen nach Israel liefern, und der internationale Boykott dieses Regimes mit der vor 20 Jahren aus der palästinensischen Zivilgesellschaft heraus entstandenen Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS). Für all diese Formen des Widerstands treten wir ein.

Ein Dossier mit 8 Beiträgen

Tote können
nicht berichten
SEITE 11

Aufbau einer
neuen Dynamik
des palästinensischen Widerstands
SEITE 13

Waffenembargo
gegen Israel
SEITE 18

BDS-Bewegung
wichtiger denn
je
SEITE 19

Über den
Missbrauch des
Antisemitismus-
vorwurfs durch
den Staat Israel
SEITE 23

Israel und die
USA – der erste
gemeinsame
Krieg
SEITE 25

Droht ein Flä-
chenbrand?
SEITE 27

Berichterstat-
tung, Desinfor-
mation, Pro-
paganda und
die Rolle der
Medien
SEITE 27

TOTE KÖNNEN NICHT BERICHTEN

Der folgende Artikel nimmt u. a. Bezug auf das englischsprachige Programm von Al Jazeera, für das Journalisten aus unterschiedlicher politischer Richtung und aus verschiedenen Ländern arbeiten und das sich von dem strikt islamisch ausgerichteten arabischsprachigen Schwester-sender unterscheidet. **Giorgos Mitralias**

Kein Verbrecher will Zeugen für seine Verbrechen und Israel natürlich auch nicht. Deshalb unternimmt es alles, um seine Verbrechen in Gaza und in den besetzten Gebieten fernab des Rampenlichts begehen zu können, wobei verschiedene Methoden zur Anwendung kommen:

- Einreiseverbot für ausländische Journalisten in den Gazastreifen, dessen Eingänge es alle kontrolliert.
- Aufforderung an diejenigen, die in Gaza geblieben sind, den Gazastreifen sofort zu verlassen, wenn sie nicht sterben wollen.
- Methodische und systematische Ermordung vorrangig derjenigen, die unbeirrt an ihrer Arbeit als Journalisten festhalten.
- Druck auf integre Journalisten auf der ganzen Welt mit dem Totschlagargument des „Antisemitismus“, wenn sie sich nicht ausschließlich in ihrer Berichterstattung über die Geschehnisse im Nahen Osten auf Quellen der israelischen Armee und der israelischen Regierung stützen.
- Druck auf die Medien anderer Länder – unter der aktiven Kooperation staatlicher Behörden und sonstiger pressure groups in aller Welt –, eine bestimmte Terminologie zu verwenden, die Wörter und Ausdrücke verbietet wie „Eskalation des Krieges“ oder sogar „stop the war!“

Aber das ist noch nicht alles. Seit einigen Wochen erleben wir weltweit eine neue Form der Medienmanipulation durch Israel und seine internationalen Komplizen: das Blackout, das totale journalistische Schweigen über die

„Aktionen“ der israelischen Armee gegen die palästinensische Bevölkerung. Der Grund dafür ist offensichtlich: So groß ist das Ausmaß ihrer Verbrechen, so groß ist der Schock und die Abscheu, die sie fast überall hervorrufen, so unwirksam sind mittlerweile ihre „Argumente“ und Propaganda, dass Israel und seine Unterstützer in der ganzen Welt es offenbar bevorzugen, ihren Krieg „vergessen“ zu machen und nicht mehr täglich darüber zu berichten! So kommt es, dass beispielsweise Medien, die zwei Monate lang ihre Titelseiten dem Blutbad in Gaza gewidmet haben, plötzlich und wie von Zauberhand kein Wort mehr darüber verlieren oder das Thema nur noch kurz und unter ferner liefen behandeln und die Massaker in Gaza systematisch durch Boulevardberichte ersetzen.

Die Auswirkungen dieses Medien-Blackouts sind bereits spürbar: Der Krieg und damit die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Israel begeht, sind nun Teil der täglichen Routine oder geraten zunehmend in Vergessenheit. Dies ist zweifellos die größte, gefährlichste und alpträumhafteste „Leistung“ Netanjahus und seiner Henker, denn sie gewöhnen uns „an eine Welt, die immer mehr einem Dschungel gleicht, in der nur das Recht des Stärkeren herrscht und in der die schlimmsten Gräueltaten gegen die Schwächsten ‚erlaubt‘ sind!“

Das alles passiert, ohne dass sich jemand darum schert und ohne die geringste Reaktion der Mediengewerkschaften in unseren Ländern. Sie scheint es nicht sonderlich umzutreiben, dass nicht nur ein oder zwei, sondern 110 (bis Anfang Januar) ihrer Kolleg*innen hauptsächlich in Gaza und den besetzten Gebieten von der israelischen Armee und israelischen Siedlern in nur drei Monaten getötet oder vielmehr ermordet wurden, was bei weitem das größte Massaker an Journalisten in der Geschichte der Menschheit ist! Worauf warten sie eigentlich noch, um auf die Straße zu gehen und zu streiken, in Solidarität und Unterstützung für ihre palästinensischen Kolleg*innen, die in der Hölle von Gaza leben und sterben und verzweifelt um derlei Unterstützung und Solidarität bitten?

Der stellvertretende Generalsekretär der Internationalen Journalistenföderation (IJF) Tim Dawson hatte bereits vor drei Wochen erklärt: „Ich glaube nicht, dass jemals so viele Journalisten in irgendeinem Konflikt getötet wurden. Zu Beginn des Konflikts gab es etwa 1000 Journalisten in Gaza. Auch wenn die genaue Zahl der Toten nicht ganz exakt bestimmbar ist und zwischen 7,5 und 10 Prozent liegt, ist diese Zahl außerordentlich hoch.“ Die Vorsitzende der IJF (weltweit 600 000 Mitglieder), Dominique Pradalí, fügte hinzu: „Auf Kriegsschauplätzen kann es

punktuell zu Übergriffen gegen Journalisten kommen. In Gaza jedoch erfolgen sie systematisch“.

Der Vizepräsident der IJF, der Palästinenser Nasser Abu Bakr, verwies darauf, dass Journalisten, die in Gaza und den besetzten Gebieten arbeiten, „regelmäßig mit dem Tod bedroht werden und anonyme oder vom Militär kommende Anrufe und Nachrichten per whatsapp erhalten. Jeden Tag kommuniziere ich mit meinen Kollegen, die noch vor Ort sind, und frage sie, wie es ihnen geht. Sie antworten mir nur eines: Wir sind noch am Leben. Sie rechnen mit ihrem Tod und fragen sich, wer der Nächste sein wird. Aber sie bestehen darauf, ihre Arbeit fortzusetzen. Wenn sie aufhören, wer wird dann die Massenverbrechen und die ethnische Säuberung, die unser Volk erleiden muss, erzählen und dokumentieren? Israel will die Journalisten töten, da sie Zeugen seiner Verbrechen sind.“

Natürlich ist es kein Zufall, dass die meisten der bedrohten, verletzten oder getöteten Journalisten für den Sender Al Jazeera arbeiten, denn genau dieser internationale Fernsehsender ist ständig im Visier Israels, das ihn um jeden Preis zum Schweigen bringen will. Warum ist das so? Doch, weil Al Jazeera der einzige Sender ist, der seine

Arbeit richtig macht: Er informiert direkt und in der Regel „live“, berichtet über alle Entwicklungen und Ereignisse im Nahen Osten – und nicht nur im Nahen Osten – und lässt alle Seiten zu Wort kommen, auch die abscheulichsten. Da wir den englischsprachigen Kanal von Al Jazeera in den letzten drei Monaten ununterbrochen verfolgt haben, können wir bestätigen, dass wir dort sowohl Vertreter der Hamas als auch israelische Minister und Generäle, sowohl US-Amerikaner und andere Unterstützer von Netanjahu als auch diejenigen, die die Palästinenser unterstützen, gesehen haben.

Mit anderen Worten: Wir haben festgestellt, dass Al Jazeera genau das tut, was die große Mehrheit der Medien, darunter natürlich auch die in unseren „liberalen“ Ländern, verweigert. Was die Verleumdungen betrifft, die traditionell selbst von vielen „Progressiven“ gegen sie in die Welt gesetzt werden, nämlich dass Al Jazeera das Sprachrohr der „Muslimbruderschaft“ oder der Hamas sei, so sind dies ebenso plumpe Lügen wie die Behauptung, Israel bombardiere und töte wahllos nicht palästinensische Zivilisten, sondern „Hamas-Terroristen“. Es wäre auch zumindest paradox, wenn Al Jazeera islamistisch, obskurantistisch und reaktionär wäre, wo es doch jedwede Form von Antisemitismus hart kritisiert und progressive und antirassistische Bewegungen auf der ganzen Welt vorbehaltlos unterstützt und fördert, einschließlich derjenigen von Juden in den USA und anderswo, die täglich demonstrieren und einen sofortigen Waffenstillstand fordern.

Es liegt also an seinen Journalisten, dass Al Jazeera in diesen barbarischen Zeiten, in denen objektive Informationen immer schwerer zu finden sind, so einzigartig und wertvoll ist. Daher rührt und erschüttert uns ihr unglaubliches Leid noch mehr. Es sind nämlich nicht nur inzwischen 110 Journalisten von der israelischen Armee getötet worden, sondern auch Familienmitglieder von ihnen, von den Großeltern bis zu den Enkeln und Babys, ebenfalls ganz vorsätzlich! Besonders tragisch ist, neben vielen anderen, der Fall des Chefreporters von Al Jazeera in Gaza, Wael Al-Dahdouh, der bei drei aufeinanderfolgenden israelischen Bombenangriffen seine Frau, seine Tochter, seinen jüngsten Sohn und sein Enkelkind sowie acht weitere Familienangehörige verloren hat.

Außerdem ist sein Kameramann verblutet, weil die israelischen Soldaten den Krankenwagen nicht zu ihm durchließen – obwohl er selbst verletzt war –, und schließlich sein ältester Sohn, der ebenfalls Journalist war! Wir brauchen nicht zu sagen, dass es keine Worte für die Gefühle eines Zuschauers gibt, wenn er sieht, wie je-

DRINGLICHE AUFFORDERUNG ...

... von Reporter ohne Grenzen (ROG) an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN), seine Resolution 2222 von 2015 zum Schutz von Journalisten umzusetzen:

Der Sicherheitsrat muss dringend Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Israel Journalisten den Schutz gewährt, den ihre Mission erfordert, und Israel auffordern, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Das Militär nachdrücklich und ausdrücklich anweisen, seine Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht zum Schutz von Journalisten strikt einzuhalten.
- die Tore des Grenzübergangs Rafah zu öffnen, um einerseits die Einreise internationaler Medien nach Gaza und andererseits die Evakuierung palästinensischer Journalisten, die ausreisen wollen, zu ermöglichen ;
- Schutzzonen („shelter areas“) einrichten, um Journalisten, die aus dem Gazastreifen über den Konflikt berichten, Schutz zu bieten ;
- die Lieferung von Schutzausrüstung und Berufsausrüstung für Journalisten, die ihre Arbeit in und um das Konfliktgebiet fortsetzen, zu erleichtern.

mand – und das ist mehrmals passiert – einen Al-Jazeera-Reporter unterbricht, während er live aus den Trümmern der unzähligen israelischen Bombenangriffe berichtet, und ihm ins Ohr flüstert, dass gerade Familienmitglieder getötet worden seien. Und dabei noch sieht, wie der Reporter versteinert und blass wird und Tränen in den Augen hat ... während er weiter berichtet und über den Tod anderer spricht!

Es sind also diese Journalisten, die die Ehre des internationalen Journalismus retten, denen die Journalistengewerkschaften in unseren Ländern dringend und mit Taten ihre Solidarität zeigen müssen, nicht nur, weil sie ihnen zu Dank verpflichtet sind, sondern auch, weil die Gesundheit und gar das Leben dieser unerschrockenen Journalisten von unserer Unterstützung abhängt. Doch nicht nur unsere Journalistengewerkschaften, sondern die gesamte fortschrittliche Opposition und die Linken müssen ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen, indem sie das gemarterte palästinensische Volk nicht nur mit Worten, sondern mit Taten unterstützen. Etwa durch ihre aktive Unterstützung für die südafrikanische Völkermordklage gegen Israel am Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Und zwar indem sie auf die Straße gehen und in den Parlamenten Druck auf ihre Regierungen ausüben, sich der Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof anzuschließen oder sie zumindest zu unterstützen. Hic Rhodus, hic salta ...

aus: *essf* vom 12. Januar (<https://europe-solidaire.org/spip.php?article69345>)

Übersetzung: MiWe



AUFBAU EINER NEUEN DYNAMIK DES PALÄSTINEN- SISCHEN WIDERSTANDS

L'Anticapitaliste hat sich mit der in Frankreich lebenden palästinensischen Aktivistin **L. S.** getroffen, um über das Vorgehen der palästinensischen Seite zu sprechen. Mit ihr sprach **Antoine Larrache**.

L'Anticapitaliste: Hast du Informationen über die aktuelle Lage in Gaza und die Verfassung des palästinensischen Widerstands?

L. S.: Abgesehen von dem, was man in den Medien hört, all den Informationen, die dort verbreitet werden, beunruhigt mich vor allem der psychische Zustand der Menschen, all die Zerstörungen, denen sie ausgesetzt sind. Man spricht von der Zahl der Toten, aber das sind nur Zahlen. Man spricht nicht über die menschlichen Geschichten, die dahinterstehen. Man spricht von den Kindern, aber man weiß nicht, wie viele es sind, und man kümmert sich nicht darum, was aus denen wird, die ihre ganze Familie verloren haben. Wenn Familien immer wieder von einem Ort zum anderen umgesiedelt werden, bedeutet das eine enorme Instabilität.

Hinzu kommt die ganze Zerstörung von Gaza und der Infrastruktur. Diese Art von Bildern kennen wir aus den früheren Kriegen nicht: Dieser Krieg wird nicht nur geführt, um die Bevölkerung auszulöschen, sondern auch, um das Gebiet dem Erdboden gleichzumachen. Diese Tatsache und die dahinterstehende politische Absicht beunruhigen mich am meisten.

Der mentale und psychische Zustand der Opfer ist vielleicht sogar noch schlimmer als ihr physischer Zustand.

Die humanitäre Krise, zerstörte Wohnhäuser, Flüchtlingslager, Massaker etc. kennen wir aus allen Kriegen und Vertreibungen. Aber das hier ist kein klassischer Krieg: Es ist ein Kolonialkrieg, und Israel führt ihn vor den Augen der ganzen Welt, des gesamten Westens und der arabischen Länder. Die Opfer sterben still und leise.

Sorgen macht mir auch die Zeit danach: Wenn die Massaker aufhören, wie werden die Menschen dann ihr Leben, ihre zerstreuten Familien, ihr Zuhause wiederfinden? Es geht nicht nur um den menschlichen, sondern auch um den gesellschaftlichen Aspekt. Israel nutzt diesen Krieg nicht nur, um das Gebiet von Gaza zu überrollen, dem Erdboden gleichzumachen und so viele Menschen wie möglich abzuschlachten, sondern auch um die palästinensische Gesellschaft zu zerstören.

Es gibt keine Arbeitsplätze mehr, die Schulen und auch die Krankenhäuser sind zerstört. Es wird kein normales Leben mehr geben. Alles wird wieder aufgebaut werden müssen. Es kann aber auch sein, dass Israel seine politischen Ziele umsetzt, also einmarschiert, die Bevölkerung vertreibt und Siedlungen baut.

Glaubst du, das Ziel von Israel besteht in dieser Zerstörung und in der schrittweisen Besiedlung des Gazastreifens?

Ich denke, sie werden die Siedlungen erweitern. Vielleicht tun sie dies nicht gerade in den am dichtesten besiedelten Gebieten und haben vielmehr etwas anderes vor. Vielleicht besteht das Ziel Israels nicht mehr darin, eine sehr große Anzahl von Siedlungen zu errichten, weil das kostspielig ist, sondern das Land ungenutzt zu lassen und es in Pufferzonen zu verwandeln.

Hat die Bevölkerung in Gaza noch die Kraft, sich zu organisieren, um Widerstand zu leisten?

Es gibt einen militärischen Widerstand, der über viele Jahre aufgebaut worden ist. Früher hatte er aber ein geringeres Ausmaß als heute. Dass es eine derart organisierte Operation wie die vom 7. Oktober gab, war sehr überraschend. Das zeigt, dass der militärische Widerstand heute tatsächlich stark organisiert und strukturiert ist und über mehr Mittel verfügt als in den vergangenen Jahren.

Neben dem militärischen Widerstand, der den Gazastreifen verteidigt, gibt es aber auch den Widerstand der Bevölkerung in den Städten: all die palästinensischen Gruppen und NGOs, die vor Ort gute Arbeit leisten – auch wenn einige NGOs, die zu Apparaten des Staates geworden sind, kritikwürdig sind. Insgesamt ist der zivile

Widerstand sehr beeindruckend. Seit der Blockade organisieren diese Leute neben dem Widerstand auch das tägliche Leben der Menschen im Gazastreifen.

Kannst du ein paar Beispiele dafür nennen?

Es gibt eine große Vielfalt an Vereinigungen, kleine und mittlere, die zum Beispiel mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, oder Gesundheitsverbände und Frauengruppen, darunter zum Beispiel ein Verband für Journalistinnen.

Außerdem sind Gewerkschaften aktiv, aber es handelt sich nicht um die offiziellen Gewerkschaften. Der Palästinensische Gewerkschaftsbund (Palestinian General Federation of Trade Unions, PGFTU) ist ein Staatsapparat. Seine Führung besteht aus Vertretern der politischen Organisationen innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die dazu bestimmt wurden, die Leitung der Gewerkschaften zu übernehmen. Und in den meisten Fällen sind es keine echten Gewerkschafter. Daneben gibt es noch eine andere, ebenfalls staatliche Gewerkschaft, die jenen Gewerkschaftsbund repräsentiert, der sich außerhalb Palästinas gebildet hatte, als die PLO im Libanon war. Man hatte dort eine Art Gewerkschaft gegründet, um mit den palästinensischen Flüchtlingen im Libanon zu arbeiten. Mit der Rückkehr der PLO nach Palästina kehrte auch die Führung dieser Gewerkschaft zurück. Manchmal gibt es Konkurrenz zwischen diesen beiden Leitungen, aber sie sind auf der gleichen politischen Linie, das heißt auf der offiziellen Linie der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Seit etwa 15 Jahren gibt es noch andere Gewerkschaften, die als unabhängige Gewerkschaften bezeichnet werden. Sie wurden von richtigen Gewerkschafter*innen innerhalb der offiziellen Gewerkschaften gegründet, konnten sich dann aber loslösen und echte Gewerkschaften aufbauen, die gemeinsam mit den Arbeiter*innen agieren.

In welchen Sektoren zum Beispiel?

Im Bildungs- und Gesundheitsbereich und im Elektrizitätssektor. Die unabhängigen Gewerkschaften sind auch in anderen Sektoren aktiv, aber in diesen drei Bereichen sind sie am stärksten verankert. In Gaza sind es unabhängige Gewerkschaften, die die Arbeiter*innen organisieren und sich für ihre Bedürfnisse einsetzen. Es gibt auch in Israel palästinensische Arbeiter*innen, aber das ist etwas anderes.

In Gaza beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 60 Prozent. Das ist extrem hoch. Sind diese Erwerbslosen auch von NGO-ähnlichen Strukturen abhängig?

In Gaza gibt es keine Sozialhilfe, die mit der sozialen Mindestsicherung RSA in Frankreich vergleichbar wäre. Es gibt Hilfe seitens der Familie oder von Verbänden, aber die sind in den letzten Jahren enorm geschrumpft. Viele Menschen leben in Armut.

In Frankreich kommt alles, was die Medien verbreiten, sehr schematisch daher: Es wird vom Angriff der Hamas gesprochen, ohne zu erwähnen, dass es auch andere Organisationen gibt, und ohne zu erklären, was die Hamas überhaupt ist. Wenn Organisationen auf der Liste der Terrororganisationen stehen, dann müssen wir offenbar nicht mehr verstehen, warum sie handeln. Kannst du erklären, welche Debatten es in Gaza und allgemein in Palästina gibt?

Alle Organisationen befinden sich unter dem Schirm der PLO, einschließlich der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP). Praktisch nur die Hamas und der Islamische Dschihad befinden sich außerhalb der PLO. Die PFLP ist gespalten, weil einige Aktivist*innen weiterhin in der PLO bleiben wollen, während andere den Austritt der PFLP fordern. Außerhalb, zum Beispiel in Syrien und im Libanon, hat die PFLP andere Rahmenbedingungen als in Palästina.

Die Palästinensische Autonomiebehörde regelt den administrativen Alltag der Palästinenser*innen und kontrolliert seit dem Oslo-Abkommen de facto auch das Leben der palästinensischen Organisationen. Die PLO ist sehr geschwächt. Die Fatah hat sich stark zurückgezogen, und einige Aktivist*innen sind auf Standby, weil sie nicht mit der offiziellen Position der Fatah einverstanden sind. In Dschenin und Nablus gibt es einen bewaffneten Widerstand, Fatah-Gruppen arbeiten dort mit der Hamas und dem Dschihad zusammen, was völlig im Widerspruch zur offiziellen Position der Fatah steht.

Auch die PFLP hat viele Aktivist*innen verloren: Leider sitzen viele von ihnen im Gefängnis. Andere haben sich zurückgezogen oder sind ganz ausgetreten, weil sie nicht mehr in diesem Rahmen arbeiten wollen oder weil die Position der Fatah unklar ist. Manche wollten sich wegen der Oslo-Verhandlungen nicht endgültig aus der PLO zurückziehen. Und einige PFLP-Kader arbeiten in der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Ähnliches gilt für die ehemalige Kommunistische Partei – heute die Palästinensische Volkspartei (PPP) –, die ihre Legitimität und damit viele Aktivist*innen verloren

hat. Es gibt auch die Palästinensische Nationale Initiative, die von Mustafa Barghouti, Haidar Abdel Shafi und Ibrahim Dakkak gegründet wurde. Haidar Abdel Shafi, der Arzt in Gaza und Leiter des Roten Halbmonds war, gilt in der Bevölkerung als angesehene Persönlichkeit. Während der Verhandlungen in Madrid war er der Vorsitzende der palästinensischen Delegation. (Es gab keine offizielle palästinensische Delegation, weil Israel und die USA dies nicht akzeptierten, aber die palästinensische Gruppe konnte unter dem Schirm der jordanischen Delegation arbeiten.) Haidar Abdel Shafi war zusammen mit anderen Personen wie Fana Nahshari, der Sprecherin dieser Delegation, und dem hoch angesehenen Fatah-Kader Faisal Fosemi, einer Jerusalemer Persönlichkeit, eine der wichtigen Säulen dieser Delegation. Als er von Geheimverhandlungen erfuhr, trat er aus Protest zurück. Eine weitere Führungskraft der Kommunistischen Partei während der zweiten Intifada war Mustafa Barghouti, der eine Ende der 70er-Jahre gegründete medizinische NGO leitete. Doch es kam zu Meinungsverschiedenheiten: Barghouti wollte im Widerstand weitergehen als die Führung. Deshalb zog er sich zusammen mit Haidar Abdel Shafi zurück, unterstützt von Edward Said, dem bekannten palästinensischen Intellektuellen. Gemeinsam gründeten sie die Palästinensische Nationale Initiative als dritten Weg zwischen der Fatah und der Hamas. Diese Bewegung war zeitweise sehr erfolgreich, hat aber leider in den letzten Jahren ebenfalls viele ihrer Unterstützer*innen und Aktivist*innen verloren. Vor einigen Jahren ist die Gruppe offiziell der PLO beigetreten, aber sie bleibt dennoch vor Ort aktiv. Es ist eine kleine Bewegung.

Nach dem Wahlsieg der Hamas 2006, der von der Fatah nicht akzeptiert wurde und Sanktionen der internationalen Gemeinschaft zur Folge hatte, übernahm die Hamas in Gaza wieder die Macht. Sie beging viele Fehler; nach Zusammenstößen zwischen Fatah- und Hamas-Aktivist*innen übernahm sie die Führung und zerschlug die anderen Strömungen.

Ich spreche hier von der politischen Führung, denn es gab noch keine bewaffnete Gruppe. Die politische Führung der Hamas hing von der Muslimbruderschaft, der Hilfe aus Katar und auch vom syrischen Regime ab. Die Hamas wurde also noch nicht als Teil der palästinensischen Nationalbewegung betrachtet. Hier sei auch daran erinnert, dass die Hamas bei ihrer Gründung 1988, während der ersten Intifada, in der Kontinuität der Bewegungen der Muslimbruderschaft stand, die in Palästina offiziell nicht existierte. Es gab nur Wohltätigkeitsorganisationen, die von den Muslimbrüdern abhängig waren. Außerdem lebte in Gaza

damals einer ihrer Führer, Scheich Ahmed Jassin, der auch ihr Sprecher war: Ihre Hauptsorge bestand darin, herauszufinden, wie man die PLO ausschalten und ersetzen könnte, denn deren Führer stellten die einzigen legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes dar, obwohl die PLO im besetzten Palästina offiziell verboten war.

In der Tat arbeiteten damals alle linken Parteien (Kommunistische Partei, PFLP, DFLP) und die Fatah zusammen: Sie waren als Teil der vereinigten Führung der Intifada vor Ort präsent. Die Hamas stand abseits, ihre Aktionen waren nie synchron mit der PLO-Strategie. Ihr Hauptanliegen bestand damals darin, eine islamistische Gesellschaft aufzubauen und die Rechte der Frauen anzugreifen: Sie versuchten, den Schleier im Gazastreifen durchzusetzen. An konservativen Orten wie zum Beispiel der Stadt Hebron oder auch im nördlichen Westjordanland gelang ihnen das auch. Damals setzten sich die Organisationen der palästinensischen Linken leider nicht für die Frauen ein. Sie wollten sich nicht mit der Hamas anlegen. In Gaza verhielt es sich damals so: Obwohl es sich noch um eine offene Gesellschaft handelte, legten feministische Aktivistinnen während der ersten Intifada aus Respekt den Schleier an, wenn sie zum Beispiel zu Beerdigungen palästinensischer Märtyrer gingen oder deren Familien kondolierten. Die Hamas wusste dies zu nutzen, um den palästinensischen Frauen den Schleier aufzuzwingen, und es gelang ihr, die Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen. Die palästinensische Linke nahm die Aufgabe, diesen feministischen Kampf zu führen, nicht wahr, mit der Begründung, dass es „nicht die Zeit dafür“ sei, wie es überall hieß. Der Islamische Dschihad war damals nicht präsent oder verhielt sich sehr diskret, jedenfalls versuchte er nie, die Macht zu übernehmen. Sein Hauptanliegen war der Widerstand gegen das zionistische Kolonialregime, was eine akzeptablere Position ist.

Zwischen 2005 und 2009 baute die Hamas ihre bewaffnete Gruppe auf, die Brigade Izz al-Din al-Qassam, benannt nach einem palästinensischen Führer, der während des britischen Mandats gegen die zionistischen Milizen im Palästina vor 1948 gekämpft hatte. Aber die Leute waren mit den Kampfmethoden der Hamas nicht einverstanden, also Raketen zu schießen, die keine Wirkung haben, außer dass sie im Gegenzug Bombardierungen durch Israel provozieren – auch wenn das in Wirklichkeit nicht stimmt, denn die Bombardierungen finden so oder so statt. Die Hamas-Führung strebte immer ihre eigenen Ziele an und nicht das Wohl der Allgemeinheit. Das ist in

diesem „Krieg“ anders. Ich glaube, die militärische Führung hat die Entscheidung für den Angriff am 7. Oktober außerhalb der politischen Führung getroffen, die offenbar wie alle anderen überrascht war.

Fast die gesamte politische Führung der Hamas befindet sich seit einiger Zeit in Katar, was nicht verstanden wird. Die Leute sind wütend: Warum ist die politische Führung in Katar, anstatt den Kampf zu strukturieren? Ismail Haniyeh geht überall hin, er besucht alle Konferenzen, so wie Mahmud Abbas: Wo ist der Unterschied zwischen den beiden?

Ich denke, die militärische Führung hat zu Recht versucht, eine Veränderung des Kräfteverhältnisses herbeizuführen. Die politische Führung der Hamas ist der Ansprechpartner, um via Katar über die Freilassung der Geiseln und der palästinensischen Gefangenen zu verhandeln, aber die militärische Führung der Hamas befindet sich in Gaza, wobei niemand weiß, wo sie sich genau aufhält.

Was ist nun ihr Ziel?

Ursprünglich wollten die Hamas-Kämpfer am 7. Oktober zu diesem Militärstützpunkt gehen und militärische Geiseln nehmen, um sie für die Befreiung palästinensischer Gefangener einzusetzen. Das war ihr Ziel. Da sie jedoch einen Durchgang öffneten, konnten viele Bewohner aus Gaza eindringen und richteten einen enormen Schaden an. Das ist nicht zu rechtfertigen, aber man muss den Kontext berücksichtigen: Wenn eingesperrte Menschen „sich befreien“, handeln sie unkontrolliert. Die militärische Führung wurde quasi von den Zivilisten überrannt: Sie kamen mit Fahrrädern, Tieren, Mopeds ... Sie waren vom Wunsch getrieben, herauszukommen; und nun wird uns in den Medien erzählt, die Hamas habe Kehlen aufgeschlitzt und Frauen vergewaltigt, obwohl ich den Eindruck habe, dass das gar nicht ihr Ziel war.

Betrachtet die militärische Führung den aktuellen Krieg als eine Möglichkeit, Widerstand zu leisten? Gilbert Achcar sagt, der militärische Widerstand könne ohne internationale Mobilisierung nicht gewinnen, aber umgekehrt kann man sicher auch sagen: Es braucht eine Zweckgemeinschaft, um zu gewinnen.

Ich denke, der Widerstand wird weitergehen, Israel wird es nicht schaffen, ihn zu zerstören. Israel sagt in all seinen Kriegen, das Ziel bestehe darin, die Hamas auszulöschen: Tatsächlich bedeutet das, die Bevölkerung zu vernichten.

Gleichzeitig ist das Ziel von Israel aber auch, die Hamas nicht zu zerschlagen, denn sie brauchen einen Feind.

Israel äußert sich nicht dazu, wer Gaza nach dem Krieg verwalten soll. Vermutlich wünschen sie sich eine sehr bürokratische Struktur als Führung.

Ja, genau. Meiner Meinung nach wollen sie nicht Mahmud Abbas, der ist nicht mehr beliebt – selbst die Amerikaner wollen ihn nicht. Sie suchen jemanden aus seinem Umfeld, der ihn ersetzen und die Kontrolle über Gaza übernehmen kann. Anders verhält es sich bei der politischen Führung der Hamas. Sie kann nach einem Kompromiss suchen, aber die Führung des militärischen Widerstands wird nicht darauf eingehen, außer vielleicht, wenn es echte Gegenleistungen gibt: die Freilassung von ehemaligen politischen Organisationskadern, von kranken Gefangenen etc. Das ist ihr Hauptziel.

Die politische Führung ist völlig korrupt, aber die militärische Führung der Hamas hat verstanden, dass man auch die anderen Strömungen, sogar wenn sie sehr geschwächt sind, einbeziehen muss, um gewisse politische Erfolge zu sichern. Deshalb werden sie weiterhin Widerstand leisten, auch wenn es vielleicht irgendwo einen Kompromiss oder eine Waffenruhe gibt. Aber man kann nicht vorhersagen, was passieren wird, weil man die Hintergründe, die internationalen Einflüsse, die Position der arabischen Länder, die Ziele der politischen Führung der Hamas und auch jene der Palästinensischen Autonomiebehörde nicht genau kennt.

Außerdem diskutieren wir gerade darüber, wer die Macht übernehmen wird, obwohl das von unten, von den Menschen, entschieden werden sollte. Es stimmt, dass es zurzeit schwierig ist, über Wahlen in den PLO-Gremien zu sprechen: dem Palästinensischen Nationalrat und dem Palästinensischen Legislativrat. Wir wünschen uns aber einen demokratischen Prozess. Dieser Krieg hat vieles verändert und wird noch vieles verändern. Wir werden sehen, wie es weitergeht.

Ist es übertrieben zu sagen, die Bevölkerung haben 7. Oktober für den Versuch genutzt, wieder eine kämpferische Bewegung in Gang zu bringen?

Ich denke nicht, dass diese Aussage übertrieben ist. Außerdem hängt es mit dem zusammen, was im Westjordanland passiert. Wir dürfen nicht vergessen, dass dies heute die zentrale Frage ist, wie auch die Zukunft Palästinas insgesamt. Ich denke, wir werden noch lange auf die Antwort warten.

Da das Westjordanland abgeriegelt ist, können wir uns nicht außerhalb der Städte und der Dörfer, in denen wir leben, bewegen. Auf lokaler Ebene wird gegen den aktuellen Völkermord demonstriert, zur Unterstützung des Widerstands und auch gegen die Siedler und die israelische Armee im Westjordanland. Das Koordinationskomitee der politischen und islamischen Kräfte ruft ebenfalls zu Demonstrationen auf, aber da kommen nicht viele Leute. Es gibt auch junge Leute, die über soziale Netzwerke zu Protesten aufrufen, ohne organisiert zu sein. Wenn etwas organisiert ist, gibt es normalerweise einen Rahmen, es kommen Persönlichkeiten, Vertreter, die sich an die Spitze stellen, und es gibt festgelegte Slogans. Aber hier gibt es keinen Rahmen: Die Leute kommen und verbreiten ihre eigenen Slogans; manchmal sind sie relevant und manchmal sind sie ehrlich gesagt überhaupt nicht politisch. Wenn man mit den Jugendlichen diskutiert und ihnen vorschlägt, sich zu organisieren, lehnen sie es ab, weil sie Angst vor Meinungsverschiedenheiten und Machtfragen haben. Das ist schade, denn gerade jetzt könnten wir über den bisherigen Rahmen hinausgehen.

Am Tag von Macrons Besuch, der für die Menschen wegen Frankreichs Haltung in dem Krieg eine Provokation bedeutete, gab es zum Beispiel Reaktionen in den sozialen Netzwerken. Um 16 Uhr wurde dort aufgerufen, sich auf dem zentralen Platz von Ramallah, dem Platz al-Manara, zu treffen. Jugendliche schrieben mithilfe von Google Translation französischsprachige Schilder gegen die Position Frankreichs: „Monsieur Macron, dégagez-vous“ (Hau ab!), aber auch Schilder für die Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah [einem seit 38 Jahren in Frankreich einsitzenden libanesischen Kommunisten und damit europaweit am längsten inhaftierter politischer Häftling, AdR]. Es handelte sich vor allem um junge Leute, die in Frankreich studiert hatten.

Um 17 Uhr wurde von allen politischen Kräften und von betroffenen Familien zu einer weiteren Demonstration für die Freilassung der Gefangenen aufgerufen. Das alles ist sehr vielfältig. Wir müssen es schaffen, diese alternative Bewegung zu strukturieren. Werden der Gaza-Krieg und seine Folgen die Dinge in Bewegung bringen? Wird es uns gelingen, eine neue Dynamik zu schaffen, die die alte Generation in die zweite Reihe verweist? Auch wir Palästinenser*innen in der Diaspora haben die Aufgabe, uns zu strukturieren. Wir wollen in Frankreich keine politische Bewegung aufbauen, sondern arbeiten innerhalb von Organisationen.

Wenn man dort in der Region politisch vorankommt, dann hilft uns das auch hier, unsere Positionen weiterzuentwickeln und die Solidaritätsbewegung zu stärken.

Was kannst du zum Zustand der Organisationen der radikalen Linken sagen: Können die DFLP und die PFLP in dieser Situation eine positive Rolle spielen?

Historisch gesehen sind die beiden Organisationen der radikalen Linken zuzuordnen, aber heute gehören sie nicht mehr dazu: Die PFLP von heute ist nicht mehr die der 70er-Jahre. Sie können zwar Erklärungen veröffentlichen, aber sie haben sich in die Institutionen integriert und sind vor Ort kaum präsent. Es gibt heute keine strukturierte Bewegung der radikalen Linken mehr: Es gibt nur noch einzelne Aktivist*innen. Es geht also darum, eine kämpferische Bewegung aufzubauen, die außerhalb jedes bereits bestehenden politischen Rahmens steht und breitere Positionen vertritt: das Ende der Kolonialherrschaft und die Forderung nach einem demokratischen und säkularen Staat. Unsere Organisation ist Teil der Strömung im Umfeld von Kampagnen wie One Democratic State und One Democratic Secular State.

aus: *l'Anticapitaliste* N°151 vom Dezember 2023

Übersetzung: A. W.

WAFFEN- EMBARGO GEGEN ISRAEL

Mit Spannung war der erste palästinensische Gewerkschaftsaufruf nach Beginn des Bombenhagels von den französischen Gewerkschaften, die nicht recht wussten, wie sie Stellung beziehen sollten, erwartet worden. **Emmanuel Dror**

Am 15. Oktober 2023 kam der Aufruf: Rund 30 palästinensische Gewerkschaften forderten dazu auf, den Handel

mit Waffen und Munition mit Israel sowie die Militärfinanzierung und -forschung einzustellen („Stop Arming Israel“). Im Einzelnen:

- Verweigert die Herstellung von Waffen für Israel und deren Transport nach Israel!
- Verabschiedet entsprechende Anträge in den Gewerkschaften!
- Ergreift Maßnahmen gegen Unternehmen, die sich als Komplizen an der brutalen und illegalen Belagerung durch Israel beteiligen!
- Übt Druck auf die Regierungen aus, damit sie alle militärischen Geschäfte mit Israel einstellen!

Am 8. November riefen Menschenrechtsorganisationen (Al-Haq, Women's International League for Peace and Freedom, International Service for Human Rights) in einem ähnlichen Aufruf zu einem bilateralen Waffenembargo gegen Israel auf:

- Alle Staaten sollen einen sofortigen Waffenstillstand, den bedingungslosen und ungehinderten Zugang von Treibstoff und humanitärer Hilfe, einschließlich Wasser, Lebensmitteln und medizinischen Hilfsgütern, in den Gazastreifen fordern, um die schwere humanitäre Krise zu lindern, sowie die sofortige Aufhebung der seit 16 Jahren andauernden illegalen Blockade und Abriegelung;
- Die USA, England, Deutschland, Kanada, Italien und andere Staaten, die die Lieferung von Waffen und anderen Formen der militärischen Unterstützung an Israel weiter zulassen, müssen
- diese Transfers im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen sofort beenden
- und die Lieferung von Material, Ausrüstung oder anderen Gütern, die zur Begehung schwerer Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich Kriegsverbrechen, verwendet werden könnten, unverzüglich einstellen.
- Staaten, die Waffen und Überwachungstechnologie aus Israel importieren, müssen diese Importe sofort einstellen;
- Transitstaaten müssen sich weigern, dass ihre Häfen und Flughäfen für den Transfer von Waffen nach Israel genutzt werden; und
- alle Mitgliedstaaten des ATT (Internationales Waffenhandelsabkommen) müssen in den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenarbeiten, um ein bilaterales Embargo für den Transfer von Militärgütern nach und von Israel zu verhängen, insbesondere durch Unterstützung der raschen Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Konferenz der Mitgliedstaaten, wie in Artikel 17 Absatz 5 des ATT vorgesehen.

Diese Aufrufe wurden zunächst von Gewerkschaften in über 13 Ländern und von Organisationen auf der ganzen Welt verbreitet und teilweise auch unterzeichnet. Danach entstand „Stop Arming Israel“ als eine globale Vereinigung von Aktivist*innen, die sich dafür einsetzen, dass eine solche Kampagne auch konkrete Maßnahmen beinhalten muss.

Die Website *Workers in Palestine* listet involvierte Unternehmen nach Ländern geordnet auf, gibt Tipps für wirksame Kampagnen und benennt weltweit durchgeführte Aktionen.

Bereits am 20. Oktober stellte eine indische Fabrik die Lieferung von Uniformen an die israelische Polizei ein. Am 26. Oktober blockierten englische Gewerkschafter eine Fabrik des israelischen Rüstungsunternehmens Elbit in Kent, und am 31. Oktober weigerten sich belgische Gewerkschafter, Waffen per Flugzeug oder Schiff nach Israel zu transportieren. Am 3. November weigerten sich Hafentarbeiter in Oakland (USA), ein nach Israel auslaufendes Militärschiff zu übernehmen. Am 6. wiederholt sich die gleiche Geschichte im Hafen von Barcelona.

Am 9. und 10. November fand ein weltweites Aktionswochenende statt, an dem sechs Länder teilnahmen und Fabriken und Häfen in Kanada, den USA, Italien, Großbritannien, Spanien und Australien blockierten. Am 1. Dezember beteiligte sich auch Japan an der Aktion, indem es die Büros einer japanischen Flugzeugfirma blockierte, die kürzlich einen Vertrag mit Elbit unterzeichnet hatte.

Frankreich ist ein Sonderfall. Zunächst wegen der Repression, die in Europa nur von Deutschland und Ungarn übertroffen wird, aber auch, weil der Markt für französische Waffenverkäufe nach Israel zwar undurchsichtig ist, aber klein zu sein scheint. Dennoch existiert er und muss an den Pranger gestellt werden, insbesondere die Zusammenarbeit von Thales und Safran beim Bau von Drohnen sowie die jahrelange nukleare Zusammenarbeit, die von der Atomenergiebehörde (CEA) fortgesetzt wird. Zu nennen sind auch Hutchinson und Saft, die Teile für die US-amerikanischen F35-Flugzeuge liefern, die den Gazastreifen bombardieren. Schließlich muss man auch Exxelia nennen, deren elektronische Bauteile in den Überresten einer Rakete gefunden wurden, die 2014 Kinder in Gaza tötete. Ein Gerichtsverfahren ist anhängig.

Inzwischen ist ein französischer Ableger von „Stop Arming Israel“ entstanden, der am 15. November vor der Rüstungsmesse Milipol in Villepinte oder am 28. November vor den Büros von Thales in La Défense präsent war.

Am 30. November legten die Hafentarbeiter von Marseille-Fos eine Stunde lang die Arbeit „für den Frieden“ nieder, wozu die CGT aufgerufen hatte. Weitere Aktionen fanden im Großraum Paris statt, am 7. Dezember vor den Büros von Exxelia, aber auch am 13. vor der Universität Paris-Saclay gegen deren Kooperation mit Thales. Auch Safran wurde nicht vergessen, mit Aktionen vor seinen Büros in Gennevilliers am 13. Dezember und in Vélizy am 14. Dezember. Weitere Aktionen gab es am 1. Januar 2024 an öffentlichen Orten, in Bahnhöfen, Einkaufszentren und sogar vor der israelischen Botschaft.

Ähnliche Aktionen finden allwöchentlich auf der ganzen Welt statt, und eine Petition auf der EKO-Website (internationale NRO gegen „rücksichtslose Großkonzerne“) hat fast 120 000 Unterschriften gesammelt. Diese Kampagne verfängt leicht bei der Allgemeinheit, zum einen, weil die Waffen direkt Palästinenser*innen töten, zum anderen, weil bekannt ist, dass die Bombardierungen ohne die von den westlichen Ländern geschickte Munition nach drei Tagen aufhören würden. Anstatt den israelischen Premierminister [vergeblich] zu einem Waffenstillstand aufzufordern, lässt sich dieser erzwingen, indem man ihm den Hahn abdreht.

nach Agence Média Palestine vom 2. Januar 2024

Übersetzung: MiWe



BDS-BEWEGUNG WICHTIGER DENN JE

Israels Vernichtungsfeldzug in Gaza auch mit Boykott und Sanktionen der Zivilgesellschaft bekämpfen! **Hermann Dierkes**

Auf Antrag Südafrikas hat der Internationale Gerichtshof am 26. Januar 2024 in einem ersten Verfahrensschritt den Vernichtungskrieg Israels gegen den palästinensischen Gazastreifen und seine 2,3 Millionen starke Bevölkerung

als „plausiblen“ Verstoß gegen die Völkermordkonvention von 1948 beurteilt, und zwar in Wort und Tat. Die scheinjuristische Verteidigung Israels, es bekämpfe nur Hamas und nicht die Zivilbevölkerung, wurde vom Gericht zurückgewiesen. Israel wurden sechs Maßnahmen auferlegt, die den drohenden Völkermord verhindern sollen, insbesondere die Einstellung aller Handlungen, die Zivilisten töten, umfangreiche Schäden anrichten sowie das ungehinderte Durchlassen und Verteilen von Hilfsgütern an die hungernden und aller Lebensnotwendigkeiten beraubten Menschen. Der von Südafrika geforderte Waffenstillstand wurde nicht verfügt, wengleich die Maßnahmen zusammengekommen ohne diesen praktisch nicht durchführbar sind. Die israelische Regierung muss binnen eines Monats über ihre Maßnahmen berichten und Südafrika hat das Recht, diese vor Ort zu kontrollieren. Die weltweiten Proteste gegen das israelische Vorgehen, das ausgemachten und ungeheuren Staatsterror darstellt und sich auch des letzten Hauchs der Achtung internationalen Rechts entledigt hat, mobilisieren Hunderttausende, insbesondere im globalen Süden, aber auch in den USA sowie in europäischen Großstädten. Völkerrechtlich gesehen machen sich Unterzeichnerstaaten der Völkermordkonvention wie die USA, Britannien und Deutschland zu Komplizen, weil sie Israel Waffen liefern und finanzielle und diplomatische Unterstützung leisten.

Im Rahmen der Proteste gegen den Feldzug der Verbrannten Erde in Gaza hat die bereits 2005 von über 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft initiierte Bewegung Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) neuen Schwung und millionenfache Unterstützung erhalten. Sie richtet sich gegen den zionistischen Apartheid- und kolonialen Siedlerstaat. Der Aufruf gilt, bis Israel vollständig seinen Verpflichtungen nach dem internationalen Recht nachkommt und hat mit Antisemitismus nicht das Geringste zu tun. BDS orientiert sich an dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika. Kernforderungen sind das Ende der Besatzung, der Apartheid im israelischen Machtbereich und der Kolonialisierung der Westbank und in Gaza, der Abbau der Trennmauer, die Gleichstellung der palästinensischen Bürger Israels und die Verwirklichung des Rückkehrrechts der seit 1948 Vertriebenen (bzw. ihre Entschädigung), wie es die UN-Resolution 194 fordert. Es geht also um die Durchsetzung der durch internationales Recht und zahlreiche UN-Beschlüsse verbürgten *drei wesentlichen Rechtspositionen* für die Palästinenser durch institutionellen und Konsumentenboykott, und zwar unabhängig von Nationalität, Ethnie oder poli-

tischer Orientierung. Seit 2008 wird die BDS-Bewegung durch eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Akteure vom Nationalen BDS-Komitee (BNC) koordiniert. Die bisher beste Darlegung der Ziele und Methoden von BDS durch den palästinensischen Autor Omar Barghouti wurde bereits 2012 vom Neuen ISP-Verlag übersetzt und herausgegeben. Sie ist immer noch gültig.¹

Die Unterstützer arbeiten im Rahmen der Grundsätze zu den BDS-Themen und mit Formen, die sie für sinnvoll halten. BDS hat über die Jahre bereits zahlreiche Erfolge zu verzeichnen, u.a. gegen Banken, Pensionsfonds, Firmen und Konzerne, die von der Besatzung profitieren, sowohl israelische wie US-amerikanische oder europäische. BDS ruft die Konsumenten auf, Produzenten, Supermärkte und Fast-Food-Betriebe zu meiden, die die Besatzung unterstützen, in den illegalen israelischen Siedlungen produzieren und davon profitieren. Dazu zählen McDonalds (die derzeit israelischen Soldaten ihre Hamburger kostenlos anbieten), Starbucks, H&M, der israelische Kosmetikkonzern Ahava, der u. a. Rohstoffe aus der Westbank ausbeutet, KFC, Maggi, Domino und Pizza Hut, Carrefour usw. Zum Desinvestment werden Konzerne aufgerufen wie der Sportartikler Puma, der die israelische Fußballmannschaft unterstützt, Veolia und der Versicherungskonzern Axa. Etliche Pensionsfonds – darunter aus Norwegen und den USA – haben bereits ihre Investitionen aus Israel zurückgezogen, die Deutsche Bank hat ihre Anteile an dem größten israelischen Rüstungskonzern Elbit verkauft. Der Gefängniskonzern G4S hat sich aus Israel zurückgezogen. Boykottiert werden auch etliche Unternehmen für Sicherheits- und Spionagesoftware, die ihre Technik an den besetzten Palästinensern entwickeln. Viele Kommunen weltweit, darunter Barcelona, haben ihre Beziehungen zu Israel heruntergefahren oder abgebrochen.

BDS wird seit Jahren in Fortsetzung der israelischen Politik von vielen westlichen Regierungen als „antisemitisch“ angefeindet, mit Verboten belegt und kriminalisiert. In den USA haben zahlreiche Bundesstaaten BDS unter Strafe gestellt. In Deutschland hat der Bundestag 2018 – praktisch einstimmig – eine rechtlich zwar nicht bindende, aber in den undemokratischen Auswirkungen verheerende Entschließung verabschiedet. Dagegen hatten seinerzeit auch zahlreiche israelische Intellektuelle protestiert. Kommunen, öffentliche Institutionen, Universitäten, Museen, die Frankfurter Buchmesse und künstlerische Einrichtungen wie das Essener Folkwang, die Kasseler Documenta oder die Weissenhof-Schule in Berlin berufen sich immer

wieder auf die Bundestagsentschließung, um mit Ausladungen, Raumverweigerungen, Auftrittsverboten, Verleumdungen, Kündigungen und einer Fülle von weiteren repressiven Maßnahmen gegen BDS-Unterstützer – oder angebliche BDS-Unterstützer vorzugehen. Häufig reicht die Denunziation durch das umtriebige Netzwerk von sog. Israel-Freunden, die im Stil von Blockwarten eng mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, rechten Mainstreammedien (von Bild bis Jerusalem Post), den Beauftragten gegen Antisemitismus in Bund und Ländern und der israelischen Botschaft kollaborieren. Etliche dieser widerwärtigen und absolut undemokratischen Maßnahmen wurden allerdings schon des Öfteren gerichtlich kassiert. So hat der bayerische Verwaltungsgerichtshof im Namen der Meinungsfreiheit dagegen entschieden, ebenso der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Besonders schädliche Auswirkungen hat diese Israel- und Denunziantenhörige, feige Politik im deutschen Kultur- und Bildungsbereich, wo weltbekannte Autoren wie Annie Ernaux, Adana Shibli, Kamila Shamsi oder Rockstars wie Roger Waters betroffen sind. Hunderte von Akademikern, Kunst- und Kulturschaffenden aus aller Welt haben öffentlich dagegen protestiert und boykottieren inzwischen Deutschland, unter ihnen viele oppositionelle Israelis und jüdische Stimmen. Teil der BDS-Bewegung ist PACBI, der palästinensische Aufruf für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels. PACBI geht davon aus, „dass wissenschaftliche und kulturelle Institutionen in Israel in ein System eingebunden sind, das die Ungleichbehandlung der palästinensischen Bevölkerung perpetuiert, sie in Strategien gießt und in Konzepte verpackt, sie in Gesetzen verankert und in alltäglichen Praktiken festigt“ (Birgit Althaler). Der israelische Filmemacher Eyal Sivan und die französische Dokumentarfilmproduzentin Armelle Laborie haben Ziele und Methoden von PACBI in dem Buch *Legitimer Protest* erläutert, das seit 2018 in deutscher Übersetzung vorliegt.²

Der Softwareexperte Ahmed Bashbash, der aus Gaza stammt und dessen Bruder den israelischen Bomben zum Opfer fiel, hat eine App namens Nothanks³ entwickelt. Er berichtete zusammen mit BDS-Koordinatoren aus Barcelona und Ramallah auf Al Jazeera, dass er in kürzester Zeit 190 000 Downloads verzeichnen konnte. In Deutschland wäre es jetzt wichtig, dass der Bundestagsbeschluss von 2018 gegen BDS auf den Müllhaufen der Geschichte kommt. Wenn er allerdings nicht gerichtlich kassiert wird, dürfte es bei den Mehrheitsverhältnissen, einer Super-Koalition von „Links“ bis AfD gegen BDS und der selbstgebauten Falle

der „Israel-Solidarität als Staatsräson“ allerdings unmöglich sein, damit bald Erfolg zu haben.

Die Lage im Gazastreifen

„Israel hat einem besetzten Volk den Krieg erklärt“, so der palästinensische Politiker Mustafa Barghouti. Das Regime weigert sich demonstrativ, den Maßgaben des höchsten UN-Gerichts nachzukommen. Die rechtsradikale Regierung und das Militär wollen weitermachen, „bis Hamas vernichtet ist“. Die seit über 16 Jahren anhaltende Blockade des Gaza-Streifens wurde zu Kriegsbeginn drastisch verschärft. Und trotz aller Proteste und Bemühungen der Hilfsorganisationen wurde die Blockade von Lebensmitteln, Trinkwasser, Medikamenten und Energie an den beiden von Israel kontrollierten Checkpoints kaum gelockert. LKW-Ladungen werden unter fadenscheinigen Vorwänden immer wieder zurückgewiesen, weil den Kontrolleuren irgendwas nicht passt, z. B. Zeltstangen. Es fehlt buchstäblich an allem. Vor den Checkpoints und im israelischen Ashdod sind inzwischen rechtsradikale Israelis aufgezogen, die mit der weiß-blauen-Fahne in der Faust Hilfsgüter-Transporte behindern. Die ununterbrochenen schweren Bombardierungen und Beschießungen dichtbesiedelter Gebiete durch Luftwaffe, Artillerie und planmäßige Sprengungen, die jede Verhältnismäßigkeit missachten und eine kollektive Bestrafung darstellen, sind für sich genommen schon schwere Kriegsverbrechen. Sie haben inzwischen fast 360 000 Wohngebäude (70%) ganz oder teilweise zerstört und die gesamte Infrastruktur in Schutt und Asche gelegt. Die massiven Angriffe verschonen weder Krankenhäuser noch Ambulanzwagen. Von den 35 Krankenhäusern sind bestenfalls noch 13 teilweise in Betrieb und restlos überfüllt. Etliche wurden von der israelischen Besatzungsarmee ultimativ zur Räumung aufgefordert. Ärzte und Personal arbeiten bis zum Umfallen, wurden verjagt, verschleppt oder von Scharfschützen getötet, medizinisches Material, Lebensmittel und Energie sind kaum noch vorhanden. 386 Bildungseinrichtungen, Kindergärten und zahlreiche UN-Einrichtungen wurden zerstört, in denen Menschen Schutz gesucht haben. Über 150 UNWRA-Hilfskräfte wurden getötet, über 100 Journalisten – oft mitsamt ihren Familien. Zahlreiche Kulturgüter und religiöse Einrichtungen wurden zerbombt, darunter uralte Moscheen, Kirchen und Bibliotheken. Alle Universitäten wurden zerbombt bzw. gezielt gesprengt. Seit dem Haager Urteil wurden nochmals mehr als 1000 Menschen – die meisten Frauen und Kinder – umgebracht und noch viele mehr – oft schwer – verletzt. Die Ge-

samtzahl – einschließlich der Tausende Vermissten – wird inzwischen auf deutlich über 30 000 geschätzt, Tausende Leichen liegen unter den Schuttmassen, in denen Menschen mit bloßen Händen nach ihren Liebsten suchen. Die Zahl der Verwundeten und Schwerverletzten liegt mehr als doppelt so hoch. 85 % der Bevölkerung wurden in den vergangenen 3 Monaten oft gewaltsam in einen immer kleineren Südzügel des Gazastreifens verjagt und zusammengedrängt – von einem angeblich „sicheren“ Fleck auf den nächsten, der dann oftmals auch wieder bombardiert und beschossen wird. Selbst die primitiven Unterkünfte aus Plastikmaterial und Lebensmittelsäcken in der Umgebung von Rafah, in denen die zusammengedrängten Menschen den jahreszeitlich bedingten Regenfällen, niedrigen Temperaturen und Abwässerseen ausgesetzt sind, werden jetzt nicht mehr von Beschießung verschont. Die mit Hilfslieferungen angekommenen Zelte des Roten Halbmonds, des Roten Kreuzes, von arabischen Staaten wie Katar und von UN-Organisationen reichen überhaupt nicht aus angesichts von 1,7 Millionen Binnenflüchtlingen.

Die israelische Kriegsführung wird immer schmutziger – das Arsenal dafür hat sich durch die zurückliegenden Terrorangriffe und Praktiken auf Gaza in 2008/09, 2012, 2014 sowie den alltäglichen Terror von Armee und Siedlern in der Westbank aufgefüllt. Aber jetzt scheint sie ein Anzeichen dafür zu sein, dass der Krieg gegen die bewaffneten Widerstandsgruppen von Hamas, dem Islamischen Dschihad oder der PFLP wohl nicht mehr zu gewinnen ist: Kollektive Hinrichtungen von Gefangenen, willkürliche Gefangennahme, Verschleppung, Folterung und Erniedrigung von Jugendlichen und Männern, selbst von Ärzten, bedenkenloses Abknallen von flüchtenden Frauen und Kindern, sinnloses Zerstören, Raub von privaten Wertgegenständen und Geldmitteln sind an der Tagesordnung.

Die palästinensischen Widerstandsgruppen schlagen sich aufopferungsvoll und hartnäckig, wobei sie geschickt die weitläufigen unterirdischen Tunnelanlagen und die Trümmerlandschaft nutzen. Sie führen einen antikolonialen Kampf, das muss man anerkennen, obwohl es nicht bedeutet, sich mit der Politik von „Hamas“ unkritisch zu solidarisieren. Die israelische Armee versucht inzwischen, Tunnel mit Meerwasser zu fluten und nimmt dabei in Kauf, dass die noch in der Hand der palästinensischen Widerstandsgruppen befindlichen 136 Geiseln umkommen. Experten und Umweltschützer warnen vor nicht wieder gutzumachenden Schäden an den Grundwasserbeständen. Es gibt Hinweise, dass man auch schon versucht hat, Giftgas einzusetzen. Über die Opfer des Widerstands – die sehr wahrscheinlich hoch

sind – ist nur sehr wenig bekannt und die dröhnenden Zahlen der israelischen Armee sind nicht glaubwürdig. Oft muss sie eigene Verluste einräumen in Bereichen, in denen sie die Partisanen (für Israel Terroristen) angeblich beseitigt hatte.

Skandalöse Politik der Bundesregierung

Die Bewegung gegen den israelischen Vernichtungsfeldzug in Gaza, aber auch gegen den blutigen Terror von Siedlern und Armee in der Westbank muss noch viel stärker werden. Gerade in Deutschland dürfen wir es nicht durchgehen lassen, dass die Regierung die großen Mobilisierungen gegen die migrantenfeindliche Politik der AfD begrüßt, aber unverdrossen mit dem israelischen Regime kollaboriert, das wegen Völkermord angeklagt ist und sich die weitere Vertreibung und ethnische Säuberung der Palästinenser zum Ziel gesetzt hat. Die Bundesregierung muss ihre rechtswidrige und schädliche Politik der bedingungslosen Unterstützung des israelischen Regimes und die Anfeindung der Friedensbewegung aufgeben, wie sie auch von Kanzler Scholz persönlich auf hanebüchene Weise („Israel hält sich an das Völkerrecht“, „seine Armee ist zutiefst moralisch“, „daran habe ich keinen Zweifel“, „Unser Platz ist an der Seite Israels“ und dergleichen mehr) zusammengefasst wurde. Die skandalöse Haltung der Bundesampel hat kürzlich einen neuen traurigen Höhepunkt erreicht, als sie nur kurz nach dem Haager Urteil einem Denunziantenmanöver der israelischen Regierung auf den Leim gegangen ist und die Mittel für das UNWRA-Flüchtlingswerk – gleich nach den USA und in der Folge einem weiteren Kreis von Ländern – eingefroren hat. Nach wieder einmal ohne stichhaltige Beweise vorgenommenen Anschuldigungen soll ein Dutzend UNWRA-Mitarbeiter an dem blutigen Überfall der Hamas vom 7. Oktober beteiligt gewesen sein. Die umgehend eingeleitete Untersuchung der UN konnte man nicht abwarten. Die US-Regierung erklärte, dass sie die angeblichen Unterlagen Israels nicht hatte studieren können, aber Israels Ansage für „sehr überzeugend“ gehalten habe. Soviel zur Rechtsstaatlichkeit des wertebasierten Westens! Selbst die *Financial Times*, die inzwischen die israelischen Unterlagen einsehen konnte, misst diesen keine Beweiskraft zu. Für die israelische Regierung geht es darum, mit diesem PR-Coup das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu kontern und – wieder einmal – die UNWRA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, zu schwächen. Dass das Leben von Hunderttausenden in Gaza von den Hilfslieferungen abhängt, spielt keine Rolle. Erneut ein Beweis für die völkermörderische Politik Israels!

BDS kann auch gegen diese verkommene Politik einen sehr wichtigen Beitrag leisten.

Das „*Palestinian BDS National Committee*“ (BNC) – die palästinensische Koordination für BDS in Ramallah ist über folgenden Link zu erreichen: <https://bdsmovement.net/>
Webseite der Koordination in Deutschland mit Sitz in Berlin: <https://bds-kampagne.de>

1 Omar Barghouti: *Boykott – Desinvestment – Sanktionen*. Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas, Köln: Neuer ISP Verlag 2012, 232 S., ISBN 978-3-89900-136-5, € 19,80.
Englischsprachiges Original: Chicago: Haymarket Books, 2011.

2 Eyal Sivan/Armelle Laborie: *Legitimer Protest*. Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels, Wien: Promedia Verlag, 2018, 184 S. (noch lieferbar als E-Book).
Französischsprachiges Original: *Un boycott légitime*, Paris: La fabrique éditions 2016.

3 „No, thanks this product is not good for you“ oder „No, thanks this product is in the boycott list“.

ÜBER DEN MISS- BRAUCH DES ANTISEMITISMUS- VORWURFS DURCH DEN STAAT ISRAEL

Friedrich Voßkuhler

1. Vom Holocaust zum Bombardement der palästinensischen Bevölkerung in Gaza

Macht ist dann gänzlich „souverän“, wenn sie in der Lage ist, menschliches Leben auf „nacktes“, „bloßes“ Leben zu reduzieren. Sie ist dann „souverän“, wenn es in ihrem Belieben steht, einen „Ausnahmestandard“ herbeizuführen,

der es erlaubt, Menschen „wie Läuse“ (Hitler) zu vernichten. „Unter dem Nazismus ist der Jude die privilegierte Negativreferenz“ dieser „biopolitischen Souveränität“ gewesen, ein „flagranter Fall“ des „homo sacer“ im „Sinn“ eines nichts als „tötbaren“ „Lebens“ (Giorgio Agamben: *Homo sacer*. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt 2002, S.124). „Die Verwirklichung einer schieren Tötbarkeit“ war der „Bedingung des Juden als solcher inhärent“ (ibid.). Der Jude war „tötbar“, weil er Jude war. Er war „tötbar“, weil er „nacktes“, „bloßes“ Leben ohne menschliche Würde darstellte. Ihn traf die Verachtung derjenigen, denen das „bloße“ Leben nichts galt, für die das Leben keinen „Wert an sich selbst“ besaß, sondern vielmehr dazu bestimmt war, in Rauch aufzugehen und nichts als Asche zurückzulassen.

Was ist demzufolge Antisemitismus? Die Strategie „souveräner Macht“, die schiere „Tötbarkeit“ „nackten“, „bloßen“ menschlichen Lebens zu verwirklichen. Die Strategie, sich des anderen Menschen zu bemächtigen und ihm die Verfügung über sein Leben zu rauben. Die Strategie, das menschliche Leben bis auf den Punkt herabzubringen, wo ihm seine Würde genommen ist. Der Jude ist „unter dem Nazismus“ ohne Zweifel die „privilegierte Negativreferenz“ dieser Strategie gewesen, aber folgt daraus, dass der Begriff Antisemitismus zwangsläufig mit „antijüdisch“ zu übersetzen sei? Was ist, wenn der Vorwurf des Antisemitismus strategisch dazu benutzt wird, die Machtoptionen des Staates Israel moralisch und politisch unangreifbar zu machen? Was ist, wenn der Staat Israel in den von ihm besetzten palästinensischen Gebieten das Leben der Bewohner auf „nacktes“, „bloßes“ Leben reduziert? Was ist, wenn er diese Gebiete unter einen „Ausnahmestandard“ stellt, der es ihm einräumt, mit ihren Bewohnern nach eigenem Gutdünken umzugehen? Was ist, wenn er den Palästinensern die Möglichkeit raubt, über das eigene Leben zu verfügen und sie stattdessen auf den Status von Hilfsgüterempfängern reduziert? Was ist, wenn er es als seine souveräne Entscheidung begreift, die Menschen durch Flächenbombardements vernichten zu dürfen?

Wenn das so ist – und es ist so –, dann sind die jüdischen Machthaber des Staates Israel Antisemiten. Jude zu sein schützt nicht davor, Antisemit zu sein. Jude zu sein, schützt nicht davor, Staatsbürger in einem rassistischen und nationalistischen Staatswesen zu sein, das sich der Strategie „souveräner“ Machtausübung bedient. Ein solches Staatswesen missbraucht den Begriff des Antisemitismus und übt sich in der Strategie, die Opfer des Holocaust dazu zu benutzen, das Verbrechen an der palästinensischen Bevöl-

kerung moralisch und politisch zu legitimieren. Das Ziel ist, die Öffentlichkeit wie beispielweise in den USA und Deutschland zu Geiseln dieser politischen und moralischen Perversion zu machen und soweit als möglich alle Kritik zu ersticken. Das zionistische Selbstverständnis der Führung des israelischen Staates verrät die ethische Substanz des Judentums und tritt das Angedenken der Opfer des Holocausts in den Schmutz. Diesem politischen und moralischen Missbrauch, der mit dem Begriff des Antisemitismus getrieben wird, widerspreche ich auf das Entschiedenste.

2. Die religiöse und ethische Substanz des Judentums

Meine These ist, dass die religiöse und ethische Substanz des Judentums von dem Religionsphilosophen Emmanuel Lévinas in einer Art und Weise zur Sprache gebracht worden ist, der nur schwerlich zu widersprechen ist. Für Lévinas ist das Gebot der „Diakonie“ – der Brüderlichkeit – der Kern der jüdischen Spiritualität und Ethik. Was versteht Lévinas unter Brüderlichkeit? Die nicht in Frage zu stellende „Heimsuchung“ durch das „Antlitz“ des anderen Menschen. „Das Antlitz ist Not“, und in der „Direktheit“ seiner „Not“, „die auf mich zielt“, ist es „inständiges Flehen“ (Emmanuel Lévinas: Die Spur des Anderen. Freiburg und München 1987, S. 222). Diesem „Flehen“ gilt meine ganze mitmenschliche Verantwortung ohne Wenn und Aber. Es fordert mich in einer Art und Weise zu einer Antwort auf, als ob die ganze Schöpfung auf ihr lasten würde. Was uns derart heimsucht, nimmt seinen „Ausgang von einer absolut fremden Sphäre“ (ibid.), es nimmt seinen „Ausgang“ von jenem Fernsten und Abwesenden, das wir Gott nennen. Die „Spur“ dieses Fernsten und Abwesenden findet sich in der „Not“ des „Antlitzes“, das mich „anfleht“ und zur „Verantwortung“ auffordert. Mit der Antwort auf das „Antlitz“ des anderen Menschen – unseres Bruders – antworten wir auf die Weisung des abwesenden Gottes, sich von der „Not“ „heimsuchen“ zu lassen. Gott ist als Gott abwesend, anwesend ist er nur in der „Not“ des uns begegnenden „Antlitzes“. Mit wenigen Worten zusammengefasst: „Die Epiphanie des absolut Anderen ist Antlitz, in dem der Andere mich anruft und mir durch seine Nacktheit, durch seine Not, eine Anordnung zu verstehen gibt. Seine Gegenwart ist eine Aufforderung zur Antwort“ (Die Spur des Anderen, S. 224). Dies ist der Kern der humanistischen und zugleich religiösen Ethik des Judentums, wie er von Emmanuel Lévinas formuliert wird.

Diese Ethik sagt: Kein Opfer – aus welchem Grund auch immer – ist sittlich legitimierbar. Sie sagt: Wenn wir

aus dem Holocaust eine Lehre ziehen wollen, dann müssen gerade wir, die Juden, die die Opfer waren, damit Schluss machen, dass andere geopfert werden. Wir müssen jede Art der Legitimation des Opfers aus der Welt schaffen!

Wir sehen: Diese Lehre ist nicht nationalistisch, nicht rassistisch und auch nicht fundamentalistisch religiös. Sie ist universalistisch. Sie gilt für alle Menschen, ob Juden, Palästinenser, Inder oder Franzosen. Und was sie deswegen ganz und gar nicht ist: Sie ist nicht zionistisch. Der Zionismus ist Gottesleugnung. Er leugnet die „Epiphanie des absolut Anderen“ im „Antlitz“ des Mitmenschen. Der Zionismus ist die Leugnung Gottes zugunsten der Strategie der „souveränen Macht“ des Staates Israel. Netanjahu aber ist nicht der Hohepriester Jahwes, sondern der rassistische und nationalistische Vertreter der Staatsmacht Israels, die sich um die religiöse und ethische Substanz des Judentums einen Dreck schert. Gott offenbart sich mitmenschlich. Weder auf dem Tempelberg, noch in den jüdischen Siedlungen und auch nicht im militärisch-industriellen Komplex, der zur Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt wird, findet der Gott der Diakonie seinen menschlichen Ausdruck.

3. Die Pathologie der permanenten politischen Krise in Nahost

Ich halte es für angebracht, bezüglich der permanenten politischen Krise in Nahost von einer spezifischen Pathologie zu sprechen. Das möchte ich mithilfe einiger Textstellen aus Hevers Buch „Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung“ (Köln und Karlsruhe 2014) klarmachen: „Auch wenn Israel/Palästina ... ein sehr kleines Land ist“, so befindet es sich doch „am Schnittpunkt kollidierender internationaler Interessen, in dem drei Kontinente aufeinanderstoßen, in der Nähe des Suezkanals und an einem zentralen Punkt des Nahen Ostens, durch welchen Öl und Erdgas in die Mittelmeergebiete fließen“ (Hever, S. 222). „Abgesehen von der geographischen Bedeutung des Landes hatte Israel für die Nachkriegspolitik einen unermesslichen symbolischen Stellenwert, denn er wurde von Europa als Gelegenheit angesehen, sich von den Verbrechen des Holocaust reinzuwaschen und zugleich als Vehikel für postkoloniale Projekte im Nahen Osten zu dienen. Bei dem Versuch, sich für die Errichtung eines ethnischen Staates international Unterstützung zu verschaffen, war die zionistische Führung äußerst erfolgreich darin, vom europäischen Antisemitismus und dem Holocaust zu profitieren, indem sie die Politik der Schuld für sich nutzte, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte. Sie

konnte führende Politiker der ganzen Welt dazu bringen, die Schaffung eines jüdischen Staates im Jahre 1948 zu unterstützen, ... Israel erfüllte also einen doppelten Zweck bei der Bemühung Europas, sich nach dem Holocaust wieder herzustellen. Erstens bot es die Möglichkeit, die Juden für den Holocaust zu kompensieren und ihnen eine sichere Zukunft in ihrem eigenen Staat zuzusichern und so die Schuld des Holocausts zu tilgen. Zweitens blieb es den europäischen Ländern erspart, die in ihnen beheimateten Holocaust-Überlebenden zu rehabilitieren, indem sie diese nach Israel schickten“ (ibid.). Kurz und gut: Der „Projektstaat“ (Hever, S. 225) Israel diene erstens der „zionistischen Führung“ dazu, die „Schuld“ des „Holocaust“ zur Legitimation der eigenen Machtstrategien zu benutzen und zweitens dazu, eine nicht unerhebliche geostrategische Rolle bei der Durchsetzung der Interessen der Ölkonzerne und der politischen Hegemonie der USA wahrzunehmen. Zu diesem Zweck spielte die „zionistische Führung“ in niederträchtigster Form die Trumpfkarte des vorhandenen Schuldbewusstseins gegenüber den Opfern des Holocausts aus und nahm vornehmlich die westliche Welt in den Schwitzkasten eines alle Kritik zur Seite fegenden Vorwurfs, nämlich den des Antisemitismus. Dieses bis heute nicht wenig erfolgreiche Erpressungsmanöver bedingt eine politische und moralische Pathologie, aus der der Nahe Osten nicht herauskommt, und der zu einer permanenten Rückkopplung von Terror und Gegenterror führt. Weder die „zionistische Führung“ noch der fundamentale Islamismus sind in der Lage, aus diesem Teufelskreis, den sie stets neu anfachen, herauszufinden. Hever schreibt über Israel, dass in dem „Projekt“ dieses Staates „der Zionismus“ den „Vorrang vor den realen Bedürfnissen der ... Bürger ... hat. Würde die Legitimität des Projekts untergraben, stünde die Definition Israels insgesamt in Frage“ (ibid.). Das „Projekt“ des zionistischen Staates ist nicht in der Lage, den Juden eine „sichere Zukunft“ zuzusichern. Den Menschen in den besetzten Gebieten Palästinas bringt es überdies Unterdrückung und Verwüstung. Eine ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben gewährleistende Zukunft kann es nur unter der Bedingung *eines* Staatswesens geben, indem Juden und Palästinenser ihre Angelegenheiten *gemeinsam* demokratisch regeln. Eine Zweistaatenlösung taugt dazu nicht.

ISRAEL UND DIE USA – DER ERSTE GEMEINSAME KRIEG

Im folgenden Beitrag erläutert Gilbert Achcar, wie die USA Israel im Krieg gegen Gaza durch Militärhilfe und Rückendeckung bei den Vereinten Nationen offen unterstützen, während sie gleichzeitig die Bemühungen um einen Waffenstillstand hintertreiben. Damit macht sich Washington mitschuldig an Israels Vorhaben, die Hamas durch eine gnadenlose Militäroffensive, die auf ein Massaker an der Zivilbevölkerung hinausläuft, zu vernichten. **Gilbert Achcar**

Der Krieg der israelischen Streitkräfte gegen Gaza nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 ist Israels erster Krieg unter direkter Beteiligung Washingtons. Die USA unterstützen offen das erklärte Kriegsziel und sprechen sich in der UNO gegen einen Waffenstillstand aus, während sie Israel mit Waffen und Munition versorgen und versuchen, andere regionale Akteure davon abzuhalten, auf Seiten der Hamas in den Konflikt einzugreifen.

Bei der Staatsgründung hatten die USA Israel noch nicht militärisch unterstützt. Sie traten zunächst als unparteiischer Vermittler zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn auf und verhängten für beide Seiten ein Waffenembargo, das bis zum Ende der Präsidentschaft von Dwight D. Eisenhower (1953–61) in Kraft blieb. So war Israel in seinen Anfangsjahren hinsichtlich Finanzierung und Bewaffnung auf Westdeutschland und Frankreich angewiesen. Das änderte sich erst, als John F. Kennedy angesichts des zunehmend radikalen arabischen Nationalismus unter der Führung Nassers in Ägypten und des schwindenden Einflusses der USA im Nahen Osten beschloss, verstärkt auf Israel zu setzen, und begann, es mit Waffen zu beliefern.

Das war der Anfang einer „besonderen Beziehung“: Zwischen seiner Gründung im Jahr 1948 und dem Beginn des Jahres 2023 erhielt Israel mehr als 158 Mrd. \$ an US-Hilfe, darunter mehr als 124 Mrd. \$ an Militärhilfe, womit es der größte Empfänger von US-Geldern seit dem Zweiten Weltkrieg ist.¹ Im Schnitt stellen die USA dem Staat Israel jährlich Militärhilfe von annähernd 4 Mrd. \$ zur Verfügung.

Im Jahr 1967 unterstützte Washington den Krieg Israels gegen seine arabischen Nachbarn nicht offen (denn es konnte die Besetzung des Westjordanlands auf Kosten Jordaniens, eines anderen Verbündeten, nicht gutheißen). Während des Kriegs im Oktober 1973 führte die „besondere Beziehung“ zu Waffenlieferungen an Israel über eine Luftbrücke – allerdings mit dem Ziel, dem Land bei der Eindämmung der von Ägypten und Syrien begonnenen Offensive beizustehen. Erst nachdem es Israel gelungen war, die Lage zu seinen Gunsten zu verändern, übte Washington starken Druck auf Israel aus, die Feindseligkeiten zu beenden. Die USA waren auch nicht am israelischen Einmarsch in den Libanon 1982 beteiligt, sondern spielten bei der Evakuierung der Kämpfer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus Beirut eine Vermittlerrolle. Sie unterstützten weder den Krieg, den Israel 2006 gegen den Libanon angezettelt hatte, noch die darauffolgenden Offensiven gegen Gaza.

Im aktuellen Konflikt jedoch unterstützen die USA Israel ohne Vorbehalte und in großem Maßstab. Unmittelbar nach dem 7. Oktober entsandte Washington zwei US-Flugzeugträger-Kampfgruppen (angeführt von den Flugzeugträgern USS Eisenhower und USS Ford) in das östliche Mittelmeer, sowie eine Marine-Eingreiftruppe, eine Amphibienangriffsgruppe unter Führung der USS Bataan im Schwarzen Meer und das mit Marschflugkörpern ausgestattete Atom-U-Boot USS Florida. Gleichzeitig versetzte Washington seine Luftwaffenstützpunkte in der Region in Alarmbereitschaft und lieferte umgehend militärische Ausrüstung an Israel, darunter Raketen für das Luftabwehrsystem Iron Dome.

Damit erhielt Israel eine regionale Rückendeckung von Washington, sodass es den Großteil seiner Streitkräfte für den Krieg gegen Gaza einsetzen konnte, dessen erklärtes Ziel von Anfang an die Vernichtung der Hamas war. Dieses Vorhaben wurde von den USA und anderen westlichen Staaten ausdrücklich gebilligt. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Zerschlagung einer Massenorganisation, die seit 2007 ein kleines, aber äußerst dicht besiedeltes Gebiet verwaltet, unrealistisch ist, ohne ein Massaker von völkermör-

derischer Dimension anzurichten. Das trifft umso mehr zu, als die israelische Armee die klare Absicht verfolgte, die Verluste in den eigenen Reihen während des Angriffs so gering wie möglich zu halten, was den intensiven Einsatz von Fernangriffen und die komplette Zerstörung städtischer Wohngebiete zur Vermeidung eines städtischen Guerillakriegs erforderte, wobei eine Unzahl an zivilen Todesopfern einkalkuliert wurde.

Für das Massaker tragen die USA auch insofern die Verantwortung, als sie Israel für diesen Zweck einen großen Teil der Mittel zur Verfügung gestellt haben. Bis Ende November hatte Washington seinem Verbündeten 57 000 Artilleriegranaten und 15.000 Bomben geliefert, darunter über 5.400 Bomben vom Typ BLU-117 sowie 100 BLU-109-Geschosse (so genannte „bunker busters“), die jeweils 2000 Pound (fast eine Tonne) wiegen.² Die *New York Times* berichtete, dass sich Militärexperten über Israels „großzügigen“ Einsatz dieser 2000-Pound-Bomben, von denen jede einzelne einen mehrere Stockwerke hohen Turm zum Einsturz bringen kann, verwundert zeigten. Diese Geschosse trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass sich Israels Krieg in Gaza zu einem Massaker „historischen Ausmaßes“ an der Zivilbevölkerung ausweitete.³ Bis zum 25. Dezember hatten die USA Israel 244 Waffenlieferungen per Frachtflugzeug sowie 20 Lieferungen per Schiff zukommen lassen.⁴ Darüber hinaus enthüllte der *Guardian*, dass Israel auf einen riesigen Vorrat an US-Waffen zurückgreifen konnte, die bereits vorsorglich im Land „geparkt“ waren.⁵

Zur Finanzierung all dieser Vorhaben beantragte die Regierung Biden am 20. Oktober beim Kongress zusätzliche Haushaltsmittel in der Höhe von 105 Mrd. \$, darunter 61,4 Mrd. \$ für die Ukraine (46,3 Mrd. \$ Militärhilfe), 14,1 Mrd. \$ für Israel (13,9 Mrd. \$ Militärhilfe) und 13,6 Mrd. \$ für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den Grenzen. Der Präsident hoffte, er könne die republikanische Rechte dazu bewegen, grünes Licht für die Ukraine zu geben, indem er die (umstrittene) Hilfe für die Ukraine mit Anliegen verknüpfte, die den Republikanern am Herzen liegen; doch bis zum Ende des Jahres 2023 war es Biden immer noch nicht gelungen, seinen Antrag genehmigt zu bekommen. Die republikanische Rechte hat Bidens Strategie gegen ihn verwendet, indem sie noch drastischere Maßnahmen an der Grenze forderte und ihn damit in eine unangenehme Lage gegenüber seiner eigenen Partei brachte.

Um die israelischen Merkava-Panzer mit 45 000 Artilleriegeschossen für 500 Mill. \$ auszustatten, hat die Regie-

rung Biden den Kongress umgangen, indem sie am 9. Dezember ein Paket von 14 000 Geschossen für 106,5 Mill. \$ als Sofortmaßnahme verabschiedete. Sie wiederholte dieses Manöver am 30. Dezember für 147,5 Mill. \$ und zog sich damit den Unmut der Demokraten zu, die stärkere Kontrollen für Waffenpakete an Israel forderten. In all diesen Fällen trägt Biden eine direkte Mitverantwortung für das von den israelischen Streitkräften in Gaza verübte Massaker. Seine Ermahnungen an Israel, sich an „humanitäre Standards“ zu halten, klingen hohl und lassen sich von Kritikern unschwer als Heuchelei vom Tisch wischen. Seine Meinungsverschiedenheiten mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu über die Frage, wie es nach dem Krieg weitergehen soll, ändern nichts an der gemeinsamen Verantwortung der beiden Regierungen für den Krieg selbst.⁶

Letztendlich hat Biden, der 2020 im Zuge des Wahlkampfes versprochen hatte, den Kurs der ausgesprochen israelfreundlichen Politik seines Vorgängers zu ändern – insbesondere durch die Wiedereröffnung des US-Konsulats in Ost-Jerusalem und des PLO-Büros in Washington – seine Versprechen nicht umgesetzt. Stattdessen trat er in die Fußstapfen von Donald Trump, indem er sich zunächst darum bemühte, Saudi-Arabien zu bewegen, sich denjenigen arabischen Staaten anzuschließen, die unter Trumps Ägide diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen hatten, und dann Israel bei seinem Überfall auf Gaza bedingungslos unterstützte. Damit ist es ihm gelungen, seine eigene Demokratische Partei zu verärgern, die laut einer am 19. Dezember veröffentlichten Umfrage eher mit den Palästinensern als mit den Israelis sympathisiert (34 % zu 31 %), ohne jedoch die Republikaner zufrieden zu stellen. Der gleichen Umfrage⁷ zufolge sind 57 % der US-Amerikaner mit Bidens Umgang mit dem Konflikt nicht einverstanden.

22. Januar 2024

Übersetzung: E. F.

¹ Congressional Research Service: U.S. Foreign Aid to Israel, CRS Report. Washington, 1. März 2023.

² Jared Malsin und Nancy A. Youssef: U.S. Sends Israel 2,000-Pound Bunker Buster Bombs for Gaza War. *Wall Street Journal*, 1. Dezember 2023.

³ Lauren Leatherby: Gaza Civilians, Under Israeli Barrage, Are Being Killed at Historic Pace. *New York Times*, 25. November 2023.

⁴ Harry Davies und Manisha Ganguly: 244 US cargo planes, 20 ships deliver over 10,000 tons of military equipment to Israel – report. *Times of Israel*, 25. Dezember 2023.

⁵ Gaza war puts US's extensive weapons stockpile in Israel under scrutiny. *The Guardian*, 27. Dezember 2023.

⁶ Gilbert Achcar: Israeli far right's plans for expulsion and expansion. *Le Monde diplomatique* (englische Ausgabe), Dezember 2023.

⁷ Jonathan Weisman, Ruth Igielnik und Alyce McFadden: Poll Finds Wide Disapproval of Biden on Gaza, and Little Room to Shift Gears. *New York Times*, 19. Dezember 2023.

DROHT EIN FLÄCHENBRAND?

Mehr als drei Monate nach Beginn des völkermörderischen Kriegs des israelischen Staates gegen den Gazastreifen untersucht der Autor die Auswirkungen auf die Staaten dieser Region, in denen auch regionale Akteure ihre eigene Agenda verfolgen. Dort droht – auch durch die zuvor schon vorhandenen und sich verschärfenden Konflikte – die Gefahr eines Flächenbrandes mit einer Ausweitung des Kriegs auf die Nachbarländer. **Joseph Daher**

Noch haben die regionalen Spannungen nicht zu einem umfassenden blutigen Krieg im Nahen Osten geführt, obwohl sie seit Anfang Januar dramatisch zugenommen haben. Das brutale Vorgehen der israelischen Besatzungsarmee mit Unterstützung ihrer Verbündeten im imperialistischen Westen konfrontiert die Menschen in Syrien, dem Irak, dem Jemen und im Libanon mit der wachsenden Gefahr eines tödlichen regionalen Flächenbrands.

Syrien

Seit dem 7. Oktober hat Israel wiederholt gezielte Attentate auf wichtige Persönlichkeiten in Syrien verübt. So wurde am 25. Dezember südlich von Damaskus der Brigadegeneral Razi Mousavi, ein hochrangiger Kommandeur der Quds-Truppe, der Abteilung für Auslandseinsätze und Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, von israelischen Raketen getötet. Die iranische Führung hat eine Reaktion auf dieses Attentat angekündigt. Einige Tage später, am 8. Januar, wurde Hassan

Akasha, ein Hamas-Vertreter, der für den Raketenbeschuss Israels seitens der Hamas aus Syrien verantwortlich war, von der israelischen Besatzungsarmee in dem Ort Beit Dschinn südwestlich von Damaskus in der Nähe der israelisch besetzten Golanhöhen getötet. Zwischen dem 12. Oktober und dem 8. Januar gab es mindestens 18 israelische Angriffe auf die Flughäfen von Damaskus und Aleppo. Außerdem wurden Stellungen und Einrichtungen der Hisbollah und pro-iranischer Kräfte in der Region Damaskus angegriffen.

Auch wenn der Diktator Bashar al-Assad viel von Solidarität mit den Palästinensern redet, scheint das syrische Regime weder Interesse noch die Fähigkeit zu haben, sich direkt an einer Reaktion auf den israelischen Krieg gegen den Gazastreifen zu beteiligen. Dies deckt sich mit der seit 1974 verfolgten Politik, jede ernsthafte und direkte Konfrontation mit Israel zu vermeiden. Auch wenn syrische Regierungsvertreter den israelischen Krieg verurteilen, wird daraus keinerlei militärische oder politische Unterstützung der Hamas erwachsen. Auch die beiderseitigen Beziehungen, die 2011 nach der Unterstützung des syrischen Aufstands durch die palästinensische Bewegung abgebrochen wurden, werden kaum mehr wie früher werden, selbst wenn das syrische Regime unter Vermittlung der Hisbollah im Sommer 2022 wieder Kontakt zur Hamas aufgenommen hat. Für die künftigen Beziehungen werden vor allem die Interessen des Iran und der Hisbollah den Ausschlag geben.

Mittlerweile hat die Gewalt im Norden Syriens zugenommen. Der Nordwesten Syriens ist durch die zunehmenden Bombardements durch syrische oder russische Flieger zu einem Brennpunkt des Konflikts geworden. Diese Eskalation erfolgte nach einem verheerenden Anschlag auf eine Abschlussfeier der Militärakademie in der Stadt Homs, bei dem mindestens 89 Menschen ums Leben kamen. Der Angriff erfolgte durch mit Sprengstoff beladene Drohnen, wahrscheinlich aus benachbarten Gebieten, die von den türkischen Behörden oder der islamistischen Miliz Hajat Tahrir asch-Scham (HTS) kontrolliert werden.

Der Anschlag in Homs wurde vom syrischen Regime und seinem russischen Verbündeten als Vorwand genutzt, die Militäraktionen in der Region zu intensivieren. Die humanitären Folgen sind schwerwiegend: Seit Anfang Oktober wurden mehr als 100 Menschen getötet – fast 40 Prozent davon Kinder – und über 400 weitere verletzt. Nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) wurden 120 000 Menschen gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen.

Auch das türkische Militär hat seine Militäroperationen auf die Gebiete ausgeweitet, die von der Autonomen Verwal-

tung von Nord- und Ostsyrien (AANES, besser bekannt als Rojava) kontrolliert werden. Anlass war ein Selbstmordanschlag am 1. Oktober am Eingang des Innenministeriums in Ankara, bei dem zwei Polizisten verletzt wurden und zu dem sich eine der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehende Gruppe bekannte. Am 17. Oktober stimmte dann das türkische Parlament für eine Verlängerung des Mandats, das den türkischen Streitkräften grenzüberschreitende Operationen in Syrien und im Irak für zwei weitere Jahre erlaubt.

Durch die zahlreichen Luft- und Drohnenangriffe wurden seit Oktober 2023 große Teile der Bevölkerung im Nordosten vorübergehend oder gar über die kalten Wintermonate hinweg von der Versorgung mit Strom, Wasser, Heizung etc. abgeschnitten. Ende Dezember flogen türkische Kampfflugzeuge und Drohnen eine Reihe von Angriffen gegen Ölanlagen und wichtige Infrastruktureinrichtungen, was zu Stromausfällen in mehreren Städten und auf dem Land im Kanton Dschasira führte und die Produktionskapazität der Elektrizitätswerke um 50 % reduzierte. Bei den türkischen Angriffen wurden im Jahr 2023 mindestens 176 Zivilisten getötet und 272 weitere verletzt. Mitte Januar nahm die Türkei ihre Luftangriffe gegen den Nordosten Syriens und den Nordirak wieder auf.

Dabei agieren die beteiligten Staaten Türkei, Russland und das syrische Regime im Windschatten des israelischen Krieg gegen Gaza und schlagen strategisch Kapital aus dem erhöhten internationalen Augenmerk auf den dortigen Konflikt, um ungestraft ihre eigene Agenda zu verfolgen.

Das Chaos infolge des Gazakriegs nutzen auch andere Akteure aus: So sind US-Militärstützpunkte in Syrien und im Irak seitens durch den Iran gesteuerter Gruppierungen vermehrt mit Drohnen und Raketen angegriffen worden. So gab das US-Verteidigungsministerium am 10. Januar bekannt, dass US-Truppen und -Stützpunkte in Syrien und im Irak seit dem 17. Oktober 127 Mal angegriffen worden seien. Diese verstärkten Angriffe sind eine direkte Reaktion auf Washingtons Unterstützung für Israels Militäraktion im Gazastreifen und dienen dabei sowohl der politischen als auch der regional-strategischen Agenda. Seit Ende Oktober fliegen die USA wiederum systematische Angriffe auf Einrichtungen der pro-iranischen Milizen und der Islamischen Revolutionsgarden Irans im Osten Syriens.

Irak

Auch im Irak kommt es zu Spannungen zwischen US-Streitkräften und pro-iranischen Milizen. Am 4. Januar griffen die US-Streitkräfte ein irakisches Sicherheitshauptquartier im Herzen der Hauptstadt Bagdad an. Dabei wur-

den zwei Mitglieder der al-Nujaba-Fraktion der pro-irani-schen Milizengruppe Al-Haschd asch-Scha'bi getötet. Einer der ermordeten Milizionäre, Kommandant Abu Taqwa, wurde von Washington beschuldigt, aktiv an Angriffen auf US-Militärstützpunkte im Irak beteiligt zu sein.

Da die Al-Haschd asch-Scha'bi offiziell in die nationale irakische Armee integriert ist, verurteilte das irakische Außenministerium den Anschlag scharf. Das Büro von Premierminister Mohammad Shia al-Sudani bezeichnete den Angriff vom 4. Januar als gefährliche Eskalation. Es kündigte die Bildung eines bilateralen Ausschusses an, der die Aufgabe hat, Schritte zur endgültigen Beendigung der Präsenz der US-geführten internationalen Koalitionstruppen zu unternehmen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die politischen Machthaber des Irak den Abzug der US-Truppen fordern. Nach der Ermordung von Kassem Soleimani, dem Chef der iranischen al-Quds-Truppe der Revolutionsgarden in Bagdad, durch die USA im Jahr 2020 hatte Interimspremierminister Adel Abdel-Mahdi Washington aufgefordert, einen Plan für den Abzug seiner Truppen aufzustellen. Diese Bitte wurde vom US-Außenministerium kategorisch abgelehnt.

Das irakische Parlament hatte ebenfalls in einem Gesetzesentwurf den Abzug der USA gefordert, aber die Resolution war nicht bindend. Offiziell leisten die 2500 US-Soldaten im Irak den irakischen Streitkräften Unterstützung, Beratung und Ausbildung. Ihre Anwesenheit erfolgte auf Einladung der irakischen Regierung, die 2014 um Unterstützung im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) gebeten hatte. Sie war aber auch Teil des strategischen Abkommens, das 2008 zwischen dem ehemaligen Premierminister Nuri al-Maliki – jetzt Teil eines pro-iranischen schiitischen Netzwerkes (CF) – und Washington unterzeichnet wurde. Das Abkommen wurde damals vom irakischen Parlament gebilligt. Washington seinerseits möchte seine Militärpräsenz sowohl im Irak als auch in Syrien aufrechterhalten.

Jemen

Auch auf jemenitischer Seite haben die Spannungen zwischen der politisch-militärischen Bewegung der Huthis und den US-Streitkräften und ihren Verbündeten zugenommen. Seit dem 7. Oktober haben die Huthis aus Solidarität mit den Palästinensern ihre Angriffe im Roten Meer auf Schiffe aus „pro-israelischen“ Herkunftsländern verstärkt. So kaperten sie am 19. November das Handelsschiff Galaxy Leader, das einem israelischen Geschäftsmann gehört, mit 25 Besatzungsmitgliedern. Die Huthis haben mehrfach erklärt, dass sie diese Angriffe erst dann

einstellen werden, wenn der israelische Krieg gegen die Palästinenser im Gazastreifen beendet ist.

In Anbetracht dieser Lage hat Washington Anfang Dezember eine multinationale Seestreitmacht zum Schutz der Handelsschiffe im Roten Meer aufgestellt. Das Hauptziel besteht darin, einen der wichtigsten Schifffahrtskorridore für den internationalen Handel (12 % des Welthandels) zu sichern. Am letzten Tag des Jahres 2023 wurden zehn Huthi-Milizionäre getötet, als das US-Militär nach eigenen Angaben als Reaktion auf Angriffe auf das Containerschiff einer dänischen Reederei drei Schiffe versenkte. Es war der erste tödliche Schlag gegen die Huthis seit der Aufstellung der multinationalen Seestreitkräfte. Wenige Tage danach führten die USA und das Vereinigte Königreich weitere Luftangriffe gegen die Huthis durch. Außerdem verhängte Washington Sanktionen gegen die Finanzflüsse der Huthis, die sich gegen mehrere Personen und Einrichtungen im Jemen und in der Türkei richteten. Zwischen dem 18. November und dem 13. Januar wurden mehr als 27 Handelsschiffe, die im südlichen Roten Meer und im Golf von Aden unterwegs waren, von den Huthis angegriffen.

Libanon

Im Libanon, der seit Beginn des israelischen Krieges gegen den Gazastreifen Ziel israelischer Raketen ist, hat sich das Risiko einer größeren Konfrontation zwischen der Hisbollah und Tel Aviv erhöht, nachdem Saleh al-Aruri, stellvertretender Vorsitzender des politischen Büros der Hamas und Mitgründer ihres militärischen Flügels, der Kassam-Brigaden am 2. Januar in den südlichen Vororten von Beirut von den Israelis ermordet worden war. Zwei weitere Hamas-Funktionäre, Samir Fandi und Azzam al-Akraa, sowie vier weitere Personen, die der Bewegung, aber auch der libanesischen Jamaa Islamiya (einem Zweig der Muslimbrüder im Libanon) angehören, wurden bei diesem Anschlag ebenfalls getötet. Aruri hatte sich seit 2018 im Libanon aufgehalten, war zuvor zweimal inhaftiert worden und hatte etliche Jahre in israelischen Gefängnissen verbracht, bevor er im April 2010 freigelassen wurde. Er war einer der bevorzugten Gesprächspartner von Hassan Nasrallah, dem Generalsekretär der Hisbollah.

Das nächste Mordopfer war Wissam Tawil, ein Kommandeur der Al-Radwan-Truppe, einer militärischen Einheit der Hisbollah, der im Südlibanon einer israelischen Drohne zum Opfer fiel. Er war der ranghöchste militärische Funktionär der Hisbollah, der seit dem 8. Oktober getötet wurde. Als Reaktion darauf griff die Hisbollah Militärstützpunkte im Norden Israels an.

Bei israelischen Angriffen sind zwischen dem 8. Oktober und Mitte Januar 2024 rund 160 Hisbollah-Mitglieder ums Leben gekommen. Luft- und Drohnenangriffe der israelischen Besatzungsarmee auf Dörfer im Südlibanon haben außerdem zur Zwangsvertreibung von mehr als 76 000 Menschen aus ihren Häusern geführt und große Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen beschädigt.

Die Ermordung von Aruri und des Hisbollah-Kommandeurs Tawil hat die Position der libanesischen islamischen Partei und ihres Hauptsponsors Iran vorerst nicht beeinträchtigt. Das Zögern, auf den israelischen Krieg mit einer intensiveren militärischen Reaktion zu reagieren, liegt daran, die eigenen politischen und geopolitischen Interessen zu wahren. Die Hisbollah fungiert weiterhin als Druckmittel gegen Tel Aviv, wie Hassan Nasrallah es formuliert. Auch der Iran möchte nicht, dass sein Kronjuwel, die Hisbollah, geschwächt wird. Das geopolitische Ziel des Iran ist nicht die Befreiung der Palästinenser, sondern die Nutzung dieser Gruppierungen als Druckmittel, insbesondere in den Beziehungen zu den USA. Insofern hält die Hisbollah an „kalkulierten und angemessenen Reaktionen“ auf israelische Angriffe fest.

Die Gefahr dahinter ist, dass Israel seine Attentate und Angriffe auf libanesischen Gebiete wahrscheinlich fortsetzen wird. Ein Teil der israelischen herrschenden Klasse will durch ihren Krieg gegen Gaza die Hisbollah dazu zwingen, sich 10 Kilometer von der Grenze, also nördlich des Litani-Flusses, zurückzuziehen. Dies würde einen politischen und militärischen Gewinn für Israel bedeuten.

Die Eskalation der israelischen Angriffe im Libanon ergibt sich aus der neuen militärischen Strategie Israels. Der Rückzug von fünf Brigaden aus dem Gazastreifen zu Beginn des Jahres, die größtenteils aus Reservesoldaten bestehen, ist Teil der israelischen Strategie eines „Krieges niedriger Intensität“. Beabsichtigt wird damit eine stärkere Kontrolle über den größten Teil des Gazastreifens, der inzwischen besetzt ist, die Zerstörung des unterirdischen Tunnelnetzes und die Ausrottung jeglichen Widerstands. Die zunehmenden Drohungen und Angriffe im Libanon zeigen, dass die Hisbollah die Chance verpasst hat, Israel zu einem Zweifrontenkrieg zu zwingen. Dies wendet sich nun gegen sie.

Unsere Aufgaben

Der völkermörderische Krieg gegen die im Gaza-Streifen eingeschlossene palästinensische Bevölkerung geht unvermindert weiter. Die israelischen Regierungsvertreter haben angekündigt, dass der Krieg „das ganze Jahr“ 2024

andauern wird. Die Strafflosigkeit dieses Vorgehens ist eine ständige Bedrohung für die Arbeiterklassen in der Region und erhöht weiterhin die Gefahr eines regionalen Krieges. Zugleich mehrt der westliche Imperialismus unter Führung der USA durch die Unterstützung Israels nur noch weiter das Elend der dortigen Bevölkerung, die ohnehin unter ihrer autoritären Staatsführung und den andauernden Bombardements leidet.

Welche Aufgaben kommen somit auf die Linke und die fortschrittlichen Kräfte zu?

Wir müssen weiterhin den kolonialistischen und rassistischen israelischen Apartheid-Staat unter Druck setzen und gleichzeitig das Recht der Palästinenser*innen auf Widerstand gegen ein solches Verbrecherregime verteidigen. Wie jede andere Bevölkerung unter solchen Bedrohungen haben die Palästinenser*innen dieses Recht, auch mit militärischen Mitteln. Genauso haben die Libanes*innen das Recht, sich gegen die militärische Aggression und den Krieg Israels zu wehren. Dies darf nicht gleichgesetzt werden mit der Unterstützung der politischen Ziele und Orientierung der verschiedenen palästinensischen und libanesischen politischen Parteien, einschließlich Hamas und Hisbollah. Das gilt auch für alle Arten von militärischen Aktionen dieser Gruppierungen, insbesondere für Aktionen, die zur wahllosen Tötung von Zivilist*innen führen.

Dafür bedarf es in erster Linie einer Strategie der Linken, die auf der Solidarität der einheimischen Bevölkerung basiert. Das bedeutet Widerstand einerseits gegen die westlichen Staaten und Israel, andererseits aber auch gegen die autoritären Staaten der Region (Iran, Saudi-Arabien, Türkei, Katar, VAE etc.) und die mit ihnen verbundenen politischen Kräfte. Diese auf dem Klassenkampf von unten basierende Strategie ist der einzige Weg, um die Befreiung von diesen Regimen und ihren imperialistischen Hintermännern (seien es die USA, China oder Russland) zu erlangen. Für diesen Kampf müssen sich die Palästinenser*innen, Libanes*innen und die Menschen in den anderen Ländern auch die Forderungen all derer zu eigen machen, die unter nationaler Unterdrückung leiden – wie die Kurden und andere, die ethnisch, religiös und sozial unterdrückt werden.

15. Januar 2024

aus: *Against the Current* Nr. 229

Übersetzung: MiWe

BERICHT- ERSTATTUNG, DESINFORMATION, PROPAGANDA UND DIE ROLLE DER MEDIEN

Wer nach dem 7. Oktober versuchte, die Taten der palästinensischen Milizen zu kontextualisieren, war rasch mit dem Vorwurf konfrontiert, diese zu verharmlosen. **Martina Guggenbühl**

Das Argument der Kritiker*innen: Es gibt keine Erklärung für die verübte Gewalt. Wer auch nur versuche, die Frage nach dem Warum für diese Taten zu stellen, legitimiere das Vorgehen. So geschah es der Philosophin Judith Butler, die die Gewalt nicht rechtfertigte, aber forderte, sie historisch einzuordnen.¹ Dafür wird sie massiv angefeindet.

Eine Kontextualisierung des historischen Hintergrunds und der rechtlichen und sozialen Lebenssituation der Menschen vor Ort bedeutet nicht eine Billigung der Taten. Vielmehr geht es um die Einordnung und Beurteilung der Ereignisse. So wie bei jeder Straftat die Frage nach dem Warum gestellt werden muss.

Der Diskurs zu Israel/Palästina ist jedoch seit jeher beschränkt, der geschichtliche Hintergrund ist weitgehend ausgeblendet. Charakterisierungen wie Apartheid, Siedlungskolonialismus und Freiluftgefängnis werden mit dem Vorwurf des Antisemitismus delegitimiert. Fast jede Erzählung über Gewalt beginnt mit einem Anschlag von palästinensischer Seite. Die strukturelle Unterdrückung der Palästinenser*innen auf allen Ebenen wird nicht benannt und das Recht auf Widerstand gegen Besatzung, Vertreibung und andere Menschenrechtsverletzungen nicht anerkannt.

Bei den tödlichen Angriffen der palästinensischen Kämpfer wird die Unmenschlichkeit unterstrichen. Werden jedoch in Gaza Zivilpersonen zu Tausenden ermordet,

so behandeln sie die Medien als unvermeidbare Kollateralschäden einer Militäroperation, deren Legitimität nicht infrage gestellt wird.

Genau dieser parteiische Diskurs bringt uns nicht weiter. Judith Butler begründet die Forderung nach Kontextualisierung wie folgt: „Wenn wir wissen wollen, was die Gewalt in der Region reproduziert, um der Gewalt endgültig Einhalt zu gebieten, dann müssen wir mit den Historikern zusammenarbeiten, um die selbsternannte Kolonisierung dieser Länder durch die politischen Zionisten, die Bedingungen, unter denen der Staat Israel gegründet wurde, und die Geschichte der Enteignung, Entrechtung, Inhaftierung, Belagerung und Bombardierung zu verstehen. Wenn wir Frieden für die Region und eine Zukunft anstreben, in der alle Bewohner des Landes unter Bedingungen der Gleichheit und Freiheit leben, dann müssen wir gemeinsam neu darüber nachdenken, wie sich Staatsgebilde im Laufe der Zeit verändern können und sollten.“²

Desinformation, Propaganda

Um einen verfälschten Diskurs aufrecht zu erhalten, werden Informationsquellen unterschiedlich gewichtet oder absichtlich gefälscht. Der überwiegende Teil der Informationen, die hiesige Medienkonsument*innen erreichen, hat seinen Ursprung in der israelischen Armee und anderen israelischen Behörden. Oft stellen sich Behauptungen später als Unwahrheiten oder bewusste Ungenauigkeiten heraus.

Trotzdem werden israelische Staatsorgane oft unkritisch als Quellen benutzt. Die Angaben der Gesundheitsbehörden aus dem Gazastreifen über die Anzahl der Todesopfer werden dagegen mit der Ergänzung diskreditiert, sie ließen sich „nicht unabhängig überprüfen“, obwohl sie sich in der Vergangenheit als relativ verlässlich bestätigt haben. Forderungen nach unabhängiger Berichterstattung werden von israelischer Seite zurückgewiesen, ausländischen Journalist*innen wird der Zugang zum Gazastreifen verwehrt³ und Medienschaffende vor Ort werden gezielt angegriffen⁴, über 100 von ihnen wurden gemäß dem Palestine Journalist Syndicate in den letzten drei Monaten getötet. Um die Deutungshoheit zu behalten, pocht Israel mit Erfolg auf Sprachregelungen, die es bereits 2009 in einem eigenen Glossar⁵ definiert hat. Die palästinensische Seite soll gezielt entmenschlicht und legitimer Widerstand kriminalisiert werden.

Beispielhaft für die Dehumanisierung der Palästinenser*innen ist die mantraartige Betonung der

besonders fürchterlichen Grausamkeiten der bewaffneten Angreifer aus dem Gazastreifen, die das Ziel verfolgt hätten, möglichst viele unschuldige Zivilist*innen möglichst brutal zu ermorden.⁶ Auch die Betonung, es handle sich um den schlimmsten Gewaltakt gegen Jüd*innen seit dem Holocaust Als Beleg dafür wurde unter anderem ausgewählten Journalist*innen auch in der Schweiz Filmmaterial⁷ vorgelegt, ohne dass sie die Möglichkeit erhielten, das Material zu überprüfen, wie sonst üblich. Doch die Authentizität und insbesondere die Aussagekraft der Bilder sind zum Teil umstritten. Offenbar reicht es nicht, von Hamas und andren Milizen tatsächlich begangene Völker- und Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen, wie dies seriöse Menschenrechtsorganisationen tun.⁸ Den Kämpfern werden auch Taten unterstellt, die sie nicht begangen haben (geköpfte Babys) oder für die die israelische Armee verantwortlich ist (Beschuss von Häusern im Kibbutz Be'eri und Fahrzeugen am Nova-Festival), wie Recherchen von Mondoweiss⁹, Electronic Intifada¹⁰, Grayzone¹¹ bzw. Journalisten wie Ali Abuminah, Max Blumenthal und Asa Wistanley zeigen. Gravierend ist auch der von regierungsnahen Kreisen orchestrierte Vorwurf systematischer sexualisierter Gewalt, der von unzähligen westlichen Medien ungeprüft übernommen wurde und in Wikipedia Eingang findet¹², obwohl sich die bis dorthin vorgelegten Belege als wenig belastbar herausstellten. Dass es sexualisierte Gewalt gegeben hat, kann nicht ausgeschlossen werden und ist dort, wo sie stattgefunden hat, klar zu verurteilen. Perfid und gegenüber tatsächlichen Opfern zynisch ist aber die Strategie regierungsnaher israelischer Juristinnen, feministischen Organisationen weltweit gestützt auf manipulierte Belege und Spekulationen vorzuwerfen, sie ignorierten sexualisierte Gewalt absichtlich, weil die Opfer jüdisch seien.

Gerade in der Frage der sexualisierten Gewalt wie in der Aufarbeitung der Ereignisse vom 7. Oktober insgesamt ist daher eine quellenkritische Berichterstattung und die Erleichterung unabhängiger Untersuchungen umso wichtiger. Israel ist daran nur begrenzt interessiert. Anstatt die verbrannten Autos vom Festival auszuwerten, sollen diese beispielsweise unter einem religiösen Vorwand geschreddert und begraben werden.¹³

Ein weiteres Element der israelischen Propaganda und Desinformation sind die wiederholten Behauptungen, die Hamas missbrauche Spitälern und andre laut Völkerrecht unter besonderem Schutz stehende Infrastrukturen und die eigene Bevölkerung als Schutzschild, während Israel zivile Opfer u. a. durch Warnungen zu verhindern versuche.

Wie sehr die israelische Armee dabei mit Manipulationen arbeitet, dokumentieren immer wieder Medien wie *Al Jazeera* (am Beispiel des Al-Shifa-Spitals) oder die in London basierte Initiative Forensic Architecture, die nach detaillierten Auswertungen vorhandenen Bildmaterials zum Schluss kommt: „Unsere Analyse deutet darauf hin, dass die Krankenhäuser im Gazastreifen im Rahmen der laufenden Invasion einem systematischen Muster von Einschüchterung und Gewalt durch das israelische Militär ausgesetzt sind.“¹⁴

Die Rolle der Medien

Damit dieser Diskurs greifen kann, braucht es Medien, die Israels verfälschte Darstellung und Sprache übernehmen. Die Zeitschrift *The Intercept* unterzog drei US-amerikanische Zeitungen einer genaueren Analyse und ermittelte eine klar proisraelische Schlagseite. So wurde etwa der Begriff „slaughter“ (Abschlachten) für die Tötung von Israelis im Vergleich zu Palästinenser*innen im Verhältnis von 60 zu 1 verwendet und „Massaker“ im Verhältnis 125 zu 2. Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für das besetzte Palästinensische Gebiet, kommentierte wie folgt: „Nach Monaten, in denen westliche Medien den sich abzeichnenden Völkermord in Gaza und alle Arten von Völkerrechtsverletzungen an Palästinenser*innen falsch dargestellt oder nicht darüber berichtet haben, stellt sich die Frage: Haben Journalist*innen nicht einen Verhaltenskodex und eine Berufsethik, an die sie sich halten und für die sie zur Rechenschaft gezogen werden können?“

Der palästinensische Thinktank Al-Shabaka konstatiert: „Es liegt auf der Hand, dass die Sprache ein wichtiges Instrument für Unterdrückungsregime ist, nicht nur, um die andere Seite zu entmenschlichen, sondern auch, um die Realität auf den Kopf zu stellen. Worte wie ‚Evakuierung‘ und ‚sichere Routen‘ verschleiern die Realität von Massenvertreibung und Todesmärschen. Sie erwecken den Eindruck, dass es sich um eine wohlwollende Macht und nicht um ein völkermordendes Regime handelt. Alles als ‚Hamas-gesteuert‘ zu bezeichnen, gibt grünes Licht für Bombardierungen. So wird eine Schule, ein Krankenhaus oder eine Fabrik zu einem legitimen Ziel und Zivilist*innen werden zu ‚Kollateralschäden‘. Israelische Beamte dehnen die Zugehörigkeit zur Hamas nun auf nahezu die gesamte Infrastruktur in Gaza aus – einschließlich UN-Einrichtungen.“ Diese Sprache Israels findet sich auch in zahlreichen europäischen und Schweizer Medien wieder. Mehr noch, sie tragen aktiv zur Diskreditierung von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, aber

auch gewaltfreien Formen des Widerstands wie der BDS-Kampagne und israelkritischen Ansätzen bei. Für betroffene Organisationen und Personen kann dies gravierende Folgen haben. Zwei Beispiele:

Der Direktor des Friedensforschungsinstituts Swisspeace Laurent Goetschel sprach sich öffentlich gegen ein Verbot der Hamas aus und plädierte für eine Einstaatenlösung. Der Friedensforscher mit jüdischen Wurzeln begründete seine Opposition gegen das Verbot der Hamas damit, man müsse mit allen Stakeholdern verhandeln können, um Frieden zu erreichen. Seine Vorstellung von einem Staat knüpfte er an die Bedingung gleicher Rechte für alle Bewohner*innen, um eine friedliche Gesellschaft zu etablieren. Die Basler Zeitung bezeichnete ihn daraufhin als „israelfeindlich“ und der Landrat des Kantons Baselland strich kurzerhand die finanzielle Unterstützung für das Institut – ein klarer „politischer Maulkorb für die Wissenschaft“, wie Goetschel kommentierte.

Im Oktober 2023 strich das Außenministerium (EDA) zudem mehreren palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und NGOs die Unterstützung. Andra Studer, die für die Entwicklungszusammenarbeit in der Region zuständige Vizedirektorin der DEZA, wurde von Außenminister Cassis offenbar als Bauernopfer entlassen. Die Streichung der Gelder ordnete Cassis aufgrund von vagen Vorwürfen der Tamedia-Gruppe an, die entsprechenden NGOs hätten den Angriff vom 7. Oktober zu wenig verurteilt. Im Hintergrund hatte auch die zionistische Lobbyorganisation NGO Monitor ihre Finger im Spiel.

Die meisten Medien in der Schweiz tragen, sofern sie nicht eindeutig für Israel Partei ergreifen wie etwa die NZZ, in der einen oder anderen Form aktiv dazu bei, den von Israel verfälschten Diskurs als einzig gültigen zu etablieren. Wer dem widerspricht, muss mit Konsequenzen rechnen oder, wie Laurent Goetschel es formuliert: „Wer nicht sagt, was man selber denkt, wird sofort in die Ecke gestellt.“

Quelle: *Palästina-Info*, Sonderausgabe Gaza Februar 2024

1 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/judith-butler-ueber-den-terror-der-hamas-und-die-geschichte-der-gewalt> und https://www.youtube.com/watch?v=FZZFi_0ytyo

2 <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/judith-butler-israel-hamas-krieg-philosophin-interview-netanjahu-biden-antise-mitismus-92678387.html>

3 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/nov/29/atrocities-gaza-journalists-media>

4 <https://theintercept.com/2024/01/12/al-jazeera-journalist-israel-gaza/>

5 <https://www.transcend.org/tms/wp-content/uploads/2014/07/sf-israel-projects-2009-global-language-dictionary.pdf>

6 <https://www.tagesspiegel.de/internationales/menschen-abgeschlachtet-lebendig-verbrannt-hamas-taten-erinnern-helfer-in-israel-an-geschichten-aus-dem-holocaust-10610200.html>

7 <https://www.rts.ch/play/tv/forum/video/les-deputes-genevois-sont-invites-a-visionner-un-film-sur-les-atrocites-du-hamas?urn=urn:rts:video:14517449>

8 <https://www.rts.ch/play/tv/forum/video/les-deputes-genevois-sont-invites-a-visionner-un-film-sur-les-atrocites-du-hamas?urn=urn:rts:video:14517449>

9 <https://mondoweiss.net/2023/10/a-growing-number-of-reports-indicate-israeli-forces-responsible-for-israeli-civilian-and-military-deaths-following-october-7-attack/>

10 <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/israel-admits-burning-hundreds-people-7-october>

11 <https://thegrayzone.com/2023/10/27/israels-military-shelled-burning-tanks-helicopters/>

12 https://de.wikipedia.org/wiki/Geschlechtsspezifische_und_sexuelle_Gewalt_durch_die_Hamas_w%C3%A4hrend_des_Terrorangriffs_am_7._Oktober_2023

13 <https://www.jpost.com/israel-news/article-774511>

14 <https://forensic-architecture.org/investigation/destruction-of-medical-infrastructure-in-gaza>



NATUR, WISSENSCHAFT UND REVOLUTIONÄRE PRAXIS

Gedanken zum Unterschied zwischen Marx und Engels

■ Friedrich Voßkuhler

1. Der problematische Rückgriff auf Engels

Der „klassische Marxismus“ hat in Fragen der Natur stets auf die „Dialektik der Natur“ von Engels gesetzt und die Einwände des sogenannten „westlichen Marxismus“ abgewiesen. Dies ist immer noch so. John Bellamy Foster formuliert es folgendermaßen: „Mit der ... Ablehnung der Dialektik der Natur innerhalb der westlichen marxistischen Tradition gingen jedoch die außerordentliche Kraft von Engels' Untersuchungen auf diesem Gebiet und der enorme Einfluss, den diese auf das evolutionäre und ökologische Denken innerhalb der Naturwissenschaften und auf den Marxismus ausübten, abgesehen von einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von linken Wissenschaftlern und dialektischen Materialisten, verloren. Unfähig, die Dialektik als auf die materielle Natur bezogen zu sehen, neigte die westliche philosophische Tradition dazu, sowohl die Naturwissenschaft als auch die äußere Natur selbst in den Bereich des Mechanismus und Positivismus zu verweisen ... Die Wiederherstellung der Einsichten des klassischen historischen Materialismus ... erfordert also ... die Wiederherstellung von Engels' Konzeption der Dialektik der Natur“ (John Bellamy Foster: Engels' Dialektik der Natur im Anthropozän. In: Ökosozialismus. Positionen des klassischen Marxismus. Köln und Karlsruhe 2023, S. 17). Ich lehne diese Position ab. Ich gehöre zu denen, die dem Objektivismus bzw. „Positivismus“ der „Konzeption der Dialektik der Natur“ aus grundsätzlichen Erwägungen fernstehen und dafür sind, dass es notwendig ist, ihr

die Marx'sche Naturauffassung, wie sie in seinen Pariser Manuskripten zum Ausdruck kommt, entgegenzustellen. Die Auffassung, den jungen Marx strikt vom späten Marx zu trennen, teile ich nicht, weil sie die „reife“ Theorie Marxens von ihren philosophischen Grundlagen abkappt und nicht wenig dazu beigetragen hat, den Marxismus zu einer „Legitimationswissenschaft“ (Negt) erstarren zu lassen. Abgesehen einmal davon, dass ich vor allem als Biologe nicht sehe, dass die „Dialektik der Natur“ von Engels in den Naturwissenschaften irgendeinen tatsächlich wahrnehmbaren Einfluss ausübt, wohl aber freilich bei denen, die das gerne so hätten, halte ich den Naturwissenschaftsfetischismus im „klassischen Marxismus“ für höchst fragwürdig. Ich stelle mir stattdessen erstens die Frage, ob die Naturwissenschaften in der jetzigen Form überhaupt zu jener Wissenschaft taugen, die für die menschliche Emanzipation nötig ist. Ferner stelle ich mir zweitens die Frage, was „Dialektik“ ist und ob sie auf die „materielle Natur“ angewendet werden kann. Drittens frage ich mich, welche Rolle die Menschen bei dieser Anwendung spielen sollen, also ihr Bewusstsein, ihr Selbstverhältnis, ihre Sinnlichkeit und ihre Empfindungen, kurz ihre „Existenz“. Und drittens frage ich – was damit im Zusammenhang steht – nach der Möglichkeit revolutionärer Praxis. Welche Rolle spielt sie in der Naturfrage? Welchen Freiheitsgrad für revolutionäres menschliches Handeln gewährt die objektivistische „Dialektik der Natur“? Geht man vielleicht solchen Fragen aus dem Weg, weil man

meint, nun endlich die für heute passende Wissenschaft gefunden zu haben? Welche? Selbstverständlich die Ökologie. Es bleiben letztlich zu viele Fragen ungeklärt, als dass es gerechtfertigt sein könnte, in der Frage der Natur auf Engels rekurren zu wollen. Seine Konzeption der „Dialektik der Natur“ greift theoretisch und praktisch bei weitem zu kurz.

2. Die Pariser Manuskripte von Marx

2.1. Über die „menschlichen Naturwissenschaft“ bzw. die „natürliche Wissenschaft vom Menschen“

Ich stelle dem Konzept der „Dialektik der Natur“ zuerst die zentrale Aussage bezüglich der Wissenschaft entgegen, die der junge Marx für notwendig hält. Sie lautet: „Die Geschichte selbst ist ein *wirklicher* Theil der *Naturgeschichte*, des Werdens der Natur zum Menschen. Die Naturwissenschaft wird später eben so wohl die Wissenschaft von dem Menschen, wie die Wissenschaft von dem Menschen die Naturwissenschaft unter sich subsumieren, es wird *eine* Wissenschaft sein“ (Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Frankfurt 2009, S. 126). Und einige Zeilen später: „Die *gesellschaftliche* Wirklichkeit der Natur und die *menschliche* Naturwissenschaft oder die *natürliche* Wissenschaft vom Menschen sind identische Ausdrücke“ (ibid.).

Ich wende mich zunächst der ersten Textstelle zu und frage nach dem hier von Marx verwendeten Wissenschaftsbegriff. Die Antwort ist eindeutig: Offensichtlich greift Marx den Begriff von Wissenschaft auf, den er vom Idealismus, von Schelling und Hegel her, kennt. Beide begreifen Wissenschaft als „sich wissendes Wissen“, und sie sind der Auffassung, dass die „Naturgeschichte“ ein Prozess ist, der sich aus der Selbstorganisation der Natur bis zur Fähigkeit der menschlichen Selbstreflexion fortentwickelt, von den physikalischen und chemischen Organisationsprozessen der Materie bis zur Selbstorganisation der menschlichen „Gattung“ durch Moral, Recht, Familie und Staat etc. Kurzum: Sie fassen die „Naturgeschichte“ als das „Werden der Natur zum Menschen“ auf, als ein „Werden“, welches im Menschen als seiner selbst bewusstes Wesen „die Augen aufschlägt“. Vom „Selbstbewusstsein“ (Hegel und Schelling) des Menschen aus erfährt auf diese Weise der Naturprozess ein Begreifen, eine Sinngebung, die es ohne den Menschen nicht gäbe. Wissenschaft besteht somit in einem „Wissen“, welches sich zugleich als ein „Wissen“ der Natur und als selbstreflektiertes „Wissen“ des Menschen versteht. Fasst man Wissenschaft so auf, dann hat die „Naturwissenschaft“ in ihrer jetzigen Form

nichts mit ihr zu tun. Wieso nicht? Weil sie seit Beginn der Neuzeit dazu diente, die Natur zu beherrschen, sie Schritt für Schritt den Erfordernissen der Kapitalakkumulation dienstbar zu machen und über die entstehende „große Industrie“ die Menschen ihrem Produktionsprozess zu unterwerfen. Die „Naturwissenschaft“ generiert ein Wissen, welches zur technischen Verfügung über Natur und Mensch eingesetzt wird. Sie ist Teil einer „Produktionsweise“, die das „Werden der Natur zum Menschen“ pervertiert und auf der Stufe dieser Pervertiertheit festhält. Von der „Naturwissenschaft“ in der jetzigen Form ist nicht zu erwarten, dass sie die heutige Perversion und Stockung der „*Naturgeschichte*“ auflöst. Es ist daher unbedingt erforderlich, sich vor ihrer üblichen Fetischisierung zu hüten. Marx weist uns dafür den Weg, wenn er von der Notwendigkeit der „*einen* Wissenschaft“ spricht, die später einmal sowohl die „Wissenschaft von dem Menschen“ als auch die „Wissenschaft“ von der Natur umfassen wird. Nicht die jetzige „Naturwissenschaft“, sondern die genannte „eine Wissenschaft“ ist für den menschlichen Emanzipationsprozess nötig. Und es ist klar: Nur wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufgehoben worden sind, kann die „eine Wissenschaft“ Realität werden, also nur unter der Bedingung, dass zusammen mit diesen „Produktionsverhältnissen“ auch mit der Perversion der „*Naturgeschichte*“ durch die bestehenden Naturwissenschaften gebrochen wird.

Ich wende mich nun der zweiten Textstelle zu. Mit ihr wird der benutzte Wissenschaftsbegriff bedeutend erweitert, da sie von der „*gesellschaftlichen* Wirklichkeit der Natur“ spricht. Um diese Formulierung verständlich zu machen, füge ich folgende Erläuterung von Marx hinzu: „Der *Mensch* ist der unmittelbare Gegenstand der Naturwissenschaft; denn die unmittelbare *sinnliche* Natur für den Menschen ist unmittelbar die menschliche Sinnlichkeit, (ein identischer Ausdruck) unmittelbar als der *andere* sinnlich für ihn vorhandene Mensch; denn seine eigne Sinnlichkeit ist erst durch den andren Menschen als menschliche Sinnlichkeit für ihn selbst. Aber die *Natur* ist der unmittelbare Gegenstand der *Wissenschaft vom Menschen*. Der erste Gegenstand des Menschen – der Mensch – ist Natur, Sinnlichkeit und die besondern menschlich sinnlichen Wesenskräfte, wie sie nur in natürlichen Gegenständen ihre gegenständliche Verwirklichung, können nur in der Wissenschaft des Naturwesens überhaupt ihre Selbsterkenntnis finden“ (ibid.). Diese Erläuterung, die auf Feuerbachs „Philosophie der Zukunft“ zurückgeht, ist sehr komplex. Was besagt sie? Sie besagt, dass die

„gesellschaftliche Wirklichkeit der Natur“ in der „sinnlichen Natur“ des Menschen wurzelt. Nur weil der Mensch ein Sinnenwesen ist, kann er ein gesellschaftliches Wesen, ein Gattungswesen sein. Wieso? Weil seine „Sinnlichkeit“ sich jeweils „erst durch den andren Menschen“ als die eigene realisiert, ist jeder Mensch auf den „andren Menschen“ angewiesen und mit ihm verbunden. Das Sinnenwesen Mensch verwirklicht die Fähigkeiten seiner Sinne nur im Verbund mit den „andren Menschen“. Heißt: Die Menschen verwirklichen ihre sinnlichen, mentalen und intellektuellen Fähigkeiten einzig und allein miteinander und zwar so, dass sie ihnen „in Natürlichen Gegenständen“ Gestalt geben. Die „Wirklichkeit“ der Natur, wie sie die Menschen als die „Naturzustände“ (Moscovici) erzeugen, in denen sie leben, ist somit in der Tat eine „gesellschaftliche“. Eins jedoch ist sicher: Den „sinnlichen“ Menschen haben die „Naturwissenschaften“ niemals im Blick gehabt. Descartes (siehe hierzu z. B. seine „Meditationen über die Erste Philosophie“ aus dem Jahr 1641) hat uns schon am Anfang der Neuzeit klargemacht, dass man sich von den Eindrücken der Sinne fernhalten soll, wenn man in den Wissenschaften etwas Bleibendes und Unbezweifelbares erreichen will. Spätestens seit dieser Zeit setzen die Naturwissenschaften aus methodischen Gründen auf den entlebten (=entlebensfähigen) Menschen. Die Mediziner z. B. richten ihr Augenmerk nicht auf den Leib des sinnlichen Gattungswesens Mensch, sondern auf seinen Körper. Eine der Bedeutungen des lateinischen Wortes „Corpus“ ist übrigens nicht zufällig „Leichnam“. Der Anatom lernt den menschlichen Körper als „Leichnam“ kennen. Medizin und Pharmazie betrachten den Menschen als physikalisch-chemischen Apparat etc.

2.2. Entfaltung und Entfremdung der Sinnlichkeit: Der Raub der „menschlichen Geschichte der Natur“ durch das „Privateigentum“

Ich möchte mich noch einmal genauer der Bedeutung der Sinne zuwenden. „Der Mensch“, schreibt Marx, „eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch. Jedes seiner *menschlichen* Verhältnisse zur Welt, Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, empfinden, wollen, tätig sein, lieben, kurz alle Organe seiner Individualität, welche unmittelbar in ihrer Form als gemeinschaftliche Organe sind, sind in ihrem *gegenständlichen* Verhalten oder in ihrem *Verhalten zum Gegenstand* die Aneignung desselben, die Aneignung der *menschlichen* Wirklichkeit; ihr Verhalten zum Gegenstand ist die *Bethätigung der menschlichen*

Wirklichkeit ...“ (Manuskripte, S. 120). Den Menschen als Sinnenwesen zu begreifen, geht also weit über den üblichen Begriff der Sinnlichkeit hinaus. Seine Sinne sind „Organe“, mit denen er sich sowohl die äußere („gegenständliche“) Welt als auch seine eigene leibliche (physische) und soziale Wirklichkeit „aneignet“. Sie sind die „Organe“ seiner Verwirklichung als Mensch. In der Auseinandersetzung mit der äußeren Natur entfaltet er seine Sinne, sein Empfinden, sein Denken und Wollen zur „Totalität“. Allein durch diese „allseitige“ Entfaltung und Verwirklichung seiner „Wesenskräfte“ wird er „wirklich“ Mensch. Marx fügt erläuternd hinzu: „...; erst durch den gegenständlich entfalteten Reichtum des menschlichen Wesens wird der Reichtum der subjektiven *menschlichen Sinnlichkeit*, wird ein musikalisches Ohr, ein Auge für die Schönheit der Form, kurz werden erst menschlicher Genüsse fähige *Sinne*, Sinne, welche als *menschliche* Wesenskräfte sich bestätigen, theils erst ausgebildet, theils erst erzeugt. Denn nicht nur die 5 Sinne, sondern auch die sogenannten geistigen Sinne, die praktischen Sinne (Wille, Liebe etc.), mit einem Wort der *menschliche* Sinn, die Menschlichkeit der Sinne wird erst durch das Dasein seines Gegenstandes, durch die vermenschlichte Natur“ (Manuskripte, S. 123). Was besagt diese Textstelle? Sie besagt, dass die „menschliche Geschichte der Natur“ (Moscovici) eine „allseitige“ Entfaltung des „Reichtums“ an sinnlichen, ästhetischen, praktischen und intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten mit sich führt. Sie besagt, dass in demselben Prozess, in dessen Verlauf sich der Mensch selbst „vermenschlicht“, sich auch die äußere Natur, die er sich durch seine Arbeit aneignet, „vermenschlicht“. Damit läuft die Textstelle auf die vielleicht wichtigste Aussage der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ hinaus. Diese lautet: „Der *Communismus* als *positive* Aufhebung des *Privateigentums*, als *menschlicher Selbstentfremdung* und darum als wirkliche Aneignung des *menschlichen Wesens* durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines *gesellschaftlichen*, d. h. menschlichen Menschen. Dieser *Communismus* ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreits des Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, ...“ (Manuskripte, S. 116). „*Communismus*“ ist „Reichtum“ an sinnlichen, ästhetischen, praktischen und intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten. „*Communismus*“ ist „Reichtum“ an „vermenschlichter Natur“. „*Communismus*“ ist zugleich

„vollendeter Humanismus“ und „vollendeter Naturalismus“. Der „Communismus“ beendet den „Widerstreit des Menschen mit der Natur“, der auch die mit der kapitalistischen Produktionsweise kompatiblen neuzeitlichen Naturwissenschaften kennzeichnet, und er beendet den „Widerstreit“ des Menschen mit dem Menschen, den „Widerstreit“ des Menschen mit dem „Humanismus“, den das „Privateigentum“ anfacht. „Communismus“ bedeutet somit auf vielfache Weise „Reichthum“ und nicht Armut.

„Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, dass ein Gegenstand erst der *unsrige* ist, wenn wir ihn haben ... An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung aller dieser Sinne, der Sinn des Habens getreten (Manuskripte, S.121). Diese „Entfremdung“ bedeutet „absolute Armuth“ (ibid.). Worin besteht diese „Armuth“? Dass die „Bedürfnisse“ der Menschen verarmen. „Der *reiche* Mensch“, sagt Marx, „ist der ... einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung bedürftige Mensch“. Das ist der Mensch, „in dem seine Verwirklichung als innere Nothwendigkeit, als *Noth* existiert“ (Manuskripte, S.126). Der „größte Reichthum“ ist es, den „anderen Menschen als Bedürfniß“ (ibid.) zu empfinden. Ist dies alles nicht der Fall, dann ist der Mensch „arm“, „absolut arm“, wieviel er auch besitzen mag. Die Reduktion auf das „Haben“ bedeutet „Armuth“. Sie bedeutet, des Lebens (mit Fromm zu sprechen: des „Seins“) verlustig zu gehen. Der Erlebniswert der Waren ersetzt das nicht, sondern führt immer tiefer in die „Armuth“ hinein. Das „Privateigentum“ beruht auf dem Raub der „menschlichen Geschichte der Natur“, auf dem Raub der im Verlauf dieser Geschichte entstandenen sinnlichen, ästhetischen, intellektuellen und praktischen Fähigkeiten, um sie zum Zweck des Profits auszubeuten. Dies ist die alles durchstimmende „Entfremdung“ des Menschen von sich selbst und der Natur, die die kapitalistische Produktionsweise mit sich bringt. Sie macht sich die Geschichte des Menschen und der Natur dadurch untertan, dass sie die Selbstverwertung des „Werts“ als das beide unter sich subsumierende „automatische Subjekt“ (Karl Marx: Das Kapital Bd.1. MEW 23, S. 169) installiert. In diesem Sinn verstanden könnten der Warenfetisch und der Kapitalfetisch das Ende der Geschichte bedeuten, wenn die Menschen nicht mit der Hegemonie des „automatischen Subjekts“ Schluss machten. Dies ist die Aufgabe revolutionärer Praxis. Ohne sie kann das bestehende katastrophale Mensch-Natur-Verhältnis nicht bereinigt werden. Dieser Gesichtspunkt, den uns Marx mit auf den Weg gegeben hat, reicht tiefer, als es die Ökologie allein könnte.

2.3. Zusammenfassung: Natur als zugleich praktische und theoretische Kategorie

Der Mensch versetzt durch seine Arbeit die Natur in „Zustände“, in denen er zu leben vermag. Im gleichen Maße, wie er die Natur dabei „vermenschlicht“, entfaltet er seine sinnlichen, ästhetischen, praktischen und intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Die Geschichte, die daraus resultiert, ist die „menschliche Geschichte der Natur“, eine Geschichte, die es ohne den Menschen nicht gäbe. Sein Verhältnis zur Natur ist primär praktisch. Das bedeutet: Alle Naturtheorie ist zunächst einmal Ausdruck des praktischen Verhältnisses des Menschen zur Natur. Dieses Verhältnis ist über die Sinne und über den „Leib“ vermittelt. Es ist ein sinnliches, leiblich ermöglichtes und durch Arbeit realisiertes. Daher ist die Natur zugleich eine praktische und theoretische Kategorie. Was als Natur erfahren wird, ist nicht ohne die Sinne, nicht ohne das Empfinden und Denken, mithin nicht ohne das menschliche Bewusstsein verstehbar. Mit einem Wort: Die Natur ist kein objektivistisch konstruierbarer Sachverhalt. Die Wissenschaft von der Natur muss dem gerecht werden. Sie kann sich nur als Teil der „menschlichen Geschichte der Natur“ begreifen. Aber sie muss dem, was unter Natur verstanden wird, zu einem klaren und überprüfbareren Wissen verhelfen, allerdings zu einem – wie sich Schelling und Hegel ausdrückten – „sich wissenden Wissen“. Die Naturwissenschaft, die sich aus all dem ergibt, muss ein methodisch exakt ausgewiesenes „sich wissendes Wissen“ der Sachverhalte sein, die als Natur wahrgenommen werden. Und sie muss dabei zugleich eine Theorie der Gesellschaft sein. Sie kommt also nicht darum herum, sich einen Begriff von der „Entfremdung“ des Menschen von der „menschlichen Geschichte der Natur“ zu machen. Kurz: Sie kommt nicht um die Marxsche „Kritik der politischen Ökonomie“ herum. Das Kapital als das Mensch und Natur unter sich subsumierende „automatische Subjekt“ bringt beide in einen nicht aufhebbaren „Widerspruch“ zueinander. Dieser antinomische Widerspruch wurzelt in der „Ware“ als der „Elementarform“ des Kapitals. Erst wenn die Warenproduktion beendet ist, ist es mit diesem Widerspruch vorbei, und das Mensch-Natur-Verhältnis kann bereinigt werden.

Um von hier aus auf den Begriff der „Dialektik“ zu sprechen zu kommen: Er entwickelt sich bei Marx aus dem „dialektischen Verhältnis des Menschen zur Natur“ (siehe dazu Wolf Dietrich Schmied Kowarzik: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophiegeschichtliche Studien zur Naturproblematik bei Karl Marx. Frei-

burg 1984/2018), aus der Tatsache, dass der Mensch als Teil der Natur letztere zwar durch Arbeit übergreift, dabei aber stets von ihr umgriffen ist. Dieses Verhältnis, bei dem der Mensch die Naturkräfte für sich in Tätigkeit setzt, so dass letztlich die Natur sogar als das „Subjekt“ ihrer menschlichen Umgestaltung angesehen werden kann, ist niemals widerspruchsfrei. Es bedarf der bewussten Steuerung durch den Menschen, um nicht in zerstörerische Prozesse auszuarten. Sonst kann es jenen antinomischen Widerspruch zwischen Natur und Mensch hervorbringen, der unsere heutige Situation kennzeichnet. Deswegen bedarf es der wissenschaftlich überprüfbar und exakten Darlegung der Antinomienlogik des Kapitals ausgehend von dessen „Elementarform“, der „Ware“. Ohne sie kann der bestehende zerstörerische Widerspruch zwischen Mensch und Natur nicht begriffen werden. Diese Darlegung ist, weil sie die vorhandenen immanenten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsformation systematisch miteinander vermittelt, dialektischen Charakters. Die dialektische Verfahrensweise wird dabei an der Sache bewiesen und letzterer nicht von außen aufgepfropft. Ihre kritische Potenz dient dazu, die „menschliche Geschichte der Natur“ aus der Hegemonie des Kapitals herauszulösen und praktisch zur Emanzipation des Menschen nach dem Leitbild des revolutionären Humanismus beizutragen. Deswegen muss in der Naturfrage auf die Pariser Manuskripte Marxens als der philosophischen Grundlage der „reifen“ Theorie des „Kapitals“ zurückgegriffen werden. Die Naturfrage kann nur im Rahmen eines revolutionären Humanismus angegangen werden. Dies ist die Auskunft der Pariser Manuskripte. Sie handeln nicht von einer „Weltanschauung“, auch wenn sich diese als materialistisch definiert.

3. Die Verwandlung des revolutionären Humanismus in Objektivismus bei Engels

Ich will das bisher Gesagte scharf von Engels abgrenzen. Dieser sagt im „Anti-Dühring“: „Die Dialektik ist ... weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“ (Friedrich Engels: Anti-Dühring. MEW 20, S. 131f.). Und im Vorwort von 1885 zum „Anti-Dühring“ schreibt er: „Es handelte sich bei dieser meiner Rekapitulation der Mathematik und der Naturwissenschaften selbstredend darum, mich auch in einzelnen zu überzeugen – woran im allgemeinen kein Zweifel für mich war –, dass in der Natur dieselben dialektischen Bewegungsgesetze im Gewirr der

zahllosen Veränderungen sich durchsetzen, die auch in der Geschichte die scheinbare Zufälligkeit der Ereignisse beherrschen; dieselben Gesetze, die, ebenfalls in der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Denkens den durchlaufenden Faden bildend, allmählich den denkenden Menschen zum Bewußtsein kommen; die zuerst von Hegel im umfassender Weise, aber in mystifizierter Form entwickelt worden, und die aus dieser mystischen Form herauszuschälen und in ihrer ganzen Einfachheit und Allgemeinheit klar zur Bewußtheit zu bringen, eine unsrer Bestrebungen war“ (Anti-Dühring, S. 11). „Dialektik“: Was ist nach Engels unter ihr zu verstehen? Die „Wissenschaft“ der „allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“. Die „Wissenschaft“ des Natur, Gesellschaft, Geschichte und Denken umfassenden gesetzmäßigen Zusammenhangs, mithin die „Wissenschaft“ des Zusammenhangs von allem. Wieso kann sie dies sein? Weil „Bewusstsein und Natur, Denken und Sein, Denkgesetze und Naturgesetze“ und auch die Gesetze der Natur und der „Geschichte“ „zusammenstimmen“ (Anti-Dühring, S. 33). Was ist dann die „Dialektik“? Wie schon gesagt: Die „Wissenschaft“ dieses allumfassenden Zusammenstimmens. Was liegt dieser Annahme zugrunde? Die Überzeugung der Identität von Denken und Sein. Diese Überzeugung hat schon die Hegelsche Philosophie geleitet, wird nun aber aus ihrer bei dem letzteren angeblich herrschenden „mystischen Form“ herausgelöst und materialistisch „zur Bewußtheit“ gebracht. Wie? Indem sie wissenschaftlich-empirisch nachgewiesen werden soll. Was ist also das Ziel des Unterfangens von Engels? Der wissenschaftlich und das meint empirisch nachvollziehbare Beweis der allgemein gültigen dialektischen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze. Woher sind ihm diese „Gesetze“ bekannt? Aus der „Wissenschaft der Logik“ Hegels (siehe G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Werke Bd.5, 6. Frankfurt 1969) und aus dessen „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“ (vornehmlich in Werke Bd.8. Frankfurt 1970). Wie begründet es Engels, dass diese „Gesetze“ aus der Hegelschen „Logik“ auf die Natur, die Gesellschaft und die Geschichte übertragbar seien? Gar nicht. Für ihn besteht daran kein „Zweifel“. Die von ihm ins Auge gefasste Übertragbarkeit ist ihm zwar evident, sie wird aber von ihm argumentativ nicht nur nicht hinreichend, sondern gar nicht begründet. Das ist wissenschaftlich gesehen natürlich unhaltbar. Engels extrahiert aus der Hegelschen „Logik“ Denkgesetze, lässt unerörtert, ob und wenn wie Hegel selbst diese Gesetze begründet und

stülpt die als erkenntnis- und empirieleitenden „Schemata“ (Anti-Dühring, S. 33) seinen Untersuchungsgegenständen (Natur etc.) über. Der methodische Zirkel besteht darin, dass er an seine Gegenstände etwas heranträgt, welches aus ihnen erst gewonnen werden sollte.

Engels selbst wehrt selbstverständlich einen solchen Schluss von vornherein ab. Er schreibt: „Die logischen Schemata können sich nur auf *Denkformen* beziehen; hier aber handelt es sich nur um die Formen des *Seins*, der Außenwelt, und diese Formen kann das Denken niemals aus sich selbst, eben nur aus der Außenwelt schöpfen und ableiten. Damit aber kehrt sich das ganze Verhältnis um: die Prinzipien sind nicht der Ausgangspunkt der Untersuchung, sondern ihr Endergebnis; sie werden nicht auf Natur und Menschengeschichte angewandt, sondern aus ihnen abstrahiert; nicht die Natur und das Reich des Menschen richten sich nach den Prinzipien, sondern die Prinzipien sind nur insoweit richtig, als sie mit Natur und Geschichte stimmen. Das ist die einzige materialistische Auffassung der Sache, ...“ (ibid.). Engels ist der Meinung, dass er die „Denkgesetze“ nicht von außen „auf Natur und Menschengeschichte“ anwendet, sondern dass diese, weil sie mit „Natur und Menschengeschichte“ übereinstimmen, aus ihnen empirisch abgeleitet werden können. Er betrachtet somit die „Denkgesetze“ als objektive Kategorien, die sich aus den wissenschaftlichen Untersuchungsgegenständen selbst ergeben. Die Möglichkeit der wissenschaftlichen Empirie erwächst aus „Denkgesetzen“, die die Empirie leiten und zugleich aus letzterer hervorgehen. Methodisch gesehen heißt dies, dass behauptet wird, dass das, was vorausgesetzt wird, aus dem erschlossen werden soll, was aus der Voraussetzung folgt. Dies ist selbstverständlich ein Zirkelschluss, der nicht haltbar ist. Die Empirie ist objektiv, weil ihre methodischen Voraussetzungen, die „Denkgesetze“, objektiv sind. Und die „Denkgesetze“ sind objektiv, weil die Folgerungen aus ihnen, die „Gesetze“ der „Natur- und Menschengeschichte“, objektiv sind. Das heißt: Die „Dialektik“ als die „Wissenschaft der allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze“ erfährt sich in ihren Untersuchungsgegenständen immer nur selbst. Streng genommen ist sie deswegen letztlich erfahrungslos. Das trifft in Sonderheit auf die drei allgemeingültigen „Denkgesetze“ zu, die Engels aus Hegels Logik extrahiert, nämlich „das Gesetz des Umschlagens von Quantität in Qualität und umgekehrt“, „das Gesetz von der Durchdringung der Gegensätze“ und „das Gesetz von der Negation der Negation“ (Friedrich Engels: *Dialektik der Natur*. MEW 20, S. 348). Mit ihnen kann viel

leeres Stroh gedroschen werden, ohne sich wirklich auf die konkreten Prozesse in der Natur und der Menschenschichte einzulassen. Wer sich nicht der Mühe unterzieht, vom Besonderen zum Allgemeinen aufzusteigen, bzw. wer nicht überprüft, ob das als allgemeingültig Unterstellte tatsächlich für das Besondere gilt, schert sich nicht um das Konkrete bzw. Besondere, sondern subsumiert es einer Allgemeingültigkeit, die auf „Teufel komm raus“ bestätigt werden soll. Schon allein deswegen hat die „Dialektik“ für die konkrete Forschung niemals die Rolle gespielt, die ihr Engels einräumen möchte. Engels schreibt dazu 1885: Die „Revolution, die der theoretischen Naturwissenschaft aufgezwungen wird durch die bloße Notwendigkeit, die sich massenhaft häufenden, rein empirischen Entdeckungen zu ordnen, ist der Art, daß sie den dialektischen Charakter der Naturvorgänge mehr und mehr auch dem widerstrebendsten Empiriker zum Bewußtsein bringen muss“ (Anti-Dühring, S.13). „Vielleicht“ wird deswegen der „Fortschritt der theoretischen Naturwissenschaft“, so Engels, „meine Arbeit größtenteils oder ganz überflüssig machen“ (ibid.). Wir sind gezwungen, Engels im Nachhinein zu enttäuschen: Wiewohl nach wie vor durchaus die „Notwendigkeit“ besteht, die massenhaften „empirischen Entdeckungen“ zu „ordnen“, hat die „theoretische Naturwissenschaft“ zu diesem Zweck nicht die „Dialektik“ bemüht. Sie hat stattdessen, um wenigstens ein schon in die Jahre gekommenes Beispiel aufzugreifen, eine Theorie der „Selbstorganisation“ (siehe etwa Erich Jantsch: *Die Selbstorganisation des Universums*. München 1979) generiert, welches eher mit der Schellingschen Naturphilosophie kompatibel ist als mit der „Dialektik“-Konzeption von Engels. Oder sie hat sich, um ein zweites auch schon älteres Beispiel zu nennen, den Mühen eines „Dialogs mit der Natur“ (siehe Ilya Prigogine und Isabelle Stengers: *Dialog mit der Natur. Neue Wege des naturwissenschaftlichen Denkens*. München 1981) unterzogen, in dem die Natur wieder als „*physis*“ „entdeckt“ (*Dialog mit der Natur*, S.293) worden ist, was wiederum nichts mit der „Dialektik“-Konzeption von Engels zu tun hat, sondern eher die Brücke zu den Pariser Manuskripten von Marx schlägt, dem der „*physis*“-Gedanke nicht fremd war.

Um an das Letzte anzuknüpfen: Engels kommt an keiner Stelle auf den leiblich-sinnlichen Menschen zu sprechen. Sein Konzept hat daher nichts mit dem revolutionären Humanismus zu tun, ohne den die Naturfrage letztlich nicht gelöst werden kann. Stattdessen engt er die „menschliche Geschichte der Natur“ auf einen Mensch und Natur umgreifenden wissenschaftlichen Objektivismus ein, der

es allein übrig lässt, den ihn leitenden „Gesetzen“ zu folgen. Dadurch wird das menschliche Handeln seiner freien Selbstbestimmung beraubt. Der enthumanisierten Natur korrespondiert dabei der um seine Sinnlichkeit – also um seine Natur – gebrachte Mensch. Der sich derart äußernde Wissenschafts- und Naturwissenschaftsfetischismus reduziert die Möglichkeit der menschlichen „Freiheit“ auf die „Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten“. Wörtlich zitiert: „Freiheit besteht ... in der auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur, ...“ (Anti-Dühring, S. 106). Daran ist selbstverständlich so viel richtig, dass der Mensch, wenn er seinen Trieben hilflos ausgeliefert ist und wenn die „Naturwendigkeiten“ all sein Handeln bestimmen, nicht wirklich frei sein kann. Aber ein solches doppeltes Freisein bedeutet noch nicht „Freiheit“. Letztere ereignet sich, wenn man, wie Kant sagt, es sich zum „Prinzip“ macht, „die Menschheit“ sowohl in seiner eigenen „Person“ als auch „in der Person eines jeden andern“ als „Zweck an sich selbst“ zu behandeln und niemals „bloß als Mittel“ (Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. BA 67) zu benutzen. Mit Feuerbach und mit dem jungen Marx müssen wir dieses „oberste praktische Prinzip“ (ibid.) so erweitern, dass wir sagen: „Freiheit“ besteht darin, die Sinnlichkeit und den Gattungscharakter des Menschen als „Zwecke an sich selbst“ zu betrachten und die Vermenschlichung der Natur zum „Prinzip“ des Handelns zu machen. Der Wissenschafts- bzw. Naturwissenschaftsfetischismus des Konzepts der „Dialektik der Natur“ birgt durch seinen Objektivismus die Tendenz zur Unsittlichkeit in sich. Sowohl der „dialektische“ als auch der „historische Materialismus“ entzogen sich als „Legitimationswissenschaften“ der stalinistischen Barbarei dieser Tendenz nicht. Allein schon deshalb stehe ich der „Dialektik der Natur“ von Engels, die solches unwissentlich, jedoch de facto anbahnte, ablehnend gegenüber.

4. Kurze Schlussbemerkung zur revolutionären Praxis

Agnes Heller sagt ganz richtig: „Die praktische Wirksamkeit einer Theorie hängt von ihrer Fähigkeit ab, die bestehenden menschlichen Bedürfnisse aufzuspüren“ (Agnes Heller: Theorie und Praxis: ihr Verhältnis zu den menschlichen Bedürfnissen. In: Lukács, Heller, Fehér u. a.: Individuum und Praxis – Positionen der Budapester Schule. Frankfurt 1975, S. 22). Das gilt vornehmlich für die sogenannten „radikalen Bedürfnisse“, mithin für diejenigen „Bedürfnisse“, deren Befriedigung die System-

grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der mit ihnen zusammenhängenden Subjektmodellierung sprengen würde. Deren „wesentlichstes Merkmal“ ist neben dem „obersten Bedürfnis“ nach dem anderen Menschen das Bedürfnis nach einem „Tätigsein“, welches „dem Reichtum menschlicher Gaben Ausdruck“ verleiht. Dieses „Tätigsein“ „bedeutet, sich selbst zu erneuern, zu wachsen, sich zu verströmen, zu lieben, das Gefängnis des eigenen isolierten Ichs zu transzendieren, sich zu interessieren, zu lauschen, zu geben“ (Erich Fromm: Haben oder sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart 1980, S. 89). Den Horizont für eine solche Existenzweise zu eröffnen, ist die Aufgabe revolutionärer Praxis. Diese kann sich auf Marx berufen, nicht aber auf den Objektivismus der „Dialektik der Natur“ von Engels.



DER VERRATENE LENIN

Vor hundert Jahren, am 21. Januar 1924 starb W. I. Lenin. Mit dem Abdruck dieses Vortrags, den Elfi Müller am 10. Januar d. J. in Berlin gehalten hat, halten wir die Erinnerung an sein reichhaltiges Erbe wach.

■ **Elfi Müller** (jour fixe initiative berlin)

El Lissitzky hat in den 20er-Jahren [des vorigen Jahrhunderts] ein für Lenin adäquates Denkmal entworfen: – die Lenin Tribüne – eine schräge Stahlkonstruktion mit einer vorgeschobenen, flugbereiten Plattform, von der aus Lenin loszuschnellen scheint in Tage und Jahre, die die Welt erschütterten. Zum 50. Geburtstag der Oktoberrevolution wurde vor dem Kreml ein anderes Lenin-Denkmal errichtet: Ein Amtsleiter sitzt mit strenger Miene, Quadratschädel und tadelloser Bügelfalte auf seinem Sockel. Ersteres entspricht Lenins Leben, Zweiteres (sic) ist Produkt des Leninismus, der aus ihm eine autoritäre Kunstfigur schuf, in deren Namen die Oktoberrevolution verraten wurde.

Lenin war nicht die große, strenge und breitschultrige Gestalt, die humorlos wahlweise Arbeiter- und Bäuer*innen oder ganz allein mal mit ausgestreckter Hand, mal sitzend den Weg wies und die wir aus vielen Skulpturen in Osteuropa kennen, allein in Russland wurden 2013 deren 5311 gezählt. Er war ein kleiner, drahtiger, ungemein schlagfertiger und kluger Mensch voller Widersprüche, ein heute unzeitgemäßer Revolutionär, der Wege vorschlug, die zum Erfolg und andere, die in den Abgrund führten. Lenin war ein Mensch seiner Zeit, der über seine Zeit hinaus wirkt. Selten wird er in seinen Widersprüchen gesehen, sondern eher binär als gut oder böse betrachtet. Dieser Vortrag versucht eine kritische und aktuelle Einschätzung. – *[Vorbemerkung der Autorin]*

Biographie und prägende Ereignisse: die Pariser Commune von 1871, die erste russische Revolution von 1905, der Verrat der Sozialdemokratie 1914 und die Februarrevolution 1917

Bei der Betrachtung der Vergangenheit geht es immer um die Zukunft. In Zeiten der Gegenreformen, neuer Kriegsregime und des nicht nur rechten Antikommunismus ist der Name Lenin fast unaussprechbar geworden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (SU) und der kommunistischen Parteien gilt Lenin als toter Hund. Wenn es heute in der zersplitterten neuen Linken einen Konsens gibt, dann ist man sich einig, das Erbe Lenins hinter sich zu lassen, oft ohne es wirklich zu kennen, sondern nur die Geschichtsschreibung der stalinistischen Sieger. Obgleich in der illegalen Samisdat-Literatur der Sowjetunion sich alte Bolschewiki und junge Kommunist*innen auf ihn beriefen und eine Rückkehr zu „Lenin’schen Normen“ forderten. Auch wird gerne eingeräumt, dass der Mann, der Schmach und Schande über jeden Antisemiten donnerte und vor den großrussischen Halt-die-Schnauze-Nationalisten warnte, Babyn Jar (russ. Babij Jar) nie ein Denkzeichen verweigert hätte, was die spätstalinistischen Bürokraten aber taten. Lenin hätte nie ganze Ethnien deportieren lassen. Er hat in der jungen SU dem Menschewiken Martow zur Flucht verholfen und ein offizielles Begräbnis für Kropotkin mit

den schwarzen Fahnen der Anarchie zugelassen, hätte nie die Moskauer Schauprozesse organisiert. Er hat nicht nur Gutes getan, was auch nicht unerwähnt bleiben wird, aber er war ein Mensch, dem wie Bertrand Russell berichtet, jedes Gefühl für die Wichtigkeit seiner eigenen Person wie Selbstzufriedenheit abging und der jeden Personenkult verachtete, dessen Opfer er direkt nach seinem Tod wurde.

Lenin orientierte sich auf die Oktoberrevolution, weil er von der Unvermeidlichkeit der nahen Weltrevolution überzeugt war. Deshalb hatte er auf die Gründung der Weltpartei Kommunistische Internationale gedrungen. Seine Biographie ist von der ersten erfolgreichen Arbeiter*innenrevolution untrennbar. Die Oktoberrevolution 1917 brachte eine Wende in die koloniale Welt, wo sich eine neue Generation revolutionärer Intellektueller bildete. Der bolschewistische Appell zur Weltrevolution und die materielle Unterstützung der Sowjetunion zu diesem grandiosen Projekt waren die Bedingung für den Übergang vieler Anarchisten zum Marxismus und manchmal auch Nationalismus.

Die ersten, die diesem Aufruf folgten, waren Student*innen, junge Journalist*innen, Exilierte und nationalistische Migrant*innen, die zwischen verschiedenen westlichen Metropolen lebten. Bekannte Beispiele unter vielen anderen sind der schöne Nath Roy, der „Brahmane der Komintern“ oder Hô Chi Minh, der Vater der vietnamesischen Unabhängigkeit. Unter den vielen Gründen, die aus der Oktoberrevolution ein herausragendes historisches Ereignis gemacht haben, ist auch der, dass mit der Geburt der UdSSR die marginalisierten Rebell*innen aller Kontinente eine Heimat gefunden hatten.

Für viele unter ihnen handelte es sich um ein prekäres Refugium, eine Übergangserfahrung und eine schreckliche Enttäuschung. Für andere wurde die UdSSR ein mächtiger Anker, ein dauerhaftes Domizil. Für alle war es eine existentielle Erfahrung. Erstens veränderte sich ihr materieller Status. Im russischen Reich wurde eine Generation verbannter, verfolgter und exilierter Intellektueller auf einmal zur politischen, ökonomischen, kulturellen und auch militärischen Elite eines neuen Staates, den es inmitten eines Krieges zu gestalten galt.

Nur wenige Monate bevor er an der Spitze der ersten Räteregierung stand, lebte Lenin ein prekäres Exil in Zürich. Für diejenigen, die sich in den Kommunistischen Parteien engagierten, wurde Moskau zur Hauptstadt einer neuen Welt.

Heute wird, um das Recht auf Revolution ein für alle Mal zu diskreditieren, gerne eine strikte Kontinuität zwi-

schen Lenin und Stalin behauptet, im antikommunistischen Totalitarismus gar mit Hitler, dem Nationalsozialismus und Faschismus oder – harmloser – zu Breschnjew. Es gab nie eine unentrinnbare Kontinuität, doch haben die Rückständigkeit Russlands, die Verwüstungen durch Bürger- und Interventionskrieg und die Preisgabe der revolutionären Chancen durch die Sozialdemokratie zu einem Zentralismus geführt, der in dem bedrohten Land und der als unvermeidlich begriffenen gigantischen Industrialisierung den Übergang zum Stalinismus erleichterte.

Die stalinistischen Verbrechen werden als tragische Verlängerung des revolutionären Ereignisses und der Einparteieneherrschaft eingestuft. In der Tat begriff Lenin zu spät die bürokratische Brutalität, die sich mit dem Bürgerkrieg in der Sowjetunion durchsetzte und an deren Durchsetzung er beteiligt war. Manche falsche Entscheidungen Lenins wurden von seinen Epigonen genutzt. Aber zuerst mussten er und Hunderttausende Kommunist*innen sterben, ehe der autokratische Zentralismus Lenins Erbe auffressen konnte.

Die Figur Lenin eignet sich also besonders gut zur Dekonstruktion. **Lenin ist allein schon deshalb suspekt, weil er erfolgreich war und weil er Opfer eines Personenkultes wurde, den er nicht in Gang gesetzt und nicht zu verantworten hat.** Wenn Marx betonte, er sei kein Marxist, so konnte Lenin den nach seinem Tod dekretierten Leninismus nicht mehr ablehnen.

Lenin war Personenkult jeder Art zuwider. Er war einer der uneitelsten Revolutionäre seiner und unserer Zeit. Es war Sinowjew, der den Begriff des Leninismus auf dem V. Kongress der Kommunistischen Internationalen erfand, um die jungen Kommunistischen Parteien auf Linie zu bringen, was damals „Bolschewisierung“ hieß. Der Kongress fand Ende Juni statt, Lenin war am 21. Januar 1924 verstorben, er wurde nur 54 Jahre alt.

Lenin als Autor hat vor allem Gebrauchstexte geschrieben, vierzig Bände liegen von ihm vor, darunter keine großen literarischen Werke wie die von Marx oder Trotzki. Doch Lenin ist viel mehr als ein vulgärer Techniker des Staatsstreichs. Rudi Dutschke hat sich in den Siebzigerjahren daran versucht, Michael Brie hat 2017 den empfehlenswerten Band „Lenin neu entdecken“ herausgebracht. Beide versuchen, Lenin vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Da der Neoliberalismus mehr und mehr hinterfragt wird und für viele Kapitalismus wieder zum Schimpfwort geworden ist, lohnt es sich, Lenin erneut und anders zu betrachten. Zum einen, um seine Fehler nicht zu wiederholen und zum anderen, weil Lenin weder der Pappkame-

rad war, zu dem er von Totalitarismusgegnern und auch vielen Linken häufig gemacht wird, noch der leuchtende Stern am Himmel des Marxismus–Leninismus, sondern ein kluger Politiker und konsequenter Revolutionär, der ein Produkt seiner Zeit und politischen Erfahrung darstellte und dessen häufig falsche Entscheidungen wir nicht wiederholen sollten, aber aus dessen Fähigkeit, Situationen zu kontextualisieren und daraus emanzipatorische Handlungsoptionen zu entwickeln, wir sehr viel lernen können.

Um Lenins politische Entscheidungen und Strategien zu verstehen, müssen auch wir uns an seinen historischen Kontext halten, wovon neben der historischen Erfahrung der Pariser Commune drei Ereignisse prägend waren, die er selbst miterlebte: die Russische Revolution von 1905 und ihr Scheitern, der imperialistische Weltkrieg von 1914 und das Versagen der sozialdemokratischen Parteien angesichts dieses Massakers sowie die Februarrevolution von 1917.

Prägendes Ereignis: Die Pariser Commune

Das Spannungsfeld zwischen Gesetzmäßigkeit und Entscheidungen übersetzte sich bei Lenin vor allem im Verhältnis zwischen Avantgarde und spontanen Bewegungen. Er war davon überzeugt, dass das sozialistische Bewusstsein nur von außen, von Marxistinnen in die Klasse getragen werden könne, weil diese von allein höchstens ein gewerkschaftliches Bewusstsein entwickelte. So entstand sein viel gescholtenes Organisationsmodell für die Illegalität. Rosa Luxemburg wie auch andere kritisierten dieses Modell bereits 1904.

Relevant wurde diese Kritik allerdings erst, als sich 1905 in der ersten russischen Revolution Räte formiert hatten. Als sich aber 1917 diese Räte erneut als Organe des Aufstands und der Macht konstituierten, zögerte Lenin nicht, diese Produkte revolutionären Elans, die ihre Ideen nicht von außen und nicht von Marxistinnen gewonnen hatten, als die entscheidende Form der Arbeiter*innenmacht anzuerkennen. „Alle Macht den Räten“ war die Grundlosung der April-Thesen von 1917.

Lenin hat die Räte immer wieder als obligatorisch für jede sozialistische Revolution gefeiert, als die großartige Realisierung der Hauptidee der Pariser Commune: der Trennung von Legislative und Exekutive, von Politik und Wirtschaft, Kontrolle über Bürokratie und Exekutive und wachsende Heranziehung der Bevölkerung zur Verwaltung, um jenen Staat zu errichten, der eigentlich keiner sei, weil schließlich alle an der Regierung teilnehmen. Daher sein berühmtes Diktum: Jede Köchin soll den Staat regieren!

Die 72 Tage der Pariser Commune, dem theoretischen Vorbild von Staat und Revolution, haben in einer Stadt die

Selbstverwaltung der Besitzlosen Realität werden lassen. Sie wurden von der Bourgeoisie und der Reaktion gnadenlos massakriert. Deshalb tanzte Lenin am 73. Tag der Sowjetregierung vor Freude im Schnee, weil sie einen Tag länger existierte, als es die Pariser Commune vermocht hat.

Sein Tanz hat eine symbolische Bedeutung, weil Lenin nicht davon ausging, dass die Sowjetregierung so lange Bestand haben wird. In den Plänen der Bolschewiki hing die Zukunft der Revolution von ihrer Ausdehnung auf Europa ab. Zwischen 1918 und 1923 herrschte mit den Revolten und Revolutionen in Italien, Österreich, Deutschland und Ungarn eine wahrhaft europäische Krise, die diese Hoffnung genährt hat.

Prägendes Ereignis: Die Revolution von 1905

1905 entstanden die Räte, die sich aus verschiedenen linken Parteien zusammensetzten: der Sozialrevolutionäre, den Menschewiki und Bolschewiki (2 Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Russlands 1898, die auf dem 2. Parteitag 1903 entstanden, M: für bürgerliche Demokratie, B: für sozialistische Revolution).

Die zweite Erfahrung dieses Ereignisses war die schnelle Spaltung der Bewegung in die bürgerlichen Kräfte und die Arbeiterinnenbewegung. Nach der Niederlage von 1905 wüteten die Schwarzhundertschaften im Land. Lenin verinnerlichte, dass die revolutionäre Bewegung sich nicht spalten lassen darf, wenn sie gewinnen will und dass ein Bündnis mit den Besitzenden nur in der Konterrevolution enden kann.

Prägendes Ereignis: Der Ausbruch des 1. Weltkrieges

Gerade der Ausbruch des Ersten Weltkriegs prägte Lenins Haltung in der Russischen Revolution. Die Mobilisierungen der Arbeiterbewegung im Verlauf der zweiten Marokkokrise 1911 und ein außerordentlicher Kongress der II. Internationale bekräftigten die Solidarität der Arbeiterinnen angesichts eines möglichen imperialistischen Krieges. Bei Kriegsausbruch war es zuerst die deutsche Sozialdemokratie, die kapitulierte. Sie rief zur Vaterlandsverteidigung gegen die „russischen Barbaren auf“ und zog eine Kettenreaktion anderer Arbeiterinnenparteien nach sich.

Lenin wurde von der sozialdemokratischen Kapitulation überrascht, er hielt sie zunächst für eine Fälschung des russischen Geheimdienstes der Ochrana. Kein anderer Revolutionär hat die Wahrheit dieser Katastrophe unmissverständlicher formuliert, keiner der Verzweiflung des historischen Moments klarer Ausdruck verliehen.

Die einzige Partei, die unbeirrt den internationalistischen Kurs beibehielt, waren die Bolschewiki. Aber selbst im anti-militaristischen Lager waren sie isoliert mit ihrer Forderung, den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg zu verwandeln. Lenin zieht aus dem Debakel die Erkenntnis, dass es die Führungen sind, die die Klasse korrumpieren.

Er gehörte zu der winzigen Minderheit von Internationalisten, die sich diesem ekelhaften Schauspiel entgegenstellten. Mit dem Fortschritt der Schlächtereien wurden diese Internationalisten immer einflussreicher.

Diese Spaltung der Arbeiterbewegung zog eine weitere nach sich: die Frage, ob eine sozialistische Gesellschaft über Reform oder Revolution zu erreichen ist, die bis heute nicht beantwortet ist. Nach dem Krieg vollzog sich an dieser Frage die Spaltung zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie. In *Staat und Revolution* formuliert Lenin bereits die Trennungslinie. Er sah die Revolution aus dem Krieg entstehen. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen revolutionären Krieg war für ihn die Voraussetzung für eine Gesellschaft ohne Kriege, Ausbeutung und Unterdrückung. Das ist auch das Thema von *Staat und Revolution*.

In der Russischen Revolution sollte dieser Bürgerkrieg die Form der Diktatur des Proletariats annehmen. Das ungeklärte Verhältnis zwischen Räten und Partei, zwischen einem sozialdemokratischen Marxismus, der in Russland eigentlich zunächst eine bürgerliche Revolution vorsah und der direkten Demokratie waren Dilemmata, denen sich Lenin nicht wirklich entziehen konnte.

Prägendes Ereignis: Die Februarrevolution von 1917

Der Zarismus hatte im Ersten Weltkrieg weiter seine Inkompetenz bewiesen. Bereits im ersten Kriegswinter konnte er seine Truppen nicht mehr ordentlich versorgen. Im dritten Kriegswinter begannen die Proteste gegen den Krieg, die der Zar militärisch unterdrücken wollte. Daraufhin meuterte das Militär.

Die Zarenherrschaft war Anfang März eigentlich zu Ende. Die Sowjets mit einer menschewistischen Mehrheit bildeten eine provisorische Regierung und übergaben die Macht an die Bourgeoisie. Kerenski, zuerst Justizminister, dann Kriegsminister war der einzige Sozialrevolutionär.

Die Regierung war nicht in der Lage, die Situation zu meistern: sie entwickelte keine Agrarreform und wollte den Krieg nicht beenden. Die Bauern aber drängten, dass die Sowjets die Macht übernehmen und ihre Landnahmen

legalisieren sollten. Eine erneute russische Offensive wurde zum Desaster, 400 000 fielen und noch mehr desertierten, von den Gebietsverlusten ganz zu schweigen.

Damit waren Menschewiki und Sozialrevolutionäre diskreditiert. Vor allem die Soldaten liefen scharenweise zu den Bolschewiki über, die kompromisslos für eine Beendigung des Krieges standen, auch wenn sie nicht wirklich einen Plan dafür hatten. Nach der Offensive folgten die Juli-Tage, die eine Verhaftung der Provisorischen Regierung und eine sozialistische Machtübernahme forderten.

Die Bolschewiki wurden davon überrascht und versuchten das Schlimmste zu verhindern. Ihre Angst war, so zu enden, wie die Pariser Commune von 1871, ein historisches Ereignis, das diese Partei entscheidend prägte in der Haltung zu politischen Konkurrenten wie Gegnern. Gleichwohl wurden sie von der Regierung für die Juli-Tage verantwortlich gemacht und als deutsche Geheimagenten denunziert. Viele landeten im Gefängnis, Lenin ging nach Finnland.

Als die neue Regierung nach Verlassen der Kadetten Kerenski zum Ministerpräsidenten ernannte, schrieb Lenin *Staat und Revolution*. Dieses Werk richtet sich gegen die Theoretiker der Sozialdemokratie, die im 1. WK die Kriegsziele ihrer eigenen Bourgeoisie unterstützt hatten. Das Buch korreliert mit der erschütternden Erfahrung von 1914 und diese Lenin'sche Utopie erhebt sich aus der Asche der Katastrophe.

Der traumatische Schock vom August 1914 verändert Lenins strategisches Denken und verleiht diversen theoretischen Reflexionen Kohärenz: dem Bewusstsein des sozialdemokratischen Bankrotts und seiner Gründe: der Bildung einer Arbeiteraristokratie; dem bürokratischen Konservatismus der Apparate, dem Versanden in der parlamentarischen Routine. Des Weiteren eine Ausarbeitung des Imperialismuskonzepts, ein Überdenken der Rolle des Staates. Es war der Bruch mit der Orthodoxie der II. Internationale. Ein Aufruf zum Absterben des Staates, dessen Verstärkung nach Lenins Tod von Stalin theoretisiert und von dessen Bürokratie usurpiert wurde.

Entwicklung der Revolution nach dem Oktober 1917

Die Verwüstung des Bürger- und Abwehrkrieges gegen 14 intervenierende Staaten zwangen dazu, einen Teil der alten Bürokratie auch im neuen Staat zu verwenden.

Die führende Klasse verflüchtigte sich. Petrograd, das 1914 2,4 Millionen Einwohner*innen zählte, hatte 1920 nur noch 740 000. In Moskau betrug der Unterschied 800 000 Menschen. Ein Teil der Klasse war an der Front oder tot. Viele waren aufs Land geflüchtet, um nicht zu verhungern. Im März 1919 sagte Lenin auf dem 8. Parteitag, dass die Sowjets Organe der Verwaltung der Werktätigen sein müssten, aber in Wahrheit Organe der Verwaltung für die Werktätigen seien.

Eine blutige Zeit bereits unter Lenin hatte die direkte Produzentendemokratie aufgeweicht, wobei Lenin noch überzeugt war, dass es sich nur um vorübergehende Tribute an die jämmerlichen Zustände handele. Lenin betrachtete die Forderung nach Produzentenselbstverwaltung nicht als Unsinn – wie in der Auseinandersetzung später zur jugoslawischen Selbstverwaltung behauptet wurde – sondern als verfrüht. Sein Slogan lautete: „Kommunismus ist Sowjets plus Elektrifizierung Russlands“.

Als die Elektrifizierung großteils erfüllt war, gab es die Errungenschaft der Sowjets im eigentlichen Sinn des Wortes nicht mehr. Rosa Luxemburg und Karl Kautsky haben Lenin vorgeworfen, die Diktatur des Proletariats der Demokratie gegenüberzustellen. Doch hatte Lenin in seinem Pamphlet gegen Kautsky deutlich gemacht, dass jene Übergangsperiode, deren Staat Marx und Engels als Diktatur des Proletariats bezeichnet hatten, millionenfach demokratischer sei als die bürgerliche Demokratie, weil in ihr die formalen Freiheiten mit realem, d. h. sozialem Inhalt für die größten Bevölkerungsteile erfüllt seien.

Auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale (KI) bekannte sich Lenin zu einer Pressefreiheit, in der der Profit nicht mehr existiere, so dass jeder Werktätige oder eine Gruppe das gleiche Recht auf Nutzung der Druckereien und Papiervorräte besitze und diese umsetzen dürfe.

Allerdings hatte er eine Woche vorher das Verbot einer menschwistischen Zeitung wegen „Untergrabung der Landesverteidigung“ unterstützt. Im Interventions- und Bürgerkrieg hatte eine Entwicklung begonnen, die der Austromarxist Otto Bauer so beschrieb: „Weil alle anderen Parteien sich mehr oder minder auf die Seiten der Interventen schlugen, wurden sie mit ihnen geschlagen.“

Weder waren das Einparteiensystem – bis Sommer 1918 waren die Linken Sozialrevolutionäre Teil der Regierung – noch das Pressemonopol der Kommunistischen Partei geplant. Die aus der Not und dem Krieg geborenen Maßnahmen konnten im Nachhinein als Sprossen einer Entwicklung

empfunden werden, weil sich diese nach Lenins Tod durchsetzte.

Imperialismus

Ein Schwerpunkt meines Vortrags soll Lenins Imperialismusanalyse sein. 1916 ist das Schlüsseljahr. Nicht nur weil Lenins wirkungsmächtiges Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ im Juli 1916 im Züricher Exil abgeschlossen wird und 1917 in Petrograd nach dem Sturz der Monarchie erscheint, sondern auch weil es das Jahr der Zimmerwalder Linken ist und Lenin die Idee einer III. Internationale entwickelt. #Die etwas mehr als 100 Seiten richteten sich vor allem gegen die von dem deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky vertretene Auffassung, der Imperialismus könne innerhalb des Kapitalismus ohne Krieg systemimmanent überwunden werden. Darin sah Lenin die Gefahr eines neuen apolitischen Ökonomismus, der von selbst zur Erschöpfung des Systems führe. Für Lenin konnte nur der politische Kampf das Ende des Imperialismus einleiten. Der Text fasst den Stand der Imperialismustheorien seiner Zeit zusammen (vor allem J. A. Hobson und Hilferding) und aktualisiert diese aufgrund des Verrats der II. Internationale an der Arbeiterbewegung.

Aufgrund der Zensur war Lenin gezwungen, seine Theorie als rein wirtschaftliche Analyse der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Verflechtungen zu formulieren. Erst 1920 ergänzte er in einem Vorwort seine politischen Schlussfolgerungen.

Lenin sah den modernen Imperialismus als eine Kombination von Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Form von Monopolen, der Fusion von Bank- und Industriekapital in einer Finanzoligarchie, dem Export von Kapital, der Bildung von internationalen Kartellen und einer territorialen Aufteilung der Welt.

Das Besondere an Lenins Herangehensweise an den 1. Weltkrieg ist seine Epochendefinition, dass die Zeit sozialistischer Revolution begonnen habe verbunden mit der Fähigkeit zur konkreten Analyse der Situation und der Aufstellung spezifischer Handlungsorientierungen. Sein Nein zum Krieg beinhaltete sofort sein Ja zur sozialistischen Revolution, denn aus den tiefen Widersprüchen des Imperialismus leitete er die Möglichkeit einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in gleich mehreren Ländern ab.

Und anders als alle anderen Linken ihrer Zeit waren die Bolschewiki strategisch wie mental darauf vorbereitet, die Waffen gegen die eigenen Regierungen zu wenden. Es gab für Lenin nur die Alternative Imperialismus oder Sozialis-

mus: „Außerhalb des Sozialismus gibt es für die Menschheit keine Rettung vor Kriegen, vor Hungersnot, vor dem Untergang weiterer Millionen und aber Millionen von Menschen.“ (LW 24/19)

Die Ursache von Kriegen sah Lenin im Imperialismus. Das Neue an der imperialistischen Epoche bestand ihm zufolge darin, dass die Großmächte die Welt unter sich aufgeteilt hätten und die friedliche Zeit des Kapitalismus beendet sei. Jetzt herrsche nur noch Gewalt: Kriege und verschärfte Klassenkämpfe regieren die Epoche. Lenin sah durch die Niederlage der eigenen Bourgeoisie im Krieg die revolutionäre Machtergreifung erleichtert.

Weit entfernt vom nationalbolschewistischen Weg des Sozialismus in einem Land, den seine Nachfolger einschlagen sollten, bezog Lenin im Ersten Weltkrieg eine deutlich anti-nationalistische Haltung: „Ein Proletarier, der sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt ‚seiner Nation‘ gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein.“ (LW 21, 318)

Lenin argumentierte gegen die Vaterlandsverteidigung und setzte die soziale Revolution dagegen. Seine Forderung, die Waffen umzudrehen, war ein Aufruf zur Abschaffung von Krieg und Ausbeutung. Die Beendigung des Krieges durch eine siegreiche Revolution verband Lenin mit dem geschichtsphilosophischen Theorem des historisch notwendigen Endes des Kapitalismus.

Die revolutionäre Erfahrung seit dem 19. Jahrhundert bildete die empirische Basis für Lenins Revolutionstheorie. Er knüpfte an die Aufarbeitung der Revolution von 1848 und der Pariser Commune durch Marx und Engels an, biographisch an seine illegale Arbeit in der russischen Sozialdemokratie. Er versuchte dabei die revolutionären Traditionen Russlands mit einer Gesellschaftskritik zu verbinden, die aus der westeuropäischen Revolutionsgeschichte hervorging.

Das Pamphlet zum Imperialismus war von Lenins unbeugsamem Voluntarismus geprägt, der vom Primat der Politik ausging. Lenins Spiel von Brüchen und Kontinuitäten ist auch eine Auseinandersetzung über eine Revolution innerhalb revolutionärer Theorie und Praxis: Das Ziel bestimmt die Bewegung, die Strategie die Taktik, die Politik die Geschichte.

Am 8. Februar 1916 spricht Lenin zum ersten Mal in einer öffentlichen Veranstaltung in der Schweiz im Berner Volkshaus auf einer internationalen Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben des Proletariats. Er verkündete in dieser düsteren Zeit die hoffnungsvolle Botschaft, „dass nach dem europäischen Kriege die proletarische Revolution gegen den Kapitalismus kommen wird“. Lenins Botschaft findet sich kurz darauf im Sozial-Demokrat Nr. 52

vom 25.03.1916: „Über das Friedensprogramm: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, die die herrschenden Klassen der kriegführenden Mächte lange vor dem Krieg getrieben haben, mit Mitteln der Gewalt.“ Wer den Bevölkerungen einen „demokratischen Frieden verheiße ohne gleichzeitig die sozialistische Revolution zu propagieren“ betrüge das Proletariat.

Vom 24. bis zum 30. April desselben Jahres findet die Internationale Sozialistische Konferenz in Kiental (Kienthal) statt, auf der das heute wieder aktuelle Zimmerwalder Manifest gegen den Krieg beschlossen wird. Im Nachhinein kann es als Gründungsdokument der III. Internationale gelesen werden.

In seiner ebenfalls 1916 geschriebenen Broschüre „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ (LW 23, S. 102–118) stützt sich Lenin auf seine These von der Entstehung der Arbeiteraristokratie. Deren Vertretung sei die bürgerliche Arbeiterpartei in den imperialistischen Ländern. Diese hellsichtige Analyse vertieft Lukács in „Geschichte und Klassenbewusstsein“. Bar jeder Klassenanalyse tauchte sie im letzten Jahrzehnt auch ohne historischen Bezug als „imperialistische Lebensweise“ wieder auf.

Ein für heute ebenso interessanter Artikel ist „Über die Losung der Entwaffnung“ (LW 23, S. 91–101), in dem Lenin die Entwaffnung als „ein Ideal des Sozialismus“ bezeichnet. Aber auch, dass es erst im Sozialismus keine Kriege mehr geben werde. Im imperialistischen Zeitalter sei Sozialismus aber nur durch Revolution möglich, denn Gewalt „ist ... das Heer“ der Staatsmacht. Dass der damalige Krieg zwar die erste proletarische Revolution hervorbringen, aber diese veratet wird, mit dramatischen Folgen für die kommunistische Weltbewegung, ahnte Lenin damals nicht.

Das offene Erbe der III. Internationale (1919–1941)

Die 1919 gegründete internationale Organisation repräsentierte den ersten Versuch einer zugleich globalen, antikolonialistischen, antirassistischen und antiimperialistischen Politik. Nach dem 1. Weltkrieg bot sie den verschiedenen nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern eine Befreiungsideologie und organisatorische, personelle und materielle Ressourcen an. Nach der Revolution hatten die Bolschewiki die europäischen Geheimabkommen zur Aufteilung der noch nicht kolonisierten Regionen des Globus veröffentlicht. Und im Gründungsmanifest der Komintern 1919 hatten Lenin und Trotzki „die Kolonialsklaven Afrikas und Asiens“ zur Befreiung aufgerufen.

Mit seiner in der Komintern verkörperten emanzipatorischen und internationalistischen Weltsicht lieferte der Kommunismus vielen sozialen Gruppen, Arbeiter*innen, Frauen,

Schwarzen und Jugendlichen Identitäts-, Deutungs- und Handlungsangebote. Sie vermittelte ein Zugehörigkeitsgefühl, in welchem ethnische, nationale und soziale Herkunft und auch Geschlecht keine Rolle spielten. Internationalismus war in kommunistischen Augen der Weg zur Moderne. Er ermöglichte die Überwindung des Kapitalismus, der Klassengesellschaft, des Kolonialismus, der weiblichen Unterdrückung, des Rassismus und Antisemitismus.

Die Geschichte der Komintern ist aber auch während ihrer ganzen Existenz eine Geschichte von Konflikten, Differenzen, Dissidenzen und Abspaltungen, die in den 1930er Jahren durch Repression und Mord homogenisiert wurde. Doch 1920 sahen die Welt und die Komintern noch anders aus, sie vereinte marxistische Intellektuelle, revolutionäre Syndikalisten, Suffragetten, Sozialdemokraten, Anarchisten und Abenteurer. Sie hatte noch offene Ränder.

Die ersten Jahre der Kommunistischen Internationale waren die Lichtjahre der Russischen Revolution, Jahre der strategischen Suche nach der Definition einer revolutionären Politik. Es ging um nichts weniger als die universelle Tragweite der Oktoberrevolution. Aus der alten Sozialdemokratie entwickelte sich nicht von selbst eine neue Arbeiterbewegung. Während der ersten vier Kongresse [der Internationale] präziserte sich eine revolutionäre Strategie für Europa.

Der Gründungskongress der III. Internationale ging von der Aktualität der Revolution aus und wusste sich in einer Epoche der Krisen, Kriege und Revolutionen. Die bürgerliche Demokratie hatte auf allen Ebenen versagt, d. h. auch der Parlamentarismus der Arbeiterbewegung. Die neue Internationale wollte ein Instrument sein, das sich in den imminenden Auseinandersetzungen bewährt und die Versager vor dem 1. Weltkrieg – d. h. die Sozialdemokratie – daraus ausschließt.

Für Lenin war die Gründung im März 1919 eine strategische Notwendigkeit. Er sah die Praxis und Orientierung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus als unvereinbar an. Nach der Revolution hatte sich Lenin in Staat und Revolution auf die Pariser Commune bezogen, d. h. die Räte als überlegene Form der Demokratie propagiert und die Idee „Alle Macht den Räten“ als strategische Alternative zum Parlamentarismus der Sozialdemokratie erklärt.

Das Manifest des 1. Kongresses stellt die Räte ins Zentrum der revolutionären Politik auf der ganzen Welt. Doch bleibt eine gewisse Unklarheit zurück, denn nicht überall entstanden Räte und nicht immer entwickelten sie sich so radikal wie in Russland. Beim Rückzug der revolutionären Welle entwickelten sich die Räte wie in Deutschland

zu inhaltsleeren Komitees bestimmter Minderheiten oder als Alternativen zu Gewerkschaften (wie bei der KAPD oder den Bordighisten in Italien). Als Gegenmittel gegen den Reformismus und die Bürokratie festgeschrieben, werden sie durch die Autorität der KI bestärkt und etwas zu formalistisch interpretiert. Die ersten beiden Kongresse sind durch einen starken Voluntarismus und einen theoretisierten Subjektivismus geprägt: so wird der Kampf um die Macht als unmittelbare Aufgabe des Klassenkampfes festgeschrieben.

Der 2. Kongress im Juli 1920 tagt inmitten einer revolutionären Offensive. Die internationale Arbeiterbewegung – mehr noch als unmittelbar nach der Oktoberrevolution – wendet sich an Moskau, die KI wird hip. Die 21 Bedingungen zur Aufnahme – redigiert von Lenin –, die der 2. Kongress angenommen hatte, sollen vermeiden, dass diejenigen sich bewerben, die die Arbeiterbewegung an ihre Nation verraten haben, und verpflichtet die Mitglieder zur Aufrechterhaltung eines illegalen Apparates und einer effektiven antimilitaristischen Arbeit, die Diktatur des Proletariats der parlamentarischen Kollaboration entgegenstellend. Diese 21 Bedingungen führen zu Spaltungen der Sozialisten in Spanien und Italien. Die ersten beiden Kongresse sind stark linksradikal geprägt und weniger von einer Einheitsfrontidee getragen.

Aus diesem Grund verfasst Lenin seinen verschmähten Text „Die Kinderkrankheit des Kommunismus“, in dem er sich weigert, die Spaltungen von links und rechts gleichzusetzen. Die Reformisten sind für ihn Verräter, die revolutionären Linksradikalen Bündnisgenoss*innen, weshalb sich die KI über die deutsche Fusion zwischen Spartakisten und der USPD freut.

Bereits Monate vor dem 2. Weltkongress hatte Lenin Thesen zur National- und Kolonialfrage entworfen, worin er einen wenig präzisen Begriff von unterdrückten Völkern definierte. Die Komintern sollte endlich die Aufgaben erfüllen, welche die II. Internationale sträflich vernachlässigt hatte, nämlich alle revolutionären Befreiungsbewegungen abhängiger, rechtloser Nationen, wie z. B. die Iren oder die Schwarzen in den USA und der Kolonien unterstützen. Dadurch wurden politische Gemeinsamkeiten nicht nur zwischen den Kolonialländern, sondern auch zwischen rassistisch Unterdrückten geschaffen.

Diese unklare Definition führte später zu internationalistischen Versuchen wie der Westindischen Föderation in der Karibik, zur Idee der Sozialistischen Staaten Afrikas (propagiert von Nkrumah und Nyerere, Walter Rodney in Guyana, Amilcar Cabral, dem Panafrikanismus und auch

zum Teil den Blockfreien), aber auch zu nationalistischen Befreiungsbewegungen ohne emanzipatorische Dimension.

Der III. Kongress begründet, wenn auch etwas konfus die neue Linie der Einheitsfront. Der Kronstädter Aufstand wurde niedergeschlagen, die NÖP (Neue ökonomische Politik) wurde eingeführt, in Europa wurden entscheidende Schlachten verloren, der Rückzug war eingeleitet. Wie der 10. Kongress der Bolschewiki so sanktioniert der III. Kongress der KI einige Monate später die Linie: Es geht von nun an darum, die Mehrheit der Arbeiter*innen für den Kommunismus zu gewinnen. Absicht war, gegen putschistische Tendenzen vorzugehen.

So wurde die internationale Sozialdemokratie erneut zum dauerhaften Ansprechpartner erkoren und die KI stimmte auf dem III. Kongress die „Thesen über die Taktik“ ab, die der Sozialdemokratie eine Plattform für gemeinsame Aktionen vorschlugen.

Damit einher ging auch die erneute Annäherung an die Gewerkschaften. Der grausame Verrat der II. Internationalen war weder vergessen noch vergeben, aber angesichts der internationalen Lage erachteten die Initiatoren der neuen Linie – Lenin und Trotzki – die Einheitsfront als notwendig. Sie waren sich keineswegs sicher, eine Mehrheit auf dem Kongress dafür zu erlangen, denn der politische Apparat der KI, angeführt von Sinowjew hatte bereits seine eigene Logik und Reflexe.

Rakosi, Béla Kun und andere hatten die deutsche KPD zur Märzaktion animiert, um zu beweisen, dass die revolutionäre Offensive noch nicht vorbei ist. Die Gegenargumente waren die einer neuen Konjunktur, die eine neue Taktik erfordere, was durchgehend eine Stärke von Lenin war. Heute könnten wir sagen, dass dieser Kongress die Grundlagen einer revolutionären Strategie für das kapitalistische Europa begründete, die heute noch sinnvoll ist, zumal in der desolaten aktuellen Lage.

Es gab andere Stimmen, wie die von Karl Radek z. B., die eine mechanische Übertragung des russischen Modells auf andere europäische Länder vornahm. Aber der Krieg war vorbei, die deutschen Bauern waren nicht so kämpferisch wie die russischen, die deutsche Bourgeoisie viel besser organisiert und erfahrener und dann gab es noch die Arbeiteraristokratie.

Die Wende auf dem III. Kongress der KI war eine radikale Neuorientierung und zielte auf eine politische Stärkung der kommunistischen Weltbewegung, die mehr war als eine neue Taktik, es ging um das Überleben der Internationale. Der italienische Kommunist Gramsci hat in seinen „Gefängnisheften“ eine ähnliche Strategie entwi-

ckelt. Doch blieb die Strategie eine Baustelle. Nach dem IV. Kongress steckte sie fest. Nachdem sich die Revolution auf Russland begrenzt hatte und die Internationale den staatlichen Interessen der SU untergeordnet wurde, kehrte eine große theoretische Stille ein. Die Weltrevolution hatte sich zurückgezogen.

Sie wurde später von Trotzki im Kampf gegen den Nationalsozialismus wieder aufgenommen. Die theoretische Aktivität wurde nur von einer für Jahrzehnte besiegten Minderheit fortgeführt. Die Abzweigungen und Möglichkeiten des häretischen Kommunismus gerieten bis 1968 fast ins Vergessen.

Lenin heute

Warum Lenin für eine heutige Linke noch von Bedeutung ist:

1. Lenin bestand auf dem Primat der Politik, immer vieltätiger und lebendiger als es möglich ist. Er versuchte so links zu sein, wie es die Verhältnisse erlaubten. Politik war für Lenin eine Zeit voller Kämpfe, Krisen und Niederlagen. Das Spezifische der Politik drückt sich bei ihm in der revolutionären Krise aus. Sein viel geschmähtes Parteikonzept war geschmeidiger als allgemein behauptet wird. Für Lenin war die Rolle der Organisation immer abhängig von den aktuellen Kräfteverhältnissen, der Legalität, der Repression, den Möglichkeiten.

Die Partei verkörperte die spezifische Form, unter der sich der Klassenkampf im politischen Feld einschreibt. Die revolutionäre Partei war der organisierte Ausdruck gemeinsamen Handelns. Sie sollte ein Element der Kontinuität in den Fluktuationen des kollektiven Bewusstseins und der sozialen Bewegungen werden, geprägt von Kämpfen, Krisen und Brüchen.

2. Lenin wird häufig als autoritär und undemokratisch erachtet, was auch nicht falsch ist, denn die Bürokratisierung der SU beginnt schnell, die Aktivitäten der Tscheka laufen aus dem Ruder, die Strafkolonie auf der Solowski-Insel wurde direkt nach dem Bürgerkrieg eröffnet. Obgleich in dieser ersten Phase falsche Entscheidungen getroffen wurden, war damals noch alles möglich. Die falsche Entscheidung auf dem 10. Parteitag, die Fraktionsbildung vorübergehend zu verbieten ging nach hinten los und wurde verstetigt. Doch verlief die Entwicklung schrittweise.

Von 1927 bis 1929 – fünf Jahre nach Lenins Tod – gab es noch öffentlich kontroverse Diskussionen vor jedem Parteitag. Aber die Richtung war eindeutig, bis schließlich die Formel von der führenden Rolle der Partei nur mehr die Rolle der

Parteiführung beschrieb und jedes Regulativ einer Korrektur, jede Möglichkeit einer politischen Alternative verloren ging.

Der Bruch in der Kontinuität der Bolschewiki erfolgte durch die große Wende der Dreißigerjahre, die Millionen von Menschenleben kostet. Der bürokratische Terror räumt komplett auf mit dem Erbe der Oktoberrevolution, also auch mit der Politik Lenins. Der Kongress der Sieger von 1934 bedeutete die Konsolidierung der bürokratischen Macht.

Ich möchte heute Abend auf Lenins demokratische und libertäre Qualitäten und Erkenntnisse hinweisen, denn genau wie Marx verfügte er über beides: Lenin war gegen die Professionalisierung der Politik, gegen das imperative Mandat, für die jederzeitige Abwählbarkeit von Repräsentantinnen, gegen Privilegien aufgrund eines Amtes. Lenin hat – bis 1921 – die Rechte von Minderheiten in einer Partei stark gemacht, mit Rede und Publikationsrecht. Dabei orientierte er sich an der Erfahrung der Pariser Commune. In seinem Werk Staat und Revolution verlieren die Parteien an Bedeutung gegenüber der direkten Demokratie.

1923 nach dem Scheitern des Hamburger Aufstands begann Lenins letzter Kampf: gegen die ansteigende Macht der Sowjetbürokratie, den er nicht gewinnen konnte, nicht nur, weil er bereits 7 Schlaganfälle erlitten hatte, sondern weil er die Umgestaltung des Staatsapparates immer noch als Parteianglegenheit betrachtete, statt als Prozess der befreienden Abschaffungen und Umgestaltungen der ganzen Gesellschaft. Lenin sprach von einem Sowjetstaat mit bürokratischen Auswüchsen, von der alten Bürokratie, die nur mit Sowjetöl gesalbt sei.

In der Bildungsrevolution und wachsenden Anteilnahme der Bevölkerung an der Verwaltung nannte er die einzigen Möglichkeiten dieser Gefahr Herr zu werden. Von der allgemeinen Arbeiter- und Bauerninspektion erhoffte er sich eine Bändigung der Bürokratie. In seinem letzten Text „Lieber weniger, aber besser“, warnt er vor dem alten Apparat im neuen Staat.

Auch in seinem Testament wollte er die allgemeine Arbeiter- und Bauern-Inspektion mit der Parteikontrolle vereinen, um die Bürokratie in Partei und Staat besser zu bekämpfen. Die Problematik der Identifizierung von Partei- und Staatsführung war ihm nicht bewusst. Entscheidend für die Bürokratisierung war die fortwährende Unterminierung der Demokratie in Partei, Staat, Produktion und im Nationalitätenverhältnis, an der Lenin einen beträchtlichen Anteil hat.

3. Lenin entwickelte in seinen Ideen eine eigene Zeitlichkeit, die Revolutionen und grundlegenden Veränderungen entspricht: Die revolutionäre Krise, auf die er sein ganzes politisches Leben hinsteuerte, hatte für ihn mehrere Zeit-

lichkeiten. Die Zeit erhält für Lenin durch den Kampf ihren Rhythmus und ihre Unterbrechung durch die Krise. Eine Zeit des günstigen Augenblicks und der besonderen Konjunktur, in der sich Notwendigkeit und Zufall verbinden, Akt und Prozess, Geschichte und Ereignis. Revolutionen besitzen ihr eigenes, durch Beschleunigungen und Verlangsamungen gegliedertes Tempo. Die Partei Lenins ist nicht mehr das Resultat einer kumulativen Erfahrung oder der bescheidenen Pädagogik, damit befasst, die Proletarier*innen aus ihrer dunklen Ignoranz ins Licht der Aufklärung zu erheben. Die Partei im Verständnis von Lenin wird zur strategischen Technikerin, zur Beschleunigerin und Lotsin des Klassenkampfes.

In der Herausbildung von Lenins Theorie existiert ein Spiel von Brüchen und Kontinuitäten. Lenin widerspricht wie Walter Benjamin dem blinden Glauben an einen linearen Fortschritt, wie ihn die Orthodoxie der II. Internationale vertritt. Für Lenin bestimmt das Ziel die Bewegung, die Strategie die Taktik, die Politik die Geschichte.

Er hat erkannt, dass der politische Kampf viel komplexer ist als der Kampf der Arbeiter*innen gegen das Unternehmertum und die Regierung. Die Klassen ließen sich nur durch den politischen Kampf aufheben. Man könne nie wissen, welcher Funke das Feuer ausbrechen lässt, denn der Kommunismus ergebe sich aus allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens.

Er hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Sozialismus – als Vorstufe zum Kommunismus – sich nicht allein auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel reduziere. Die Kunst der richtigen Forderung ist eine Kunst des günstigen Augenblicks, die Lenin verstand. Am 29.9.1917 schreibt Lenin an das schwankende ZK, dass die Krise reif sei. Warten werde zu einem Verbrechen. Am 8. und 24. Oktober legt er nach. Lenin lehnt das schrittweise Vorgehen ab und fordert Sprünge! Sein strategisches Denken definiert eine Bereitschaft für das unerwartete Ereignis, das sich in bestimmte historische Möglichkeiten einschreibt.

Heute ist es verpönt, eine Machtübernahme überhaupt zu erwägen, die Macht scheint zerstreuter denn je zu sein. Aber wir können ruhig vortäuschen, die Macht zu ignorieren, sie aber vergisst uns nie.

Von Lenin können wir lernen, dass eine Strategie der Gegenmacht, der kulturellen Hegemonie nur in der Perspektive einer Doppelherrschaft und ihrer Auflösung einen Sinn macht: Wer wird gewinnen, aber ohne sich dabei zu verlieren?

LENINS „MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS“

Alexander Bogdanow: Glauben und Wissenschaft. Eine Erwiderung auf Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“.
Dietz Berlin, 2023, 18 €

■ Johann-Friedrich Anders

1909 veröffentlichte Lenin (unter dem Pseudonym Wl. Iljin) das Buch „Materialismus und Empiriokritizismus. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie“. Es ist eine heftige Kritik vor allem an den Bemühungen des Bolschewisten Alexander Bogdanow um eine Weiterentwicklung der Philosophie des Marxismus. 1910 erwiderte Bogdanow mit „Glauben und Wissenschaft“. Auf Bogdanows Anti-Kritik hat Lenin nicht öffentlich reagiert. Lenins Buch wurde nach Lenins Tod zum „Klassiker“ der Philosophie des Marxismus-Leninismus erklärt. Und Bogdanow wurde zur Unperson gemacht. Weder in der ersten deutschen Ausgabe von Lenins Buch 1927 noch in der 40-bändigen deutschen Werkausgabe gibt es einen Hinweis auf Bogdanows Erwiderung. Nun ist Ende 2023 im Berliner Dietz-Verlag Bogdanows 1910 erschienene Erwiderung auf Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ erstmals auf Deutsch erschienen – ergänzt durch ein Nachwort von Wladislaw Hedeler über Bogdanows „Exkommunikation aus dem Marxismus“ und durch ein Nachwort von Maja Soboleva über Bogdanow als „kritischen Positivist“.

1 Bogdanow erklärt in seiner Erwiderung auf Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“: „Ein Großteil des Buches von W. Iljin, ungefähr zwei Drittel, hat den Vorwurf des Idealismus an die Adresse der ‚Machisten‘ zum Inhalt, zum Beweis werden unendlich viele Zitate aus den Werken der ‚Machisten‘, mit ihnen sympathisierender und mit ihnen nicht sympathisierender Philosophen angeführt“.

Bogdanow über Lenin: „Dutzende Male wirft er seinen Opponenten, sowohl allen gemeinsam als auch jedem Einzelnen, grobe philosophische Unkenntnis vor, dutzende Male nimmt er die Pose eines Professors ein, der sämtlichen ‚Machisten‘ und Empiriomonisten eine Vorlesung über das ABC der Philosophie hält.“

Bogdanow ist irritiert über Lenins Umgang mit seinen Kontrahenten: „In seinen Abhandlungen über die Ökonomie werden Sie eine derartige zur Schau gestellte Stellung von Gelehrtheit wie in seiner ‚Philosophie‘ und einen derart hochtrabenden Ton nicht finden. Der Grund hierfür ist sehr einfach: Dort kennt er sich aus, weiß, wovon er spricht“.

Bogdanow zeigt in seiner Anti-Kritik: Der größte Teil von dem, was Lenin über die ‚Machisten‘, die Empiriokritizisten usw. erklärt, ist unzutreffend. Lenin stellt, wie Bogdanow an Beispielen im Detail darlegt, seine philosophischen Gegner im Wesentlichen falsch dar.

Wie Bogdanow zeigt, wimmelt Lenins Buch von „Entstellungen“. So ist z.B. „die Anerkennung des ‚Widergespiegelten‘ eine der grundlegenden Auffassungen des Empiriomonismus“. Bogdanow: „Auf dieser Grundlage hätte Wl. Iljin mich sofort zum Materialisten erklären müssen, doch er bezeichnet mich nicht nur fortlaufend als einen ‚Machisten‘, sondern schreibt auch noch den ‚Machisten‘ meine Auffassungen von Ideologie und Erkenntnis zu“.

Doch nicht nur das. Bogdanow schreibt über Lenins „Polemik gegen den Empiriomonismus“: „Jeder, der meine Arbeiten kennt, wird zweifelsfrei, jedoch nicht ohne erstaunt zu sein“, in Lenins Widerspiegelungstheorie Bogdanows eigene „empiriomonistische Theorie der Substitution erkennen. W. Iljin kritisiert sie auf das Schärfste, „das sind Wahnideen des philosophischen Idealismus, das ist ein Hohn auf die Naturwissenschaft“. Doch eine Tatsache bleibt eine Tatsache, in einigen Teilen seines Buches tritt Wl. Iljin, ob er das will oder nicht will, als Empiriomonist auf“.

Bogdanows Untersuchung der Leninschen Polemik kommt zu dem Ergebnis:

Im Wesentlichen gibt es bei Lenin „keinen Unterschied zu den ‚Machisten‘“ – „von der Terminologie abgesehen“. Immer wieder steht Lenin „auf dem ihm so verhassten ‚machistischen‘ Standpunkt. Er wiederholt mit anderen Worten genau jene Ideen, die auch sie vertreten.“ Für eine Gegnerschaft gibt es also keinen vernünftigen Grund. Lenins philosophische Opponenten sind nur vermeintlich Opponenten. „Hier liegt“ – so Bogdanow – „zweifelloso Unkenntnis vor, doch es ist die Unkenntnis W. Iljins bezüglich des ‚Machismus‘“.

2 Wie konnte Lenin zu solchen Ergebnissen kommen? Bogdanows Antwort: „N. Lenin hat eine Brille aufgesetzt, durch die er systematisch – und leider auch sehr planmäßig – etwas erblickt, was es eigentlich gar nicht gibt.“ Das gelingt Lenin durch seine – so Bogdanow – „philosophische‘ Taktik“. Es sind vor allem die folgenden Beweis-Methoden, durch die Lenin zu seinen Ergebnissen kommt.

■ Die erste Methode, die Bogdanow, „um es höflich auszudrücken, als Methode der ‚Ersetzung von Begriffen‘ bezeichnen würde“, besteht darin, bei einem Autor einen Begriff durch einen anderen, diesen durch einen dritten usw. zu ersetzen.

Bogdanow führt als Beleg vor, worin Lenins Polemik gegen Bogdanows Lehre von der physischen Erfahrung besteht: „Der verehrte Autor bedient sich seiner Methode der ‚Ersetzung‘ der Begriffe; systematisch ersetzt er meinen Begriff der ‚physischen Erfahrung‘ durch seinen ‚Natur‘-Begriff und umgekehrt.“

Bogdanow: Diese „Methode der Polemik ist zuverlässig, da jeder Begriff durch einen anderen, willkürlich ausgewählten ersetzt wird. Auf diese Weise kann man alles Mögliche beweisen oder widerlegen.“

Bogdanow: „Lenins Polemik gegen Lunatscharski ist noch origineller. Lunatscharski bediente sich häufig und missbräuchlich der religiösen Terminologie. Die Polemik W. Iljins gegen Lunatscharski beruht auf dem Bestreben, dem Leser den wirklichen Sinn der Auffassungen des Gegners zu verschweigen, zu verdecken, dem Leser zu suggerieren, dass Lunatscharski von der Religion im gewöhnlichen, traditionellen Sinne des Wortes spricht.“

■ Die zweite Methode ist „die von unserem Philosophen praktizierte Methode der ‚Ersetzung‘ von Autoren“: „Wenn A B empfiehlt, wozu dann A kritisieren, denn es reicht doch völlig aus, B zu entlarven. Und wenn B dabei C empfiehlt, dann ist es noch besser, A für die Taten von C zu entlarven, usw.“

Nach dieser Logik ließe sich – wie Bogdanow anmerkt – zweifelsfrei Lenin als Idealist entlarven. Denn Lenin stützt sich auf Engels, und Engels empfiehlt bekanntlich den Idealisten Hegel, „wie kann man dann daran zweifeln, dass Wl. Iljin ein Idealist reinsten Wassers ist?“

■ Die dritte Methode, die es ermöglicht, den Vorwurf des „Wirrwarrs“ beim Gegner zu erheben, besteht darin, Sachverhalte zu vertauschen. „Wenn er (Lenin) es für nötig erachtet, dem Leser, das, was ich über die Materialisten des 18. Jahrhunderts schrieb, als ‚Wirrwarr‘ vorzuführen, ersetzt er sie in seiner Polemik durch die Materialisten des 17. Jahrhunderts.“

■ Die vierte Methode ist „die Methode der ‚Erdrückung durch Zitate““.

■ Und die fünfte Methode besteht darin, so zu tun, als ob Zitate einer Autorität ein wissenschaftliches Argument wären.

Wie Bogdanow schreibt, unterschreibt Lenin nicht nur „alles, was Engels äußert“. „Der verehrte Autor sieht Zitate aus dessen Werken als einen Ersatz für wissenschaftliche Argumentation überhaupt an“.

3 Wie konnte Lenin auf derartige Methoden verfallen? Bogdanows Antwort ist: „Der Schlüssel zur Beantwortung der Frage ist das religiöse Denken, unnachgiebig im wörtlichen Bekenntnis, doch verworren in der Begrifflichkeit.“ Marx und Engels sind für Lenin „die Propheten der absoluten Wahrheit. Und es versteht sich von selbst, dass sie nicht irgendetwas Unwahres sagen können. Ungeachtet der Jahrzehnte, die uns von Marx und Engels trennen, ungeachtet der wissenschaftlichen und technischen Umwälzungen, die seitdem vergangen sind, werden Sie unter den Dutzenden, ja Hunderten Zitaten aus deren Werken im gewaltigen Buch von W. Iljin kein einziges finden, mit dem der Autor nicht einverstanden gewesen wäre. Für autoritäres Denken kann es in Glaubensfragen nur alles oder nichts geben.“

4 Bogdanows abschließendes Gesamt-Urteil über Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“ lautet: „Das Buch ist seiner gesamten Diktion, seinem Aufbau nach darauf ausgerichtet, den Glauben an die professionelle Gelehrtheit der Spezialisten zu lehren, so wie es lehrt, an Marx zu glauben. Der erstere Glaube ist schädlich und lächerlich, der zweite – schädlich und schändlich.“

Bogdanow benennt die Folgen dieser Denkstruktur: „Der Glaube, der keine Kritik an diesen oder jenen Lebensformen, an diesen oder jenen Wahrheiten zulässt,

ihnen absolute Bedeutung zuspricht, lässt deren Entwicklung, mehr noch, einen grundlegenden Wandel, eine Ablösung durch Höheres, nicht zu.“ Wenn Lenins Darstellung sich durchsetzen und Lenins Methoden als legitim angesehen und weiter praktiziert werden sollten, so führt das – so Bogdanow – zu „Stillstand auf dem Wege der Erkenntnis und Praxis“.

5 Wenn Bogdanows Anti-Kritik an Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ im Wesentlichen zutreffend sein sollte – was in einer Buchbesprechung nicht geprüft werden kann –, dann bedeutet das erstens: Die weitgehend positive Einschätzung Lenins, wie sie in der trotzkistischen Tradition erarbeitet wurde, ist ein wenig einzuschränken. Lenin ist als Philosoph kein Klassiker. (Eine erste Einschränkung nahm bereits Mandel für die Jahre 1920–1921 vor, die er als die „dunklen Jahre“ Lenins – und Trotzki – charakterisierte.) Und es verlangt zweitens, neu zu prüfen, wie der Empiriokritizismus, der „Machismus“ und ähnliche philosophische Richtungen – vor allem der Logische Empirismus – marxistisch einzuschätzen sind.

6 Bogdanows „Glauben und Wissenschaft“ war mehr als nur eine Richtigstellung von Leninschen Missverständnissen und (Fehl-)Interpretationen in „Materialismus und Empiriokritizismus“. Durch die Aufdeckung der Argumentationstricks, mit denen Lenin hier zu seinen Ergebnissen gelangt, räumte Bogdanow den Weg frei für eine Prüfung der anstehenden Frage: Wie weit ist der dialektische Materialismus den Problemen noch gewachsen, die die Umwälzungen in den modernen Naturwissenschaften, vor allem der Physik, aufwerfen? Ist er änderungsbedürftig? Bedarf er einer Weiterentwicklung?

7 Doch diese Chance wurde nicht genutzt, eine solche Prüfung fand nicht statt. Und nach Lenins Tod wurde Lenins Position als unbezweifelbar durchgesetzt, als der Weisheit letzter Schluss. Die Folge war philosophischer bzw. wissenschaftlicher Stillstand in der Philosophie des Marxismus, verklärt als von den Naturwissenschaften noch gar nicht erreichter Erkenntnisstand, als unüberholbare wissenschaftlich-weltanschauliche Position.

Als wissenschaftlich begründete Weltauffassung war der dialektische Materialismus damit nicht mehr ernst zu nehmen. Die philosophische Diskussion der Dialektischen Materialisten besteht seitdem in der Erläuterung von Zitaten der Klassiker, vor allem Engels und Lenin (und eine

Zeitlang Stalin), und in der „Entlarvung“ abweichender Ansichten als unzulässig und „reaktionär“. Und seine Weiterentwicklung besteht in der Interpretation der neueren wissenschaftlichen Ergebnisse und Theorien. Lassen sie sich (mehr oder minder) mit dem Dialektischen Materialismus in Einklang bringen, dann sind sie seine weitere Bestätigung als die einzige aktuelle wissenschaftliche Weltauffassung. Dies wissenschaftliche bzw. philosophische Abseits offenbart z. B. das „Philosophische Wörterbuch“ der DDR in seinem Artikel über dialektischen und historischen Materialismus, in dem sich die realitätsfreie Behauptung findet: „Die ideenreiche, aktive, erfolgreiche Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und anderer marxistisch-leninistischer Parteien ist dialektischer Materialismus in Aktion.“



J. SCHÄFER: MELLOPOLIS '48

Eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus. new academic press. Wien 2023. 12,90 €

■ Johann-Friedrich Anders

Jakob Schäfers neues Buch ist eine fiktive Reportage aus Mellopolis, der „Stadt der Zukunft“. Die geschilderte sozialistische Utopie ist – wie Schäfer betont – noch keine kommunistische Gesellschaft, aber sie verdient das Attribut „sozialistisch“ (oder auch „anarchistisch“).

In dieser Utopie bestehen Produktionsverhältnisse, in denen nicht mehr Waren, sondern Gebrauchsgüter produziert werden. Die soziale Sicherung aller Menschen ist garantiert. Lebensnotwendige Güter des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen werden frei verteilt. Geld gibt es nicht mehr. „Arbeit ist grundsätzlich gleichwertig, sodass mit einer Stunde Arbeit (ganz gleich an welcher Stelle) jeder und jede gleich viele, nicht übertragbare Arbeitswert-scheine erhält.“ Schäfer betont: „Die neue Gesellschaft hat nur dann eine Chance, die ökologischen Bedrohungen – vor allem den Klimawandel – zu minimieren, wenn sie einer widerspruchsfreien ökosozialistischen Ethik folgt. Es geht also nicht nur darum, dem Produktivismus (und weitgehend auch dem Extraktivismus) entgegenzuwirken, sondern bewusst ein ökosozialistisches Degrowth zu praktizieren“. Ein wesentliches Merkmal dieser neuen Ordnung ist schließlich ihr Internationalismus, der sich in praktischer Solidarität mit dem globalen Süden äußert.

Bisher sind positive Utopien Darstellungen von neuen Ordnungen, in denen allgemeiner Konsens besteht, in denen es keine gesellschaftlichen Konflikte mehr gibt – höchstens individuelle Abweichungen –, in denen kein Wandel der Gesellschaft stattfindet, kurz: ein Paradies auf Erden. Da es keine gesellschaftlichen Probleme gibt, gibt es auch keinerlei Entscheidungsgremien (etwa Räte).

Das ist in Schäfers Utopie anders; und das ist etwas Neues. Bei ihm steht im Vordergrund die Darstellung von grundlegenden Streitfragen darüber, wohin es konkret in Zukunft gehen soll. Schäfers Reporter berichtet über Kontroversen, die in lokalen, regionalen und nationalen

Kongressen, gegebenenfalls in Volksabstimmungen, diskutiert und entschieden werden; er schildert gesellschaftliche Debatten darüber, wie man leben will.

In „Mellopolis“ hat die menschliche Geschichte nicht – wie bisher in Utopien – aufgehört; es hat nur die menschliche Vorgeschichte ihr Ende gefunden, in der „nur selten das Gewollte geschieht, in den meisten Fällen durchkreuzen und widerstreiten sich die vielen gewollten Zwecke oder sind diese Zwecke selbst von vornherein undurchführbar oder die Mittel unzureichend“ (MEW 21, 296). In „Mellopolis“ hat die menschliche Geschichte begonnen. Und die von den Menschen vorgenommenen Maßnahmen haben zunehmend „die von ihnen gewollten Wirkungen“ (MEW 20, 269).

Der nach Mellopolis entsandte Reporter Daniel Weber berichtet z. B. über folgende Aktivitäten:

- Streitgespräche zwischen Rockern, einer Theatergruppe und Skateboardern über die Nutzung des städtischen Majakowski-Platzes. Beantragt wird ein Beschluss im Rat des Stadtviertels. Gegebenenfalls soll eine Abstimmung aller Stadtbewohner folgen.
- Eine Abstimmung über die Aufteilung eines Aufbaufonds: Wieviel davon soll für die bessere Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung usw. verwendet werden? Wieviel für den Ausbau der Polikliniken und wieviel für den Ausbau des Trambahn-Netzes?
- Eine Debatte über Urban Gardening vs. den Ausbau und die bessere Isolierung der Wohnungen. Gefordert wird eine Entscheidung durch die zuständigen Räte, und wenn es bei denen keine breite Einigung gibt, dann eine Abstimmung durch die gesamte Stadtbevölkerung.

Von zentraler Bedeutung sind die folgenden Kontroversen in Mellopolis, über die Daniel Weber berichtet:

- „Wie viel der monatlich neunzig Stunden zu leistenden Arbeit soll jeder und jede in die landwirtschaftliche Produktion stecken?“
- „Welche Güter und Dienstleistungen sollen frei verteilt werden, also ohne dafür Arbeitszeitscheine abgeben zu müssen?“

„Die Liste der Güter des Grundbedarfs umfasst zwar schon ... ein paar Gütergruppen, die über die Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen und Bekleidung hinausgehen, aber die Geister streiten sich, welche Güter zusätzlich in die Liste aufgenommen werden sollen. In Mellopolis gibt es eine große Bandbreite von Vorschlägen. ... Das reicht von mehr Freikarten für das Thermalbad bis zu mehr Bahnfreifahrten im Jahr auf einer Langstrecke.“

Zwei Anträge sollen vom Nationalkongress diskutiert und entschieden werden:

■ der Antrag auf Beibehaltung der Zwanzigstundens-woche (statt ihrer Verkürzung auf 19 Stunden) und – der Antrag, die Erträge des Produktivitätsfortschritts nicht zu horten, sondern den Ländern des Globalen Südens zugutekommen zu lassen.

Ein weiteres Dauerthema in Mellopolis ist das Problem der Dezentralisierung.

Für eine möglichst weitgehende Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten spricht: „(D)ort, wo die Menschen die Folgen ihrer Entscheidungen selbst und unmittelbar erfahren, (entfalten) sie eine größere Motivation, sich in den Prozess der Entscheidungsfindung einzuschalten. Nur dann sei auch gewährleistet, dass Fehlentscheidungen schnell genug korrigiert werden.“ Dagegen wird eingewandt: Wenn zu viele Fragen dezentral entschieden werden, wird es unweigerlich zu politischen und gesellschaftlichen Auseinanderentwicklungen kommen. Es sollte aber in möglichst vielen Bereichen die gleichen Standards im ganzen Land geben, bei der Gesundheitsversorgung etwa oder bei den Curricula an den Schulen.

Schäfers Buch enthält nicht nur die utopische Reportage über die Stadt der Zukunft „Mellopolis“. Im Anschluss an die Fiktion folgt ein theoretischer Teil. Dort macht Schäfer klar, wie notwendig heute eine sozialistische Utopie ist:

„Die niederschmetternden Erfahrungen mit dem stalinistischen System (einschließlich des Triumphs des ‚freien Westens‘ über den angeblichen Sozialismus) haben, zumindest in den Ländern des Globalen Nordens, die Überzeugung tief verankert, dass eine sozialistische (oder auch anarchistische) Gesellschaftsordnung nichts Erstrebenswertes mit sich brächte. Gleichzeitig wächst seit den 2000er Jahren in bedeutenden Teilen der Gesellschaft der Eindruck (sehr viel mehr ist es zumeist nicht), dass der Kapitalismus nicht das beste aller denkbaren Gesellschaftsmodelle ist. Nur ist vollkommen unklar, was denn an seine Stelle treten könnte, und erst recht, wie man dieses Ziel

erreichen könnte. Vor diesem Hintergrund ... ergibt sich für antikapitalistisch Gesinnte die Aufgabe, zu skizzieren, für welche Ziele es sich zu engagieren gilt.“

Danach legt Schäfer das politisch-philosophische Fundament seiner Utopie dar. Das sind vor allem Marx' „Ökonomisch-philosophische Manuskripte“ (von 1844) und Marx' und Engels' „Deutsche Ideologie“ (von 1845/46) und die an diese Texte anknüpfenden Autoren Helmut Fleischer, Erich Fromm, Agnes Heller und Leo Kofler. Schäfer untermauert das anthropologische Fundament seiner Utopie mit neueren Erkenntnissen aus Archäologie, Anthropologie und Ethnologie. Er bezieht sich dabei auf Rutger Bregman und auf David Graeber/David Wengrow, die zeigen, dass klassenlose, egalitäre Gesellschaften existiert haben und keineswegs dem Wesen des Menschen widersprechen.

Gegen Schluss seines Buches erklärt Schäfer: „Dass die Menschheit – wenn sich nichts Grundlegendes ändert – auf eine nicht mehr beherrschbare Klimakatastrophe ... zusteuert, ist eine verbreitete Erkenntnis. ... So ist es nicht verwunderlich, wenn in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von Philosophen, Politologen und Soziologen auf ihre Weise Alarm schlagen und Vorschläge entwickeln, wie auf diese Herausforderung(en) zu reagieren sei.“

Schäfer untersucht dann kurz, was deren Problemlösungsvorschläge taugen. Dabei geht er stellvertretend auf die Bestseller-Autoren Yuval Noah Hariri, Harald Welzer und Richard David Precht ein. Schäfers Analyse der „Reform-Ideen bürgerlicher Intellektueller“ lautet: Autoren wie Hariri, Welzer und Precht sind „realitätsblinde Bestseller-Autoren“.

Schäfer stellt zu den Bestseller-Autoren die Frage: „Liegt es an Unwissenheit in Sachen kapitalistischer Produktionsweise und der Grundzüge einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung? Oder ist es mangelnder Mut, überhaupt mal über die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus zu denken? Keiner von ihnen jedenfalls geht auch nur ansatzweise über die bestehenden Produktionsverhältnisse hinaus.“

Schäfer beendet seine theoretischen Darlegungen kurz mit 6 Kernpunkten eines erfolgversprechenden Kampfs für den Bruch mit dem Kapitalismus. Als Anhang ist in Schäfers Buch abgedruckt der weithin unbekannt, klärende Vortrag „Die sozialistische Konzeption vom Menschen“, den Isaac Deutscher, Marxist und dissidenter Kommunist, 1966 in New York gehalten hat.

SOLIDARITÄT MIT UKRAINISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Wie Unternehmen in der Ukraine versuchen, die Kriegssituation für die Schwächung von Arbeitsschutzbestimmungen zu nutzen, erfuh eine Delegation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die die Ukraine im Oktober dieses Jahres besuchte.

■ Torsten Neumann

Nachdem Ungarn Anfang Februar 2024 seine Blockade gegen die Finanzhilfen an die Ukraine aufgegeben hatte, gab es eine Einigung von Europaparlament und EU-Staaten. Bis zum Jahr 2027 soll die Ukraine 50 Milliarden Euro bekommen. 33 Milliarden Euro werden als Darlehen vergeben, der Rest als Zuschüsse. Damit sollte die Wirtschaft gestärkt werden, kündigte Selenskyj an. Was das konkret heißt, erleben die Gewerkschaften und die Beschäftigten in der Ukraine nicht erst seit dem Angriff Russlands im Februar 2022. Schon 2019 verfolgte die Regierung eine Politik, die die Gewerkschaften schwächen sollte. Damals liefen die Gewerkschaften Sturm und die Gesetzesvorlage wurde zurückgezogen.

Da nun aber Kriegsrecht gilt und Proteste und Streiks verboten sind, versucht die Selenskyj-Regierung erneut, Arbeitsrechte abzubauen. Die Gewerkschaften konnten bisher erwirken, dass einige der Maßnahmen auf die Kriegszeit beschränkt bleiben. Jetzt, wo sich der Krieg in die Länge zieht, werden aber auch diese befristeten Maßnahmen zum neuen Normalzustand. Überdies scheint die Regierungspartei noch weiter gehen zu wollen.

Die Regierung hat jetzt einen Entwurf für ein neues Arbeitsgesetz mit 264 Paragraphen veröffentlicht, der als größter Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer:innen während der Zeit des Kriegsrechts angesehen werden kann. Würde das Gesetz wie geplant in Kraft treten, liefen

Millionen von Menschen Gefahr, ihren Kündigungsschutz zu verlieren. Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf Bestimmungen, wonach bei der Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen leichter gekündigt, die Arbeitszeit auf zwölf Stunden verlängert werden kann, so wie das Recht der Unternehmer, Urlaub unterbrechen zu können. Die Zahl der Gewerkschaften in einem Unternehmen soll auf zwei begrenzt und die für die Gründung einer Gewerkschaft erforderliche Mindestanzahl von Mitgliedern erhöht werden. Sofern das Gesetz beschlossen wird, soll es zum 1. Januar 2025 in Kraft treten. Der Entwurf für das Gesetz wurde in aller Eile von einem kleinen Kreis unter der Leitung von Wirtschaftsministerin Julija Swyrydenko und der Abgeordneten Halyna Tretjakowa ohne die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern erarbeitet.

Ein gemeinsames Vertretungsorgan der ukrainischen Gewerkschaften, dem die beiden Dachverbände FPSU und KVPU so wie die FPU (Föderation der Transportarbeiter:innen) und mehrere andere Gewerkschaften angehören, haben zum Gesetzentwurf eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet. Sie fordern von der Regierung, das Gesetz nicht zu beschließen. Der Gesetzentwurf gewährte nicht die in der ukrainischen Verfassung festgelegten Arbeitsrechte und -garantien für Beschäftigte. Darüber hinaus berücksichtigt der Entwurf auch nicht in vollem Umfang die Normen und Standards der internationalen Rechtsakte der IAO und der EU.

Seit ihrer Unabhängigkeit im Dezember 1991 wurde die Ukraine einer Schocktherapie unterzogen. Dennoch hat sie sich den geforderten Maßnahmen teilweise widersetzt. Dazu gehört beispielsweise das Verbot, Ackerland an ausländische Investoren zu verkaufen, oder die Weigerung öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen massiv zu privatisieren. Den Erfahrungen in Griechenland folgend, will das internationale Kapital, unterstützt von Regierungen und der EU sowie von IWF und Weltbank

dies jetzt unter dem Zwang der Schuldenknute nachholen. Die ukrainische Regierung hat den Auflagen der EU zugestimmt und ist dabei, das Arbeitsrecht schrittweise zu verschlechtern.

Ein weiterer Schritt das Land unter Ausnutzung der Kriegssituation für ausländisches Kapital noch attraktiver zu machen, ist die für Juni 2024 in Berlin geplante Ukraine Recovery Conference. Hier wird es um weitere Privatisierungen von öffentlichen Betrieben, Infrastrukturen und fruchtbaren Ländereien, weitere Deregulierung und Abbau des Arbeitsrechts und Abbau öffentlicher Dienstleistungen gehen. Eines der deutlichsten Zeichen, in welche Richtung der sogenannte Wiederaufbau der Ukraine durch die Westmächte gehen soll, ist der Umstand, dass bei der Londoner Ukraine Recovery Conference 2023 BlackRock und JP Morgan mit der Koordination des Wiederaufbaus beauftragt wurden.

Wie Unternehmen in der Ukraine versuchen, die Kriegssituation für die Schwächung von Arbeitsschutzbestimmungen zu nutzen, erfuhr eine Delegation von Gewerkschafter:innen, die die Ukraine im Oktober dieses Jahres besuchte. Die Vorsitzende der Gewerkschaft, Natalja Marynjuk, bei ArcelorMittal, einem der größten Stahlwerke in Krywyj Rih, berichtete, dass das örtliche Management einen seit 2007 bestehenden Kollektivvertrag, der alle wesentlichen Arbeitsbeziehungen regelt, in 26 Punkten verändern will. Der Kollektivvertrag läuft formal am 31.12.2023 aus.

Bisher war es üblich, den Kollektivvertrag einfach zu verlängern. Genau dies hatte die Gewerkschaft auch vorgeschlagen. Jetzt soll alles anders sein. Natalja ist der Meinung, dass das Management die Kriegssituation ausnutzt, um beispielsweise Sicherheitsstandards zu senken. Es gab mit allen elf im Werk vertretenen Gewerkschaften ein Treffen, um zu beraten, wie man gemeinsam gegen das Vorhaben des Managements vorgehen kann. Die Handlungsmöglichkeiten sind durch die Kriegssituation formal beschränkt. Trotzdem will man eine Streikoption nicht ausschließen.

An den Vorstandschef von AcelorMittal wurde der Appell gerichtet, er möge doch bitte nach Krywyj Rih kommen und sich ein Bild von der Arbeitssituation machen. Die Sicherheit für die Beschäftigten sei jetzt schon katastrophal, da könne man die Standards nicht noch absenken. Man habe nicht vergessen, wie alle ausländischen Mitglieder der Geschäftsleitung eine Woche vor Kriegsausbruch die Ukraine verlassen haben. 3000 Beschäftigte kämpfen an der Front und sorgen für die Sicherheit der Stadt und

für die Sicherheit des Werks. Jetzt den Kollektivvertrag zu kündigen, wäre einfach eine Schweinerei.

IndustriALL Global Union hat Ende 2023 ein Treffen mit den Topmanagern von ArcelorMittal organisiert. Natalja Marynjuk forderte bei dem Treffen, die Laufzeit des Tarifvertrags zu verlängern. Die Unternehmensmanager erklärten sich bereit, die Normen des bestehenden Tarifvertrags während des Verhandlungszeitraums einzuhalten – mehr nicht. Es kommt jetzt darauf an, die Gewerkschaften in Krywyj Rih dabei zu unterstützen, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, bei dem die Arbeitsrechte der Beschäftigten gewahrt bleiben.

Die Delegation bereiste die Ukraine in der Zeit vom 9. bis zum 13. Oktober 2023 im Rahmen der Initiative „Gewerkschaftliche Solidarität – Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“. Ziel war es, sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen, vor welchen Herausforderungen die Gewerkschaften und soziale Initiativen in der Ukraine angesichts von Krieg und neoliberalen Umbau der ukrainischen Gesellschaft stehen. Während der Reise, die nach Kiew und Krywyj Rih führte, konnten viele Gespräche mit Aktivist:innen geführt werden. Dazu gehörten Gespräche mit Gewerkschaften des Dachverbands FPU und ein Gespräch mit Ärzten, die sich für die bessere Krankenversorgung einsetzen und dafür eine unabhängige Gewerkschaft gegründet haben. Der Initiative „Be like Nina“ ist es gelungen, eine landesweite Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern auf den Weg zu bringen. Auch mit den Gründerinnen gab es ein Treffen. Der Verein #BeLikeNina zählt jetzt 80 000 Mitglieder. Ziel ist es, eine allukrainische Gewerkschaft der Gesundheitsarbeiter:innen zu gründen.

Durch die Delegationsreise konnten viele persönliche Kontakte vor Ort geknüpft werden, die jetzt für konkrete Solidaritätsarbeit genutzt werden können. Nähere Informationen sind zu erhalten über:

Initiative „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“
Kontakt: Christian.Haasen@gmail.com



LE PEN DENKT, MACRON FÜHRT AUS

Ende vergangenen Jahres haben Macron und seine Regierung einen weiteren Schritt in Richtung einer diskriminierenden, rassistischen und fremdenfeindlichen Politik gegenüber Ausländern aus Nicht-EU-Staaten unternommen, und zwar mit Unterstützung der extremen Rechten.

■ **Léon Crémieux**

Das Gesetz, das im Dezember 2023 gemeinsam von Macrons Bündnis, den rechten Republikanern (LR) und dem rechtsextremen Rassemblement National (RN) verabschiedet wurde, ist der größte Rückschritt in Frankreich seit fast 40 Jahren und übertrifft in seiner reaktionären Ausrichtung noch das 1986 verabschiedete Pasqua-Gesetz unter dem damaligen Innenminister der Regierung von Jacques Chirac. Damit wurde eine vollständige Anpassung an die Prämissen der extremen Rechten vollzogen, für die Ausländer und Zuwanderung eine enorme Bedrohung für das Land darstellen, die von einer „Migrantenschwemme“ und von einer wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung durch die Migrant*innen fabulieren und Zuwanderung, Bedrohung der Sicherheitslage, Kriminalität und Terrorgefahr einander gleichsetzen.

Diese Themen sind in Europa weit verbreitet, werden aber in Frankreich vor allem von Marine Le Pens RN oder der kleinen Partei Reconquête von Marion Maréchal [Spitzenkandidatin von Reconquête für die Europawahlen] und Eric Zemmour aufgeworfen. In den letzten zwanzig Jahren hat jedoch auch die traditionelle Rechte derlei Losungen propagiert und nach und nach die ideologische Agenda von Jean-Marie Le Pen und dem Front National in dieser Hinsicht übernommen. Nicolas Sarkozy versuchte Anfang der 2000er Jahre, die französische Gesellschaft zu spalten, indem er eine Debatte über die „nationale Identität“ anzettelte und das Innenministerium entlang

dieses Konzepts in „Ministerium für Inneres und nationale Identität“ umbenannte, wobei als Stichwortgeber einer seiner Berater fungierte, nämlich, Patrick Buisson, der der „national-revolutionären“ extremen Rechten der 1970er Jahre entstammt.

Macron und seine Regierung haben sich ebenfalls auf dieses Glatteis begeben, obwohl sie ursprünglich ein parlamentarisches Manöver im Sinn hatten, um die Partei der Republikaner zu destabilisieren. Das Manöver entwickelte sich freilich zu einem Bumerang gegen das Lager des Präsidenten.

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, im Sommer 2022, kündigte Macron gemeinsam mit seinem Innenminister Gérald Darmanin die Vorlage eines neuen Gesetzes über Einreise- und Aufenthaltsbedingungen mit Schwerpunkt auf dem Asylrecht an, nur drei Jahre nach dem Gesetz, das er 2019 hatte verabschieden lassen. Gestützt auf eine explizite Gleichsetzung von Kriminalität und Asylsuchenden lag das erklärte Ziel darin, mit aller Macht „die Migrationsströme von außerhalb Europas zu verhindern“, „Asyl- und Abschiebungsverfahren“ zu beschleunigen – eine klassisch-reaktionäre Agenda also. Während sich die Bevölkerung hauptsächlich wegen der Inflation, der Krise des Gesundheitssystems und der drohenden Rentenkürzung sorgte, versuchte Macron in erster Linie, die öffentliche Debatte auf dieses Thema zu lenken, indem er die „unerträgliche Gefährdung durch

die Zuwanderung“ heraufbeschwor und einmal mehr die Migrant*innen für die soziale Lage der Arbeiterklasse verantwortlich machte.

Das erklärte Ziel von Gérard Darmanin war es, „Migranten das Leben unmöglich zu machen“. Dabei gerierte er sich als Personifizierung von „Recht und Ordnung“ und brüstete sich damit, härter als die extreme Rechte gegen Migranten vorzugehen, was er mit einer sexistischen Spitze gegen die „Weichheit“ von Marine Le Pen und die „Unfähigkeit von Giorgia Meloni, die Migrationsprobleme zu lösen“ garnierte. Dieser Gesetzentwurf wurde gleich zu Beginn von den sozialen Bewegungen und der Linken bekämpft, darunter dem Kollektiv *Unis contre l’immigration jetable* (UCIJ, etwa: Asylrecht ist unverzichtbar), in dem 800 Kollektive und Vereine zusammengeschlossen sind (darunter Hunderte, die sich Tag für Tag für die Aufnahme und Solidarität mit „illegalen“ Migrant*innen und Asylsuchenden einsetzen), sowie den Grünen, der LFI und der radikalen Linken, einschließlich der NPA.

Seitdem Macron bei den Wahlen im Juni 2022 seine parlamentarische Mehrheit verloren hatte und auch keine Koalition mit anderen Parteien eingegangen war, müssen er und seine Regierung jeden einzelnen Gesetzestext mit den anderen Parteien aushandeln, hauptsächlich mit der Partei der traditionellen gaullistischen Rechten, *Les Républicains* (LR). So stimmten diese – stets selektiv – für zwei Drittel der von der Regierung zwischen Juni 2022 und Juni 2023 eingebrachten Gesetze. Darmanin hatte mit seinem Gesetzesentwurf die Tür für einen Dialog mit den Republikanern geöffnet. Die zunehmenden Proteste gegen die Rentenreform im Frühjahr 2023 zwangen die Regierung, die Debatte über diesen Gesetzentwurf erstmal zu verschieben. Die LR ihrerseits sahen in der Debatte über dieses Gesetz die Gelegenheit, sich wieder politisch zu profilieren. Davor waren sie durch den Verlust von 51 Sitzen und bloß noch 62 von 577 Abgeordneten bei den Parlamentswahlen vom Juni 2022 auf den Platz eines Erfüllungsgehilfen Macrons zurückgeworfen worden, hinter dem *Rassemblement National* [89 Abgeordnete] und *La France insoumise* [75 Abgeordnete]. Damit fällt es ihnen schwer, im Schraubstock zwischen Macron und dem RN als unabhängige politische Kraft zu bestehen.

Zudem stammen viele Funktionäre in Macrons Lager aus der LR und Nicolas Sarkozy hat zudem wiederholt die Partei, der er lange Zeit vorstand, aufgefordert, sich mit Macron zu verbünden. Also verstieg sich die LR im Frühjahr 2023 zu einem politischen Manöver, indem sie

selbst zwei Gesetze gegen die Einwanderung und die in Frankreich lebenden Ausländer vorlegte. In der Annahme, dass dies das einzige Feld sei, sich gegenüber Macron zu profilieren, übernahmen sie in ihren Gesetzentwürfen leichthin die wichtigsten programmatischen Aussagen des RN, insbesondere die der „nationalen Präferenz“, der Diskriminierung von Nicht-EU-Ausländern bei den sozialen Rechten, darunter der Kürzung der Ansprüche auf Sozialleistungen, der Abschaffung des *ius soli* für in Frankreich geborene Kinder, der Einführung neuer Hindernisse für den Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit und stärkeren Repressionen und schnelleren Abschiebungen von „illegalen“ Flüchtlingen. Zuvor hatte die LR ein Jahr lang eine obsessive Kampagne gegen die „Einwandererschwemme“ und die exorbitanten Kosten der Zuwanderung betrieben und sich in dieser Frage weit mehr Gehör verschafft als die extreme Rechte.

Unter dem Druck von rechtsaußen

Frankreich ist zwar seit jeher ein Einwanderungsland mit liberalen Gesetzen, hat aber seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen deutlich verschärft. Noch immer gilt das *ius soli* für den Erwerb der Staatsangehörigkeit, aber das Land praktiziert einen Spagat zwischen einer verbalen Aufnahmebereitschaft und einer zunehmend restriktiven Praxis. Dies gilt sowohl für die Einwanderung als auch für die Aufnahme von Flüchtlingen. In Frankreich liegt der Ausländeranteil mit 7,7 % unter dem europäischen Durchschnitt (8,4 %), während er in Italien und Schweden bei 8,7 % und in Spanien, Deutschland und Belgien bei 11 bis 13 % liegt. Dies ist weit entfernt von der angeblichen „Sogwirkung“ und der „allzu großzügigen Politik“, wie von der Regierung und ihren neuen Freunden angeprangert wird.

Die Flüchtlingszahlen sind insbesondere in den Jahren 2014 und 2015 durch den Krieg in Syrien gestiegen. Von den insgesamt 6,8 Millionen Flüchtlingen sind die meisten in die Türkei, nach Jordanien und in den Libanon gegangen. Nur 17 %, etwas mehr als 1 Million, haben einen Asylantrag in der EU gestellt. In Frankreich waren es bloß 2,2 % dieser 17 %, also rund 25 000! Bei den afghanischen Flüchtlingen liegen die Zahlen etwas höher, nämlich bei 8 %. Selbst bei den ukrainischen Flüchtlingen, deren Zahl in der EU etwa 4,6 Millionen beträgt und in Frankreich 120 000, und gegen deren Ankunft niemand protestiert hat, weil sie zum „Glück“ nicht aus dem muslimischen Kulturkreis stammen, steht auch hier die Zahl in keinem

Verhältnis zum wirtschaftlichen (17 %) und demografischen (15 %) Gewicht Frankreichs in Europa.

Macrons anmaßendes und selbstgerechtes Geschwätz über „Frankreichs Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen“ entbehrt jeder Grundlage, da Frankreich bei der Zahl der positiv beschiedenen Asylanträge eine der niedrigsten Quoten in Europa aufweist. Rund 70 % der Asylanträge werden abgelehnt und stattdessen ein vorläufiges Bleiberecht gewährt, was die Asylbewerber in eine prekäre und ungeklärte Situation versetzt, wo sie jederzeit ausgewiesen werden können. [...]

Die Realität in Europa sieht so aus, dass die demografische Kurve ohne Berücksichtigung der Zuwanderung überall nach unten zeigt und Frankreich von diesem Trend nicht ausgenommen ist. Der Rhetorik der mehr oder minder extremen Rechten, die nur der Spaltung der Arbeiterklasse dient, um sie von den eigentlich Verantwortlichen für die Politik des Sozialabbaus abzulenken, steht die unumstößliche Tatsache gegenüber, dass die Einwanderung nicht nur keine Kosten verursacht, sondern dass es vielmehr in den kommenden Jahrzehnten zu einem sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewicht führen würde, wenn man sie verhindern wollte. In der Tat müssen Migration und Zuzüge in Zeiten der Globalisierung so verstanden werden, dass hier eine „industrielle Reservarmee“ in ihren verschiedenen Komponenten entsteht.

Insofern ist es pure Heuchelei der herrschenden Klassen, wenn sie einerseits den Diskurs der extremen Rechten oftmals unterstützen, ihn in ihren Print- und audiovisuellen Medien kultivieren und über den „Sogeffekt“ fabulieren, der von der auch nur geringsten Formalisierung der „illegalen“ Zuwanderer ausgehen würde, andererseits in ihre jetzigen und künftigen Planungen die Beibehaltung des Migrantenzustroms einbeziehen. Es ist also eine utilitaristische und heuchlerische Politik, die Millionen von Männern und Frauen soziale Rechte und menschenwürdige Lebensbedingungen vorenthält und die Diskriminierung und Polizeigewalt in den Arbeitervierteln aufrechterhält, in denen viele Kinder mit Migrationshintergrund leben, die aber andererseits dafür sorgt, dass die für das wirtschaftliche und soziale „Gleichgewicht“ unerlässliche Einwanderung vonstatten geht.

Noch schlimmer wird es, wenn es um „illegale“ Flüchtlinge geht, die versuchen, Europa über das Mittelmeer oder die Festlandsgrenzen zu erreichen. Die Rechte, die extreme Rechte und ihre Mediensprachrohre reden von Überflutung, obwohl die Zahlen eine andere Sprache sprechen: In Europa gibt es nach Regierungsangaben

zwischen 4 und 5 Millionen Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung, das ist weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung. Die Hälfte davon lebt in Deutschland und Großbritannien, in Frankreich sind es rund 700 000, in Italien 500 000 bis 700 000. Aber durch das Herbeireden einer angeblichen Einwanderungsschwemme und eine fremdenfeindliche und rassistische Propaganda soll die unmenschliche Behandlung derjenigen, die nach Europa kommen wollen, legitimiert werden.

Zig Milliarden werden für die Sicherung und Kontrolle der Grenzen, die Zurückweisung von ankommenden Flüchtlingen und die Verhandlungen mit afrikanischen Ländern oder Ländern des Nahen Ostens über die Blockierung von Grenzübergängen ausgegeben. Für die Aufnahme, Unterbringung und Unterstützung der Flüchtlinge werden hingegen vergleichsweise wenige Mittel bereitgestellt. Die Ukraineflüchtlinge waren die einzigen, die einen „vorübergehenden Schutzstatus“ vom EU-Rat erhielten. Besonders in Frankreich waren sie die einzigen, denen angemessene Aufenthaltsbedingungen gewährt wurden: sofortige Aufenthaltsgenehmigung, Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, medizinische Versorgung und Zugang der Kinder zur Bildung sowie das Recht auf Eröffnung eines Bankkontos. Diese Rechte sollten selbstredend allen Asylsuchenden aus Syrien, Afghanistan oder anderen Ländern zustehen.

Darmanin und Macron in der Falle

In der Weiterführung der Debatten um dieses Gesetz im Frühjahr 2023 wollten die Republikaner in ihren im Mai 2023 vorgelegten Gesetzesentwürfen gegen die Einwanderung auch eine Verfassungsänderung beantragen, damit Frankreich bei den Verpflichtungen gegenüber Asylbewerbern vom europäischen Recht abweichen und sich jeder Formalisierung „illegaler“ Flüchtlinge in Gewerben mit Personalmangel (insbesondere im Hotelgewerbe) widersetzen kann, wie es Darmanin in seinem Gesetzesentwurf vorgeschlagen hatte. Zudem wollten sie auch die staatliche Beihilfe (AME) abschaffen, die einem „illegalen“ Flüchtling Zugang zu einer von der Sozialversicherung übernommenen Behandlung im Krankenhaus ermöglicht (2023 nahmen 360 000 Personen diese Regelung in Anspruch). Darmanin und die Regierung waren gegen die Abschaffung.

Die LR dachte, mit ihrer Mehrheit im Senat Darmanin und Macron auf ihre Positionen zwingen zu können. Darmanin seinerseits rechnete damit, dass er durch die Annahme einiger der von den LR vorgeschlagenen Maß-

nahmen zumindest einen Teil ihrer Abgeordneten dazu bringen würde, für seinen Entwurf zu stimmen, was die LR im Parlament weiter schwächen würde. Durch dieses schmutzige politische Manöver auf dem Rücken der Ausländer gedachte Darmanin auch, sich für das Rennen um Macrons Nachfolge als Präsident im Jahr 2027 profilieren zu können. [...]

Doch das Kalkül ging nicht auf. Die Grünen, die das Gesetz zusammen mit allen Fraktionen des Linksbündnisses NUPES ablehnten, brachten einen Ablehnungsantrag ein, mit dem die Behandlung des Gesetzes im Parlament blockiert werden konnte. Am 11. Dezember wurde dieser Antrag wider Erwarten mehrheitlich von der NUPES, aber auch von 2/3 der Abgeordneten der LR und des RN angenommen: 270 Stimmen für die Ablehnung und 265 Stimmen dagegen. Damit schnappte die Falle für Darmanin und seine Regierung zu, da nunmehr im Parlament nicht mehr der Regierungsentwurf Artikel für Artikel abgestimmt werden konnte. Macron stand somit vor der Wahl, seinen Gesetzesentwurf schlichtweg zurückzunehmen oder einen neuen Kompromiss anzustreben, indem in einer gemischten paritätischen Kommission aus Abgeordneten und Senatoren (sog. CMP) ein neuer Entwurf verfasst und anschließend jeder der beiden Kammern zur Blockabstimmung vorgelegt würde. [...] Stattdessen jedoch wurde ein neuer Entwurf direkt zwischen der Premierministerin Elisabeth Borne und der Führung der Republikaner ausgehandelt. Der daraufhin vom Parlament und dem Senat verabschiedete Gesetzestext war letztlich weitgehend angelehnt an die Positionen der LR, die sich wiederum am Rassemblement National orientierten. Die ergriffen die Gunst der Stunde und stimmten für diesen Entwurf, an dessen Ausarbeitung sie in keiner Weise beteiligt waren und der doch weitgehend von ihren Positionen inspiriert war.

Dieser Tabubruch führte zu einem allgemeinen Aufschrei, denn in den letzten 40 Jahren ist es nicht vorgekommen, dass die traditionellen Parteien gemeinsam mit der extremen Rechten für ein neues Einwanderungsgesetz gestimmt haben. Obendrein hat sich Premierministerin Elisabeth Borne formell zu einer parlamentarischen Abstimmung über die Revision der staatlichen medizinischen Hilfe verpflichtet. [...]

Widerstand ist geboten

Leider steht kaum zu erwarten, dass die Linke und die NUPES diesem Trend zugunsten der extremen Rechten den gebotenen Widerstand entgegensetzen können.

Die Regierung hat mit hartnäckiger Unterstützung der Presse seit einem Jahr alles daran gesetzt, um die NUPES als stärkste Oppositionskraft bei den Wahlen zu diskreditieren. Vor allem La France insoumise (LFI) war von Macron und Borne als „republikfeindlich“ geächtet und dämonisiert worden (insbesondere aufgrund ihrer Haltung während der Unruhen in den Arbeitervierteln und zu den Polizeimorden), während der RN quasi als Pfeiler der Republik kooptiert wurde.

Es wurde also maximaler Druck ausgeübt, um die Auflösung dieses Bündnisses (der NUPES) zu forcieren, das nie über den Status einer losen Parlamentsgruppe hinaus gekommen ist. Deren Komponenten selbst haben sich aus verschiedenen Gründen immer gegen den Aufbau einer landesweiten politischen Kraft von unten, mit einer Verankerung in den Städten und Stadtvierteln, gewehrt. Trotz ihrer übereinstimmenden Positionen in dieser Frage haben sie es nicht geschafft, aus den Protesten gegen die Rentenreform politisches Kapital zu schlagen und die Bewegung weiter zu treiben.

Seit mehreren Monaten haben die zentrifugalen Tendenzen anhand der Kandidatur zum Europäischen Parlament 2024 dazu geführt, dass die NUPES paralytisch und de facto zerfallen ist. Der Grund dafür ist, dass die mit der LFI verbündeten Parteien die Aufstellung einer einheitlichen Liste ablehnen, v. a. weil sie das radikale Programm der NUPES zur Europäischen Union nicht übernehmen wollen. Obwohl es ein breites Zusammengehen der Gewerkschafts- und Basisbewegungen gegen die Polizeigewalt und – jüngst auch – für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza angesichts der Massaker der israelischen Armee gibt, scheint die linke Opposition gegen Macron heute nicht in der Lage zu sein, dies in ein entsprechendes politisches und soziales Kräfteverhältnis zugunsten einer einheitlichen Bewegung umzumünzen. Trotzdem führte die Verabschiedung des Gesetzes im Dezember dazu, dass Zehntausende von Aktivist*innen nach einem Aufruf des Bündnisses UCIJ auf die Straße gingen, als sie sahen, wie die extreme Rechte die Regierungspolitik diktiert. (Notabene erhielt Macron im April 2022 die Hälfte seiner Stimmen von linken Wählern, die dem Rassemblement National entgegneten wollten.)

Dieses Jahr wird es jedoch darum gehen, gemeinsam und mit Macht auf der Straße und an der Urne für unsere sozialen Forderungen und gegen die extreme Rechte zu mobilisieren.

Übersetzung: MiWe

Nachtrag der Redaktion:

In seinem Urteil vom 25.1.2024 hat der französische Verfassungsrat einige zentrale Bestandteile des Einwanderungsgesetzes für unzulässig erklärt. Darunter fallen die Einschränkung des ius soli und die Einführung eines nationalen Vorrangs bei den Sozialleistungen. Da nahezu alle der inkriminierten Artikel jedoch bloß deswegen zurückgewiesen wurden, weil sie nicht „organisch zum Gesetz passen“, können sie jederzeit wieder neu aufgelegt werden. Zudem sind die verbleibenden 51 Artikel weiterhin geeignet, die Prekarisierung und Repression der Flüchtlinge zu verschärfen, und liefern somit allen Grund, weiterhin für die vollständige Rücknahme dieses reaktionären Gesetzes zu kämpfen.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

Ökosozialistische Konferenz 2024

Klima – Klasse – Widerstand

Unter kapitalistischen Bedingungen ist der Klimawandel nicht zu verhindern; grüner Kapitalismus ist eine Illusion, ihre Ansätze verstärken die neokoloniale Ausbeutung des Globalen Südens; die Ampel ist unfähig, Klimagerechtigkeit zu verwirklichen; die extreme Rechte greift die Sorgen der Menschen auf, um sie für ihre rassistischen, autoritären und menschenfeindlichen Vorhaben zu nutzen. Andererseits mobilisieren sich weltweit massiv Menschen gegen die extremrechte Bedrohung sowie gegen den Verlust von immer mehr Lebensräumen durch Überschwemmungen und Dürren durch die Plünderung der Natur, gegen unkontrollierte Erderhitzung und ungebremste Nutzung fossiler Energien. Es gibt kein „Weiter so“!

Doch wie kann der notwendige gesellschaftliche Umbau verwirklicht werden? Die Lücke zwischen der Dringlichkeit eines Wandels von Wirtschaft, Politik und Lebensweisen, unseres Verhältnisses zur Natur und den Menschen im Globalen Süden einerseits, und der Unklarheit über das Gelingen einer sozialökologischen Transformation andererseits ist enorm. Ist Postwachstum/Degrowth eine Perspektive? Welche Möglichkeiten eröffnet eine ökosozialistische Alternative?

System change not climate change – aber wie?

Über all dies sprechen wir an drei Tagen von Freitag, 31. Mai, bis Sonntag, 2. Juni, auf der Ökosozialistischen Konferenz 2024. Sie findet in Hamburg in den Räumen der Uni, in der ehemaligen traditionsreichen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) statt. Geplant sind drei Plenarpanels und wahrscheinlich 24 Workshops.

Plenarveranstaltungen

Freitagvormittag: Auftaktplenum zum Thema „Kapitalismus am Limit“ (Arbeitstitel) – Tiefe der Krisen und Dringlichkeit des Wandels, wohin führen Zwang zur Kapitalakkumulation und Profiterzielung unter Konkurrenzbedingungen, ungebremster Klimawandel, fortgesetzte neokoloniale Ausbeutung und Erstarken der extremen Rechte. Unter anderem mit Frauke Banse, Politikwissenschaftlerin, arbeitet zu antikolonialen und feministischen Perspektiven und Alternativen; Tomasz Konicz, Journalist und Autor von *Klimakiller Kapital*.

Anschließend zwei Serien von je vier Workshops in kleinen Gruppen.

Freitagabend: Veranstaltung zu „System change – aber wie?“ Die Notwendigkeit einer dringenden gesellschaftlichen

Transformation, die Illusion eines grünen Kapitalismus, Transformationskonflikte und ökosozialistische Perspektive, u. a. mit Birgit Mahnkopf, Soziologin und Politikwissenschaftlerin sowie Autorin, u. a. zu Grenzen der Globalisierung; Michael Löwy, brasilianisch-französischer Soziologe, Autor u. a. zu Ökosozialismus und Mitverfasser des ökosozialistischen Manifests.

Für Samstag sind drei Serien von je vier Workshops geplant.

Samstagabend: Entspannen und Chillen im selbstverwalteten Café Knallhart, ebenfalls in den Räumen der HWP, mit Gelegenheit zum Kennenlernen und für noch mehr Austausch.

Sonntagmorgen: Impuls im Plenum von Michael Löwy zu dem Entwurf für ein ökosozialistisches Manifest der 4. Internationale. Danach vier Workshops zu verschiedenen Aspekten des Manifests. Gefolgt vom Abschlussplenum von 12.30 bis 14.00 Uhr.

Viele Workshops

In den Workshops soll mehr Raum sein zum Austausch mit und zwischen Aktivist:innen der unterschiedlichsten Initiativen und Bewegungen, mit unterschiedlichsten Referent:innen und Expert:innen aus Politik und Forschung zu gesellschaftlicher Transformation. Wir wollen voneinander lernen.

Eingeladen sind: Animal Rebellion, GDL, Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBGR), HVV umsonst, Bündnis HHLA-Verkauf stoppen!, Prellbock Altona, „Wir fahren zusammen“, Zukunftsentscheid Hamburg usw.

Als Referent:innen sind eingeladen: Birgit Mahnkopf, Fabiana Blasco, Frauke Banse, Helin Öztürk, Jürgen Bönig, Klaus Meier, Manuel Kellner, Matthias Becker, Michael Löwy, Thomas Goes, Tomasz Konicz, Violetta Bock, John S. Will usw. usf.

Weitere Informationen:

www.oekosozialistische-konferenz.de

Dort werden die Informationen über Ablauf und Referent:innen laufend aktualisiert. Dort kann mensch sich auch anmelden.

Organisiert von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO),

in Zusammenarbeit mit dem Fachschafftsrat (FSR) Sozialökonomie der Universität Hamburg und dem Verein für solidarische Perspektiven (VsP)